Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 23. Freitag, den 25. März 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne Zustellung** ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ **mit Zustellung** ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Montag, den 28. März 1892 um 5 Uhr Nachmittags.
Dienstag, den 29. März 1892 um 5 Uhr Nachmittags.
Mittwoch, den 30. März 1892 um 5 Uhr Nachmittags.
Donnerstag, den 31. März 1892 um 5 Uhr Nachmittags.
Freitag, den 1. April 1892 um 5 Uhr Nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 21. März 1892 unter dem Vorsitze der Vice-Bürgermeister Dr. Franz Borschke und Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig; die Sitzung ist eröffnet.

1. Ich habe die Ehre, bekannt zu geben, dass die Herren Gem.-Räthe Schmidt und Taubler um Urlaub für diese Woche ersuchen; ersterer wegen Krankheit, letzterer wegen einer dringenden Geschäftsreise. Die Herren Gem.-Räthe Janotta, Haßfurther und Grünbeck entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Es ist ein Schreiben des Herrn Anton Graf eingelangt, welches lautet (liest): „Durch die mir zutheil gewordene Auszeichnung, welche mir der löbliche Gemeinderath durch die Verleihung der doppelt großen Salvator-Medaille erwiesen hat, fühle *ich mich hochgeehrt, und habe ich hiemit die Ehre, meinen innigsten* Dank auszusprechen.

Zugleich spende ich beiliegende 200 fl. für den Unterstützungsverein für Arme des VII. Bezirkes Neubau, Neubaugasse Nr. 25."

Wird zur Kenntnis genommen.

3. Wir schreiten zur Fortsetzung der Debatte über das Budget.

Gem.-Rath Dr. Stern: Hochverehrte Herren! Aus den mancherlei Einwänden, welche gegen das Budget, gegen dessen Bewilligung, ja sogar gegen das Eingehen in die Special-Debatte erhoben worden sind, werde ich nur einige sachliche Einwendungen herausgreifen und dieselben zum Gegenstand einer sachlichen Besprechung machen. Es ist zunächst eine Einwendung erhoben worden gegen die Höhe der Gesammt-Ausgabenziffer und eine andere gegen die Höhe der Steuern; ja es sind sogar von einer Seite gegen das Steuerzahlen überhaupt Bedenken erhoben worden. Will man nun die Höhe der Gesammtziffern der Ausgaben beurtheilen, so ist es nöthig, dass man deren Ziffer feststellt, die Verwendung derselben in Betracht zieht und vergleicht; denn nur aus der Vergleichung kann man zu einem richtigen Urtheile gelangen. Groß und klein, hoch und nieder, viel und wenig sind relative Begriffe; 100.000 fl. wäre ein ganz enormer Aufwand für eine kleine Gemeinde, während eine Million, zehn Millionen und mehr gewiss ein verhältnismäßig geringer Betrag wären, wenn wir so glücklich wären, unsere Ausgabenziffer auf diesen Betrag reducieren zu können. 31,384.000 fl. hat die Budget-Commission als Gesammtziffer der Ausgaben festgestellt, und ich werde mich in meinen Auseinandersetzungen nur an die Ziffern der Budget-Commission halten, und werde, soweit ich es nöthig habe, Ziffern anzuführen, des leichteren Verständnisses halber nur runde Ziffern vorbringen.

Diese Ziffer von 31,384.000 fl. bedarf nun einiger Correcturen.

Es ist zum erstenmale in unserem Budget vorgekommen, dass wir Ansätze aus dem Bürgerspitalfond in das allgemeine Budget eingestellt haben, das Gleiche gilt bezüglich der Einnahmen des Versorgungsfondes und des Gesammtaufwandes für die heimische Armenpflege, da ist es aber dann eine Inconsequenz, dass, wenn schon die Ziffern, betreffend den Bürgerspitalfond und den Ver-

sorgungsfond eingestellt sind, die Einstellung, die wir machen, um jene Ziffer reduciert ist, welche den Aufwand für die Gebarung dieser beiden Fonde, nämlich für die Verwaltung des Vermögens dieser beiden Fonde betreffen. Denn Versorgungsfond und Bürgerspitalfond sind ja auch ein Gemeindevermögen, wenn auch ein mit einer Widmung behaftetes; und geradeso wie wir den Aufwand für die Verwaltung des übrigen Gemeindevermögens in unser Budget eingestellt haben, hätte auch der Aufwand für die Verwaltung des Bürgerspitals- und des Versorgungsfondes in das Budget eingestellt werden sollen, beziehungsweise nicht bloß jene Ziffer, um welche sich die Erträgnisse dieser Fonde nach Abzug des Aufwandes für die Vermögensverwaltung reducieren. Dies ergibt nun eine Summe von 430.000 fl. für die beiden Fonde, welche sowohl in die Ausgaben als in die Einnahmen als mehr einzustellen ist. Wenn ich nun auch für diesmal und bei der jetzigen Budget-Debatte, wo wir in der zweiten Hälfte des März sind, einen Antrag nicht stelle, so möchte ich mir doch für die Zukunft den Antrag zu stellen erlauben, dass in das nächste allgemeine Budget die Gesammteinnahmen des Bürgerspitalfondes und des Armen-Versorgungsfondes und die Auslagen für die Verwaltung dieser beiden Fonde in geeigneter Weise eingestellt werden.

Wichtiger aber erscheint mir noch eine zweite Einwendung, welche ich bereits bei der Berathung der Budget-Commission, deren Mitglied zu sein ich die Ehre hatte, erhoben habe, welche auch von mir bereits vor fünf oder sechs Jahren anlässlich einer allgemeinen Budget-Debatte an dieser Stelle erhoben wurde, und auch von anderer Seite seither erhoben worden ist. Alle Herren Redner, welche bisher in der Budget-Debatte sprachen, giengen von der Voraussetzung aus, dass die Ausgabsziffer 31·3 Millionen Gulden betrage. Das ist aber falsch. Es besteht nämlich bei uns das System der durchgeführten Werte. Wir stellen Zinsungen für das Rathhaus ein, für unsere Amtsgebäude, für unsere Gemeindehäuser, für unsere Schulen, sogar für unsere Armenhäuser, Zinsungen im Gesammtbetrage von 1,462.520 fl., Zinsungen, welche wir nicht einnehmen und nicht ausgeben. Wir stellen den Kaufpreis des Wassers für die Bespritzung der Straßen, für die Bespülung der Canäle und sonstige derartige öffentliche Zwecke im Betrage von 237.000 fl. ein, welche wir ebenfalls weder ausgeben noch einnehmen. Gleich im Anfang des Budgets, auf Pagina 4 desselben finden Sie Pauschalvergütungen für die Verwaltung von Fonden eingestellt, Vergütungen, welche zwar der Sache nach immerhin gerechtfertigt erscheinen mögen, aber im Budget doppelt aufgeführt sind, sonach anders zu buchen wären. Kaufmännisch ist ja eine derartige Wertdurchführung unstreitig richtig, aber für öffentliche Gemeinwesen erscheint sie eben nicht gerechtfertigt. Sie finden dieselbe meines Wissens auch in gar keinem Budget irgend eines öffentlichen Gemeinwesens; sie finden sie nicht im Staatsbudget, und ich frage Sie: wie würde das Staatsbudget aussehen, wenn dort durchgeführte Werte eingestellt wären an Zinsungen für Kasernen, Festungen, öffentliche Amtsgebäude u. s. f. Sie finden sie auch nicht im n.-ö. Landesbudget und wenn sie das n.-ö. Landesbudget und überhaupt derartige Budgets, in welchen diese durchgeführten Werte nicht erscheinen, zur Hand nehmen, so werden Sie sehen, wieviel dieselben hiedurch an Klarheit, Verständlichkeit und Einfachheit gewinnen. Es ist nun unbedingt und gerade jetzt sehr nothwendig, dass unser Budget unbeschadet seiner Specialisierung nicht unnöthig compliciert werde. Es haben auch thatsächlich die einverleibten Vororte — ich glaube alle, oder doch die Mehrzahl derselben — die Wertdurchführungen in ihren Budgets nicht gehabt.

Es hat aber der Stadtrath als die Frage entstand, ob in der einen oder anderen Weise die Aufstellungen vorzunehmen seien, sich für die bisher in Wien übliche, der Wertdurchführung entschieden. Der Stadtrath hat entschieden, u. zw. nach meiner Anschauung, welche ich mir darzulegen erlaubte, unrichtig entschieden. Ich stelle daher, ohne wieder gegenüber dem gegenwärtigen Budget, welches wir ja möglichst rasch zu Ende berathen wollen, irgend eine Einwendung zu erheben, für die Zukunft den Antrag, dass aus dem nächsten Budget die durchgeführten Werte zu eliminieren seien. Diese durchgeführten Werte betragen, soweit ich dieselben einsehen konnte — es mag sein, dass mir vielleicht eine oder die andere Post entgangen ist — 1,800.000 fl. Wenn wir nun von der Ziffer von 31·3 Millionen Gulden, wie sie die Budget-Commission aufstellt, ausgehen, so stellt sich eine Reduction auf 29·6 Millionen Gulden, beziehungsweise mit Hinzurechnung der 430.000 fl. für die Fondsverwaltung, deren ich früher erwähnte, ein Budget in der runden Ziffer von 30 Millionen Gulden heraus.

Es hat nun ein geehrter Herr Vorredner von dieser (rechten) Seite, Herr Gem.-Rath Kaspar, als er die Ziffer von 30 oder 31 Millionen Gulden Ausgaben hörte, erschreckt ausgerufen, ja das ist ja das Budget eines Königreiches. Und er hatte Recht, es ist thatsächlich das Budget eines Königreiches. Es ist richtig, dass ein deutsches Königreich allerdings das kleinste, welches aber doch eine verhältnismäßig große Staatsschuld hat — circa 250 Millionen Gulden — wirklich nur ein Budget von 35 Millionen hat, und wenn wir rechnen, dass wir zu unseren 30 Millionen Ausgaben, die wir bereits haben, uns mit 1 Million noch bei den Verkehrsanlagen engagierten — ich spreche in runden Ziffern —, dass wir für die Ergänzung der Wasserleitung, welche ja den Vororten unbedingt werden muss, eine sehr bedeutende Ziffer benöthigen werden, so werden wir einem königlichen Ausgaben-Budget leider sehr bald nahe kommen. Ein Herr Redner, ich glaube vom VII. Bezirk, von der anderen Seite (links), hat unser Budget mit dem Budget von Paris verglichen oder wenigstens des Budgets von Paris Erwähnung gethan und im allgemeinen darüber gesprochen. Mir scheint, er hat dieses Budget in seinem Leben nie gesehen, denn das Budget von Paris vom Jahre 1890, es war das letzte, welches ich zu Gesicht bekam, weist eine Ausgabeziffer von 135 Millionen Gulden aus, von welchen 126 Millionen Gulden allein das gewöhnliche Erfordernis betreffen. Die städtische Schuld beträgt 1900 Millionen Francs und zwar die jährliche Zinsen- und Amortisationsquote circa 50 Millionen Gulden pro Jahr und selbst wenn man die Million Einwohner mehr, welche Paris damals gegenüber dem heutigen Wien hatte, — es zählte nämlich damals 2,344.000 Einwohner — in Anschlag bringt und hienach die Budgetziffern entsprechend reduciert, so kommt man noch immer zu einer Ziffer, welche wir, wie ich hoffe, niemals erreichen werden und zu erreichen auch gar nicht anstreben. Derselbe Herr Gemeinderath hat ferner gesprochen von gewinnbringenden Unternehmungen, welche die Stadt Paris betreibt und welche einen namhaften Theil ihres Budgets ausmachen sollen. Ja wissen Sie, meine Herren, dass der Staat und das Departement de la Seine an die Stadt Paris jährlich 4 Millionen Francs für Pflasterungen und Herstellungen von Straßen bezahlt, dass der Staat, das Reich, der Stadt Paris für die städtische Polizei jährlich 8 Millionen Francs bezahlt (Hört! hört! rechts), dass, während

wir über den Bierkreuzer soviel sprechen und jammern, während wir an dem staatlichen Octroi, der Verzehrungssteuer nur mit einem verhältnismäßig geringen Betrage participieren, dort die Verzehrungssteuer, welche der Stadt Paris allein gehört, jährlich 180 Millionen Francs trägt, wovon für die Perceptionskosten, und das ist der einzige Vortheil, den der Staat hieran hat, im ganzen der verhältnismäßig geringe Betrag von 8 Millionen Francs entfällt?

Sehen Sie, meine sehr geehrten Herren, das leistet ein Reich für seine Hauptstadt; und das ist eben das gemeinsame in Paris und Berlin, dass beide Städte — und diese Weltstädte sind doch die einzigen Städte des Continents, welche wir unserer Millionenstadt Wien an die Seite stellen können — im Gegensatze zu Wien ihre eigene Besteuerung haben, dass, während das Octroi in Paris mit 140 Millionen Francs die Hälfte des städtischen Budgets, das Rückgrat desselben bildet, und in Berlin das Rückgrat des Budgets durch die selbständige Mietsteuer und die selbständige communale Einkommensteuer gebildet wird, welche im Budget pro 1891/92 mit nicht weniger als 30 Millionen Mark bei einem Gesammtbudget von 76 Millionen Mark erscheint, Wien mit Ausnahme der Zinskreuzer im wesentlichen nur ein Zuschlags-System hat und nur mit einer geringen Quote an den staatlichen Steuern participiert, und wie letzthin ein Redner mit Recht hervorgehoben hat, sind wir selbst in diesem Zuschlag-Systeme bedroht. Es ist von allen Rednern hervorgehoben worden der schwere Steuerdruck, welcher auf uns lastet. Mir scheint aber, dass, wenn dieser Vorwurf hier hervorgehoben wird, derselbe an eine unrichtige Adresse geleitet wird. Ich habe mir bereits erlaubt, anlässlich der Debatte über den Rechnungsabschluss pro 1890 Ihnen auseinanderzusetzen, dass von 38·6 Millionen, welche bei der städtischen Steuercasse erlegt wurden, circa nur ein Drittel, nämlich 13 Millionen, Communalzwecke betrifft. In ähnlicher Weise verhält es sich mit der Verzehrungssteuer, an welcher wir mit 30 Percent — also mit kaum ein Drittel — participieren. Nur beim Bier sind wir besser daran. In ähnlicher Weise verhält es sich mit den Zuschlägen, welche bei Besitzveränderungsgebüren eingehoben werden, welche gegenüber denjenigen, welche der Staat einhebt, geradezu minimal sind. Und wenn von Seite meines unmittelbaren Herrn Vorredners über den Druck geklagt wird, welcher durch die Erwerbsteuer, durch die Einhebung derselben gegen die Gewerbsleute ausgeübt wird, dann scheint mir, es hätte der betreffende Gemeinderath sich an seine Gesinnungsgenossen im Reichsrathe wenden müssen, welche es vereitelten, dass ein Antrag, wornach für die niedrigsten Erwerbsteuerclassen der 70percentige Zuschlag aufgehoben werden sollte, zur Annahme gelangte. (Bravo-Rufe.) Aber hier jammern über Steuerdruck, wo wir ja machtlos dagegen sind und wo wir im Ganzen nur 21 Percent einheben, und dort wo die Macht zu helfen ist, wo es sich um einen Zuschlag von 70 Percent handelt, dort die Erleichterung vereiteln, ist meines Erachtens ein nicht zu rechtfertigender Vorgang.

Ich möchte noch mit einem Worte zurückkommen auf die alte Klage, welche hier wieder erhoben wurde, als ob die Vereinigung der früheren Vorortegemeinden zur Stadt Wien jene große Steuerbelastung verursacht hätte. Ja, wissen Sie denn nicht, und ist es nicht oft hier hervorgehoben worden, dass das Gesetz vom 10. Mai 1890, mit welchem die Verzehrungssteuer auf die damaligen Vororte ausgedehnt wurde, lange der Einverleibung der Vororte *vorangegangen ist und zu einer Zeit erflossen ist, wo an die Einverleibung* der Vororte noch gar nicht gedacht wurde? Wissen Sie denn nicht, dass der Zustand, wonach in Wien innerhalb der Linien per Kopf über 12 fl. an Verzehrungssteuer entfielen, während außerhalb der Linien per Kopf nur 1 fl. 13 kr. entfielen, dass vom Standpunkte der Finanzverwaltung des Staates ein solcher Zustand schon lange als unhaltbar angesehen wurde? Wissen Sie nicht, dass von Seite der Gemeinde Wien wiederholt petitioniert wurde um Aufhebung der Verzehrungssteuer, das heißt um Auftheilung der Verzehrungssteuer auf das ganze Reich? Es wurde eine Petition noch im Jahre 1886 vom alten Gemeinderathe an das Parlament gerichtet, in welcher in erster Linie um Auftheilung der Verzehrungssteuer auf das ganze Reich gebeten wurde. Und ist Ihnen nicht bekannt, dass nur dem Eintreten Wiens mit seinem vollen Schwergewichte, nur dem energischen Eintreten unseres Bürgermeisters es zu danken ist, dass wenigstens rücksichtlich einiger Sätze der Verzehrungssteuer noch Erleichterungen erlangt worden sind? Nur die Schwierigkeit, welche durch die Auftheilung der Zuschläge zur Verzehrungssteuer entstanden, war es, welche endlich zu der Vereinigung der Vororte mit Wien führte. (Zustimmung rechts.)

Und thatsächlich entspringt daraus ein Segen für sie, denn es ist klar, dass 20 oder 30 kleinere Gemeinden nicht das zu leisten vermögen, was die vereinigte große Millionenstadt Wien zu leisten im Stande sein wird, und auch gewiss leisten wird, vorausgesetzt, dass sie durch das Reich jene Unterstützung genießt, welche ihr als Reichshauptstadt und größte Steuerträgerin des Reiches mit vollem Rechte gebürt (Zustimmung links), endlich vorausgesetzt, insbesonders, dass endlich die dem Reiche und dieser Stadt zum Nutzen gereichenden Verkehrsanlagen geschaffen werden, jener Verkehrsanlagen, welche der erste Herr Redner in der Budget-Debatte, der hier an uns den Appell richtete „schaffet Arbeit" an der competenten Stelle bekämpfte, dass er Pech und Schwefel ausschütten möchte. (Gem.-Rath Tagleicht: Im Landtage!)

Ich komme nun zur Steuerfrage zurück und da habe ich bereits erwähnt, dass wir gerade auch in unserem Zuschlagsrecht wesentlich bedroht werden. Es hat bereits der geehrte Herr College Dr. Friedjung in seiner letzten Rede auf die neuen Steuervorlagen hingewiesen und auf die schwere Schädigung, welche dem Budget der Commune Wien aus diesen neuen Steuervorlagen drohen. Ich werde das nicht wiederholen und werde mir nur erlauben, einige neue Gesichtspunkte hinzuzufügen.

Es ist ja bereits erwähnt worden und ist bekannt, dass in dieser neuen Steuervorlage projectiert ist, dass 20 Percent der gesammten Reichssteuer dem Kronlande zufließen sollen unter der Bedingung, dass die einzelnen Städte in demselben nicht separate Zuschläge erheben und diese Bestimmung hat nun für gar keine Stadt des Reiches eine derartige Bedeutung und wird für keine Stadt des Reiches so schwer drückend, als gerade für Wien, denn keine Stadt des Reiches ist im Verhältnisse zu dem übrigen Gebiete des betreffenden Kronlandes ein so bedeutender Steuerträger, als Wien im Verhältnisse zum Kronlande Niederösterreich ist, mit einziger Ausnahme von Triest, wo aber ganz andere Verhältnisse obwalten, über welche ich nicht sprechen will. Ich werde mir erlauben, Ihnen das an einem kleinen Beispiele zu demonstrieren. Die nächstbedeutende Stadt in Österreich ist Prag. Aus den Ziffern, welche der von der Regierung letzthin im böhmischen Landtage eingebrachten Landtagswahlordnung beigeschlossen sind, werden Sie ersehen, dass die directen Steuern in Böhmen 21 Millionen betragen, die directen Steuern der Stadt Prag betragen $3^3/_4$ Millionen, das ist also $^1/_6$ der directen Steuern des ganzen Landes. Wenn nun die

Voraussetzung eintrifft, dass bei der neuen Personal-Einkommensteuer ein annähernd gleiches Verhältnis wie hier bei den directen Steuern besteht, und das ist eine Annahme, die wohl nicht unrichtig ist, die immerhin einige Begründung für sich hat; dann würde bei einer Million, welche dem Lande Böhmen aus diesem Gesetze zufließen würde, Prag $^1/_6$, d. i. den Betrag von 166.000 fl. verlieren. Bei Wien beträgt die directe Steuer annähernd $^1/_5$ der directen Steuer des gesammten Kronlandes Niederösterreich. Bei 1 Million an directen Steuern, welche daher dem Kronlande Niederösterreich zugewendet würde, würde Wien 800.000 fl. verlieren, und dass in gleichem Maße die Landessteuer nicht herabgesetzt werden wird, darüber kann ja doch gar kein Zweifel obwalten, wenn Sie nur in Betracht ziehen, dass gegenwärtig schon der Anfang gemacht und vorbereitet ist, dass der gesammte Grundentlastungszuschlag nach 1895 als Landeszuschlag weiter eingehoben wird.

Noch ein Moment möchte ich he rvorheben. Der wesentlichste Steuerfactor Wiens ist der Realbesitz. Er zahlt, wenn Sie die Ziffern unseres gegenwärtigen Budgets sich vor Augen halten, an Zinskreuzern 7,862.000, an 21percentigem Zuschlag 3,915.000 fl., an $^1/_{10}$percentiger Einquartierungsumlage 85.000 fl. Hiezu kommen noch die Canaleinmündungs- und Räumungsgebüren 400.000 fl. und endlich die Besitzveränderungsgebüren, die zwar nicht ausschließend, aber doch zum größten Theile den unbeweglichen Besitz treffen, nämlich der Zuschlag zu denselben mit 300.000 fl. Das gibt eine Summe von 12·6 Millionen, oder wenn wir von den Besitzveränderungsgebüren 100.000 fl. abrechnen, 12$^1/_2$ Millionen Gulden. Hiezu kommt noch der Wasserzins, der effectiv 1,220.000 fl. beträgt, von welchem wir sicher 1 Million den Hausbesitzern zur Last schreiben können, macht eine Summe von 13·5 Millionen, und je nachdem wir den Wasserbezug hinzurechnen oder nicht, so finden wir, dass der Hausbesitz mit 60, beziehungsweise 67 Percent, mit $^3/_5$ oder $^2/_3$ an dem Gesammtsteuer-Erfordernis participiert.

Nun habe ich mir bereits erlaubt, darauf hinzuweisen, dass diese 26$^2/_3$percentige Hauszinssteuer eigentlich eine Wiener Steuer ist, dass von den 126 Millionen Zins, welche in ganz Österreich der 26$^2/_3$percentigen Hauszinssteuer unterworfen sind, fast zwei Drittel, nicht weniger als 80 Millionen Gulden auf Wien entfallen. (Hört! Hört! rechts.)

Von diesen 80 Millionen sind heute schon etwas mehr als die Hälfte, ich sage circa 42 Millionen Gulden — die Ziffer könnte ich nicht ganz genau angeben — der vollen Besteuerung unterworfen. Der Rest von circa 38 Millionen rückt jetzt nach, und zwar jetzt, nachdem die 30jährige Steuerfreiheit, welche noch auf den Stadterweiterungsgründen haftete, seit den Jahren 1889/90 successive zu Ende gehen wird. Und nun betrachten Sie einmal den Ursprung dieser Hauszinssteuer. Der Ursprung dieser 26$^2/_3$percentigen Hauszinssteuer liegt darin, dass der 16percentigen Hauszinssteuer ein Einkommensteuerzuschlag von einem Drittel, d. i. von 5$^1/_3$ Percent hinzugefügt worden ist, so dass dieselbe 21$^1/_3$ Percent beträgt, wozu dann in späterer Zeit ein Kriegszuschlag von weiteren 5$^1/_3$ Percent kam, wodurch die 26$^2/_3$ Percent voll wurden, die dann das Gesetz vom Jahre 1882 als volle Hauszinssteuer annahm.

Nun sehen Sie! In diesen neuen Steuervorlagen werden alle früheren Einkommensteuern aufgehoben und an deren Stelle rückt eine Personal-Einkommensteuer. Nur bei der 26$^2/_3$percentigen Hauszinssteuer wird darauf, dass eigentlich in ihr bereits die Einkommensteuer enthalten ist, keine Rücksicht genommen; da wird nichts aufgehoben, sondern eine eventuelle Erleichterung aufgeschoben, welche, wenn das Personal-Einkommensteuer-Gesetz, welches der Herr Finanzminister im Reichsrathe einbrachte, wie er voraussetzt, am 1. Jänner 1894 bereits in Wirksamkeit tritt, im Jahre 1896 eintreten würde und etwa 2$^2/_3$, bis zum Maximum 4·1 Percent betragen könnte. Diese Hauszinssteuer trifft aber nicht allein die Hausbesitzer, sondern alle Wiener Steuerträger, denn sie ist die Ursache, weshalb in Wien die Wohnungen und infolge dessen auch andere Dinge sich so theuer stellen, sie ist die Ursache, dass das Baugewerbe in Wien nicht zur Blüte gelangt, und kann durch vorübergehende Begünstigungen und momentane scheinbare Erleichterungen nicht aufgewogen werden. Erwägt man nun, dass innerhalb 10 Jahren die vollen 80 Millionen Gulden der 26$^2/_3$percentigen Hauszinssteuer unterworfen sein werden, dass ferner in Neu-Wien beiläufig 5 Millionen Gulden der 20percentigen Hauszinssteuer unterliegen, so ergibt sich, dass, wenn durch volle zehn Jahre in Wien gar kein neues Haus gebaut würde, Wien innerhalb zehn Jahren an Hauszinssteuer einen Betrag von circa 21 Millionen zu entrichten haben wird, d. i. einen Betrag, welchen ganz Böhmen, das reichste Kronland, die Perle der Monarchie, an allen directen Steuern zusammen heute entrichtet. (Hört!) Das zeigt nun, in welcher Weise gerade die Hauptstadt Wien schwer belastet ist und dies tritt besonders auffallend hervor, wenn wir damit vergleichen, in welcher Weise andere Reiche, Frankreich und Preußen, ihre Hauptstädte, Paris und Berlin, zu unterstützen bemüht sind. Ich möchte daher die Anregung, welche Herr Dr. Friedjung in seiner letzten Rede gegeben hat, zu einem Antrage zu verdichten und zu ergänzen mir erlauben — den ich wohl im Einvernehmen mit Herrn Dr. Friedjung stelle — dass die neuen Steuervorlagen des Herrn Finanzministers ungesäumt einer eingehenden Prüfung vom Standpunkt des Interesses sowohl der Finanzen der Commune Wien als der Wiener Bevölkerung unterzogen und hierüber ein eingehender Bericht dem Plenum erstattet werde. (Bravo! rechts.) Es ist von meiner Seite bereits darauf hingewiesen worden, dass man auch trachten solle, gewinnbringende Unternehmungen zu activieren. Es sind als solche die Pfandleihanstalt, Sparcasse, Feuer-Assecuranz und Gasanstalt bezeichnet worden.

Nun finden Sie in den Vorlagen des Stadtrathes bereits den Beschluss, es seien vom Magistrat den sämmtlichen Vororte-Sparcassen und Pfandleihanstalten Ausweise über den Vermögensstand abzuverlangen und dem Stadtrathe vorzulegen. Ich möchte nur wünschen, dass die Ausweise nicht allein über den Vermögensstand, sondern auch über die Gebarung sich ausdehnen, und dass sie nicht allein dem Stadtrathe vorgelegt werden, sondern dass auch das Plenum in Kenntnis gesetzt werde, damit dasselbe hieraus ausreichendes Material gewinne, ob wirklich für derartige Einrichtungen in Wien geeigneter Boden vorhanden ist. Ich möchte mir daher den Antrag erlauben, der Stadtrath wolle beschließen, es habe im Nachhange zu dem ad Punkt 3, Zahl 4 gefassten Beschlusse der Magistrat den sämmtlichen Vororte-Sparcassen und der Pfandleihanstalt auch Ausweise über die Gebarung abzuverlangen und es habe betreffs der von den Vororte-Sparcassen und der Pfandleihanstalt erstatteten Ausweise der Stadtrath an das Plenum des Gemeinderathes Bericht zu erstatten. (Bravo-Rufe.)

Die Feuer-Assecuranz, von welcher hier bereits gesprochen wurde, trägt in Berlin die Summe von 576.000 Mark, das sind 334.000 fl., ein Betrag, der bei einem 31 Millionen-Budget doch nicht gar so wesentlich in Betracht kommen dürfte. Ich werde mir übrigens erlauben — der Gegenstand wird ja nächstens auf die Tagesordnung kommen — dann darüber zu sprechen. Was aber die Gasanstalt betrifft (Hört! rechts), so spreche ich den Wunsch aus, ohne jedoch einen formellen Antrag zu stellen, es mögen die derzeit anhängigen Verhandlungen, welche mit der Gasanstalt gepflogen werden, auch in der Richtung gepflogen werden, dass entweder der Ablösungsbetrag der Installationen zum vertragsmäßigen Termine vereinbart oder, wenn möglich, eine frühere Ablösung, eventuell eine Ablösung der mit den einzelnen Vororten bestehenden Verträge ermöglicht werden, und dass wir dann bei der seinerzeitigen Beschlussfassung ein completes Verhandlungsmaterial vor uns haben. (Bravo! rechts.) Ein Beneficium der Preisherabsetzung an Privatconsumenten bleibt immer etwas Illusorisches. Wir zahlen ja heute bei dem reducierten Preise von $9^1/_2$ kr. mehr als wir bei dem früheren Einheitspreise von 10 kr. bezahlt haben (Zustimmung rechts), und ich habe hier eine Eingabe eines hervorragenden industriellen Etablissements, in welchem nachgewiesen wird, dass der Preis des Gases bei einem zehnjährigen gleichbleibenden Betriebe von Jahr zu Jahr gestiegen ist.

Ich möchte nun noch auf einige Bemerkungen einzelner Herren Redner reflectieren. Es wurde uns zugerufen, schaffen Sie Arbeit, während doch, wie ich bereits früher erwähnt habe, einer der Herren Redner auf jener (linken) Seite in so entschiedener Weise gerade gegen diejenigen Arbeiten, welche wir erhoffen, gegen die Verkehrsanlagen Stellung genommen hat, und während alle Herren jener (linken) Seite die Beschlussfassungen über Grundverkäufe zu vereiteln suchen. Dieser Grundverkäufe bedürfen wir aber nicht allein zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes im Budget.

Es sind hiefür unter den verschiedenen Positionen des Budgets für das laufende Jahr Beträge von zusammen 439.000 fl. eingestellt, welche im Budget, wenn wir sie nicht erhalten würden, fehlen würden, welche also nothwendig ein Deficit bilden oder durch Steuern oder andere Eingänge ersetzt werden müssten. Aber es ist nicht allein in dieser Richtung wichtig, sondern die Grundverkäufe schaffen Arbeit, denn auf jedem verkauften Grunde wird ein neues Haus gebaut und ein neues Steuerobject geschaffen.

Ein merkwürdiges Finanzprogramm wurde auch von dem geistlichen Herrn Redner aus dem IX. Bezirke hier aufgestellt. Er richtete seine Klagen überhaupt gegen die Besteuerung, und er meinte, dass wir hätten sparen, dass wir hätten das Geld zurücklegen sollen, um dann aus den Ersparnissen das Geld für die großen Anlagen und Bauten zu gewinnen. Nun möchte ich zunächst fragen, woher wir die Ersparnisse nehmen sollen, wenn nicht die entsprechenden Steuern eingehen. Aber selbst abgesehen davon, möchte ich an die Herren Vertreter aus den neu einbezogenen Bezirken die Frage richten, was sie dazu sagen würden, wenn wir, diesem Rathe folgend, so vorgehen, jetzt Steuern einheben, eine Million nach der anderen in den Kasten legen und dann nach zwanzig Jahren, wenn wir das erforderliche Geld beisammen haben, an die Ausführung der von ihnen so sehnlich erwarteten Wasserleitung gehen würden. Ich glaube nicht, dass ein solcher Finanzplan ihren Beifall hätte.

Zum Schlusse möchte ich noch auf eine Bemerkung des geistlichen Herrn Redners zurückkommen. Er hat in höhnischem Tone von „Mosestafeln" gesprochen, die sich in den Schulen befinden sollen. Nun, in den Schulen finden sich diese Mosestafeln nicht, aber sie finden sich allerdings in unseren israelitischen Bethäusern, und damit Sie nicht etwa glauben, dass irgend ein Mysterium dahinter ist, möchte ich Ihnen nur sagen, dass diese Tafeln jene sind, auf welchen zufolge der biblischen Geschichte vom Gesetzgeber Moses die zehn Gebote geschrieben wurden, die heute ja die Grundlage des Sittengesetzes der civilisierten Menschheit sind (Beifall rechts), ja die Grundlage der sittlichen Auffassung von uns allen. Dass ein Herr Redner im geistlichen Gewande öffentlich darüber spottet, darüber enthalte ich mich jeder Äußerung.

Nun möchte ich an den Herrn Präsidenten die Bitte richten, dass sofort nach Schluss der General-Debatte an die Berathung der Gruppe VI „Öffentliche Arbeiten" geschritten werde. Ich empfehle Ihnen die Annahme meiner Anträge und das Eingehen in die Special-Debatte. (Beifall und Händeklatschen rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Im Sinne des § 33 der Geschäftsordnung habe ich eine Äußerung des Herrn Redners richtigzustellen. Es finden Verhandlungen mit der Gasgesellschaft nicht statt. Die hier eingebrachten Anträge sind Gegenstand eines Referates, über welches nach Schluss der Budget-Debatte Bericht erstattet werden wird, und es wird sodann Sache des Gemeinderathes sein, zu beschließen, was weiter zu geschehen habe.

Gem.-Rath Ferd. Mayer: Meine Herren! Das vorliegende Referat lässt sich am deutlichsten charakterisieren, wenn man die Worte gebraucht, die auch der Herr Referent gebraucht hat; es liegt das Präliminare vor, die Ziffer von 30 Millionen ist angenommen, ob sie richtig ist oder nicht, lässt sich heute nicht beurtheilen, weil die Basis hiefür fehlt, nämlich die Ziffer, die die Vororte bis jetzt für ihre Verwaltung gebraucht haben. Nun, das Budget ist gewiss so groß, dass man meinen sollte, zu seiner Prüfung und Beurtheilung seien Wochen nothwendig; in Hinkunft wird dies auch wahrscheinlich leichter sein. Der Stadtrath war aber der Meinung, dass doch eine detailliertere Behandlung nothwendig sei, und dass eine Commission aus dem Plenum eingesetzt werden soll, um die einzelnen Posten zu prüfen und die Anträge des Stadtrathes, Magistrates und der Buchhaltung entweder zu acceptieren oder richtigzustellen, beziehungsweise zu erhöhen.

Nun, meine Herren, die Budget-Commission wurde allerdings eingesetzt, wenn Sie aber das Resultat betrachten, so müssen Sie sagen: wenn die Commission nicht eingesetzt worden wäre — verloren hätte der Gemeinderath nichts dabei; das Resultat ist so minim, dass man geradezu überrascht ist. Es werden nichtssagende Anträge gestellt, z. B. wenn man nichts weiter sagen kann, als bezüglich der Gasbeleuchtung: es sollen probeweise die matten Gläser, die sogenannten Milchgläser probiert werden, ob sie nicht besseres Licht geben! Dann hat man, weil die Vororte wahrscheinlich auch mehr Licht brauchen werden, 30.000 fl. mehr eingesetzt.

Nun, meine Herren, ich muss offen gestehen, ich hätte mehr erwartet; wenn Magistrat und Buchhaltung sich darauf beschränken, sozusagen sich so knapp als möglich zu halten, damit die Ziffer nicht noch größer wird, so finde ich das begreiflich, vom Stadtrathe kann man auch nicht erwarten, dass er heute schon Anträge bezüglich neuer Einnahmsquellen stellt, die wir unbedingt nothwendig haben. Aber die Budget-Commission ist ja dazu eingesetzt worden, die hätte ganz gut alle die Momente aufgreifen und sagen können: Meine Herren, bei dem horrenden Budget von 30 Millionen ist es jetzt hoch an der Zeit, dass wir Mittel und Wege

finden, dass wir nicht immer den Steuergulden zu den Auslagen nehmen, dass man endlich einmal Unternehmungen schafft, wie es anderweitig ist, dass man aus diesen Erträgnissen der Bevölkerung unter die Arme greift und dieselben dazu verwendet, um die Lasten herabzudrücken. Nun, sehen Sie, meine Herren, es geht nicht anders an, man muss wieder auf die Gasfrage zurückkommen.

Die Stadt Berlin, welche im Jahre 1865 beschlossen hat, in eigener Regie zu beleuchten, hat in drei Jahren ihre Gaswerke fix und fertig gehabt. In den nächstfolgenden 16 Jahren hat sie fortwährend auf den Reservefond zurückgelegt, so dass derselbe in diesem Zeitraum auf neun Millionen Mark angewachsen ist. Diese neun Millionen Mark wurden als Reservefond bestimmt zur Erweiterung der Gaswerke. In Wirklichkeit aber hat die Stadt durch ihre Einnahmen soviel erübrigt, dass sie fortwährend ihre Gaswerke vergrößern konnte, sie sind successive so vergrößert worden, dass sie den Anforderungen von heute vollkommen entsprechen, d. h. mit anderen Worten, die Gemeinde hat in dieser Periode Anlagen geschaffen, sie vergrößert, und es ist Thatsache, dass die Stadt Berlin aus den communalen Gaswerken im Jahre 1890 ein Erträgnis ausgewiesen hat von sechs Millionen und soviel hunderttausend Mark. Das ist eine Ziffer, die gewiss respectabel ist, wenn man dieselbe verwendet, um die anderen Bedürfnisse zu bestreiten.

Ja, noch mehr; die Stadt Berlin verwendet durch Jahre vom Reservefonde von 9 Millionen Mark auch die Zinsen, sie kann sie nicht brauchen und schlägt sie zum Verdienste, respective zum Erträgnisse. Die Zinsen werden nicht zum Aufwand geschlagen, weil sie es nicht nothwendig hat. Außerdem hat die Stadt Berlin eine Beleuchtung, welche auch über 1,600.000 Mark werth ist. Die kostet sie auch nichts und ist für sie sehr vortheilhaft, da sie durch ihre eigene Regie in der Weise manipulieren und arbeiten kann, dass sie die Stadt selbst beleuchtet und ein Erträgnis erzielt, so dass sie ein besseres Licht hat und die Privatconsumenten ein billigeres Licht haben. Das alles hat Berlin. (Hört! Hört! links.) Wenn eine Budget-Commission, welche die Aufgabe hat, über ein Budget von 30 Millionen zu berichten, Verbesserungen vorzunehmen und dem Gemeinderathe Anträge zu stellen, gewählt wurde, so hätte ich wirklich erwartet, dass die Budget-Commission Anträge stellen wird, und zwar andere als betreffend Aufstellung besserer Gaslaternen. Es ist geradezu zum Lachen. (Rufe links: Hört!) Wenn ich diese Frage bespreche, so geschieht es, weil ich Gelegenheit gehabt habe, früher in der Angelegenheit mitzuberathen und an der Debatte theilzunehmen. Genug an dem, wir stehen heute vor der Alternative, entweder neuerdings mit der englischen Gasgesellschaft abzuschließen, oder dass sich der Gemeinderath endlich einmal aufrafft und sagt: „Bis hieher und nicht weiter." Wir wollen ein Erträgnis haben; das ist nur zu erzielen, wenn die Gemeinde ihre eigenen Gaswerke erbaut. Wir haben Zeit, es lässt sich durchführen und ist ein Unternehmen, welches sich selbst verzinst.

Ich erlaube mir diesbezüglich den Antrag zu stellen, der Gemeinderath beschließe, es werde das Stadtbauamt, der Magistrat und die Buchhaltung beauftragt, mit Rücksicht darauf, dass Wien vergrößert ist, all die nothwendigen Vorarbeiten wegen Errichtung städtischer Gaswerke heute schon zu beginnen, damit, wenn die Frage an uns herantritt, wir schon die Basis haben, auf Grund welcher wir leichter schlüssig werden können. Diesen Antrag empfehle ich Ihnen zur Genehmigung.

Es ist nothwendig, meine Herren, dass der Gemeinderath in der Weise spricht. Die Gesellschaft kann nicht zeitlich genug erfahren, dass wir uns nicht mehr von ihr bedienen lassen wollen, dass wir die Bevölkerung nicht weiter einer ausländischen Gesellschaft preisgeben wollen, durch welche Millionen ins Ausland wandern. (Rufe links: Jährlich 5 Millionen!) Wenn die Millionen hier bleiben, so gibt es Verdienst, sie bringen vielen Leuten Arbeit, wenn sie aber ins Ausland wandern, so haben wir nichts davon.

Es hat ein Redner von unserer Seite gesagt, dass, ich weiss nicht wie viel tausende Executionen laufen, und hat daraus den Schluss gezogen, dass unsere Gewerbetreibenden nicht auf Rosen gebettet sind. Es ist vollständig richtig, dass aus der Zahl der Executionen ein Urtheil gebildet werden kann, ob die Geschäfte florieren oder nicht. Nun, meine Herren! Da möchte ich Sie auf Folgendes aufmerksam machen. Ich habe im vergangenen Jahre anlässlich der Budget-Debatte den Antrag gestellt, dahin gehend, dass bei Gewerbeanmeldungen — und deren gibt es tausende im Jahre — der betreffende Beamte den Gesuchsteller sogleich aufmerksam macht, seiner Verpflichtung gegenüber der Genossenschaft nachzukommen, die Incorporierungsgebür zu erlegen, worauf ihm die Zustimmung der Gewerbebehörde ausgestellt wird.

Es hat der Herr Bürgermeister — ich anerkenne das mit Vergnügen — nicht einmal den Gemeinderaths-Beschluss abgewartet, sondern es hat der damalige Vorsitzende, Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter, anlässlich einer Anregung die Mittheilung gemacht, dass ein von mir gestellter Antrag bereits vom Herrn Bürgermeister durch eine Präsidialnote durchgeführt worden ist.

Nun, meine Herren! Es kann schon möglich sein, dass man nicht überall hinterdrein ist, aber vom Anfang an ist das allerdings gewesen, das die Betreffenden aufgefordert wurden, sich mit den Genossenschaften ins Reine zu setzen. Aber es geschieht wieder seit langer Zeit nicht, am allerwenigsten draußen in den neuen Theilen der Stadt Wien. Es wäre also eine bedeutende Erleichterung, wenn an die betreffenden Referenten in den einzelnen Bezirksämtern neuerdings eine derartige Präsidialnote ergehen würde. Ich bin davon überzeugt, dass dann von diesen tausenden von Gewerbsleuten kein einziger executiert werden würde, da jeder dann die Gebür unter einem erlegt. Hat der Anmeldende sein Gewerbe einmal in Händen, dann ist ihm die Genossenschaft eigentlich Nebensache; würde er aber rechtzeitig aufmerksam gemacht, so geht er zur Genossenschaft und bringt die Sache in Ordnung. Dann entfallen tausende von Executionen, und wenn Sie in den Bureaux nachfragen, so werden Sie das bestätigt finden.

Ich bin der Meinung, dass solche Fragen hier zur Sprache kommen sollen, weil ja der Bürgermeister Chef der Executive ist, und ich bin überzeugt, dass er dem Wunsche, den ich eben ausgesprochen habe, dass den Bezirksämtern das, was ich gesagt habe, mittels eines Präsidial-Erlasses in Erinnerung zu bringen ist, nachkommen wird. Auf diese Weise werden wieder viele Schreibereien, viele Executionen und eine Menge von Scherereien entfallen. Das Gleiche gilt auch von dem Armenwesen. Die Gemeinde Wien hat, wie Sie wissen, ein Asylhaus für verlassene Kinder. Dieses Asylhaus wird nicht nach den ursprünglichen Intentionen des Gemeinderathes benützt, dass nämlich dort Kinder von Eltern untergebracht werden, welche jene nicht erhalten können, und dass nicht Nachfrage gehalten werden solle. Im Gegentheile, es wird ein genaues Protokoll aufgenommen und es werden Schwierigkeiten bereitet. Doch genug an dem, ein derartigs Asylhaus besteht. Das Fatale

daran ist aber, dass das Haus zum größten Theile leer ist. Warum? Weil, wie ich überzeugt bin, in den Bezirksämtern nicht ein einzigesmal eine Bekanntgabe erfolgt ist. Es wäre dies umsomehr wünschenswert, weil man fortwährend in den Zeitungen liest, dass wieder ein Kind gefunden worden ist, auf dem Boden eingetrocknet, oder erdrosselt worden ist, dass dort und dort Kindesmorde vorkommen. Wir haben das Asylhaus und es brauchen nur die Bezirksämter davon Kenntnis zu nehmen und diese Einrichtung zu verlautbaren; dann wird den Leuten die Möglichkeit gegeben, solche Geschöpfe dort unterzubringen, damit sie ordentlich erzogen und keine Zuchthauspflanzen werden.

Es ist das also eine Einrichtung, die besteht, die aber leider nicht in der Weise ausgenützt wird, wie es nothwendig wäre. Und die Ursache davon ist, dass sie zu wenig publik ist und nicht entsprechend verlautbart wird. Ich habe daher den Wunsch und stelle den Antrag, dass in allen Bezirksämtern darauf aufmerksam gemacht werde, dass ein Asylhaus besteht und dass im gegebenen Falle die Bezirksleiter die Eltern anzuweisen haben, wo sie ihre Kinder unterbringen können.

Ich habe noch etwas auf dem Herzen. Die Wasserversorgung ist im Budget und im Berichte der Commission ganz oberflächlich behandelt worden. Die Frage ist aber so wichtig, dass ich erwartet hätte, dass man sie nicht dem Zufalle überlässt. Ich will ganz absehen davon, dass man hätte sagen sollen: wir beantragen ein Anlehen; das wird wahrscheinlich geschehen. Aber Eines hätte wenigstens nicht übersehen werden sollen. Wenn hier im Plenum Anträge gestellt und der Berathung zugeführt werden, so hätte rechtzeitig angegeben werden sollen, was damit geschehen ist. Wie Sie wissen, liefert unsere Hochquellen-Wasserleitung soviel Wasser, dass im Laufe eines Jahres über 20 Millionen Hectoliter Wasser nicht verwendet werden können, welche daher beim Kaiserbrunnen und auf der Strecke abgelassen werden müssen.

Mein Antrag ist dahin gegangen, man solle ein neues, offenes Reservoir in der Nähe unseres Reservoirs am Rosenhügel bauen. Man solle Veranlassung nehmen, dort das Mehr an Wasser, das heute abläuft, aufzusammeln, damit wir es in einer Zeit haben, wo wir es brauchen. Für den Bau eines Reservoirs, glaube ich, können die Mittel aus Eigenem gefunden werden. Aber solche Anträge lässt man unberücksichtigt, wo man doch weiß, dass die neuen Bezirke Wasser brauchen, wo beispielsweise aus diesem Reservoir in Altmannsdorf, Meidling, Fünfhaus, Sechshaus und so fort, Auslaufbrunnen gespeist, eventuell auch Wasser in die Häuser geleitet werden könnte. Diese Anträge ignoriert man; aus welcher Ursache, weiß ich nicht. Aber ich hätte erwartet, dass diesbezüglich wenigstens die einzelnen Herren, welche in der Budget-Commission sitzen, darauf aufmerksam machen, dass dies durchführbar ist. Bei dieser Gelegenheit nehme ich wieder Veranlassung das Präsidium zu ersuchen, über den von mir gestellten Antrag in Kürze Bericht erstatten zu lassen.

Wir kommen aber hier zu einer Hauptposition; das sind unsere Straßen. Unser Straßenbudget geht in die Hunderttausende, geht in die Millionen. Was sagt die Budget-Commission? „Da die Pflasterung bei uns so schlecht ist, müssen wir einen größeren Betrag einstellen" und ich glaube, dass 100.000 fl. zu dem Zwecke veranschlagt sind, damit man den Versuch mache, ob man nicht für die Straßen eine compactere Unterlage schaffen könne und auch die Fugen mit besserem Material ausgießen solle. Wahrscheinlich ist Cement in Aussicht genommen, damit die Luft nicht durch Jauche und Sand verpestet werde.

Ich weiß nicht, wer den Antrag gestellt hat (Rufe: Der Stadtrath!); wenn es der Stadtrath ist, dann bedauere ich es umsomehr, denn er muss wissen, dass es die Standplätze sind, wo die Jauche Einfluss hat, und dass diese Standplätze nicht mit Cement, sondern mit Asphalt ausgegossen sind, so dass eine Verunreinigung gar nicht stattfinden kann. Es sollte das Pflaster besser gemacht werden; dazu aber ist es nothwendig, dass unsere Herren Pflasterermeister die Steine nicht so hinwerfen und handbreite Fugen lassen, sondern dass sie die Steine schön nebeneinander legen und die Fugen solid ausfüllen. Das genügt vollkommen. Jeder der Herren wird schon gesehen haben, wie der Pflasterer hantiert; er hat sein Kramperl, richtet sich den Sand her, wie es ihm passt und legt den Stein hinein. Eine gute Unterlage ist ohnehin da: der Schotter, oben ist der feinere Sand. Wollten Sie eine Cementunterlage, so reichen wir mit 100.000 fl. nicht aus. Solche Straßen haben auch einen bedeutenden Schaden. Es soll vorkommen, dass, wenn eine Straße gepflastert wurde, sie gleich wieder aufgerissen wird, weil man auf ein Rohr vergessen hat, welches gelegt werden muss oder es soll ein Canal gebaut werden. Denken Sie sich doch, wie das dann aussieht. Man bringt die Steine nicht so leicht heraus, der eine ist ganz ruiniert, von dem anderen muss man erst das Cement wegschlagen. Kurz, das ganze Material wird ruiniert. Das sind aber Dinge, die man wissen muss, und die Herren, die in der Commission waren, sind doch auch im Straßenwesen au fait. Ich werde also nicht nur dagegen sprechen und stimmen, dass für diesen Zweck 100.000 fl. eingestellt werden, ich werde auch diesbezüglich einen Abänderungs-Antrag stellen. Haben Sie aber schon einmal gehört, dass einem Pflasterer ein Pönale auferlegt, dass er wegen schlechter Arbeit bestraft worden wäre? (Heiterkeit.) Aber wie schlampert und nachlässig gearbeitet wird, können Sie überall sehen. Da wäre es an der Zeit, solche Leute zur Verantwortung zu ziehen, sie wegen schlechter Arbeit zu bestrafen. Derartige Anträge gehen aber höchstens darauf hinaus, den Pflasterern 100.000 fl. mehr zu verdienen zu geben. Es ließe sich da noch vieles anführen.

Was das Budget als solches betrifft, muss in einem geordneten Haushalte dafür gesorgt werden, dass die nöthigen Mittel vorhanden sind. Es handelt sich daher darum, dass die Mittel, die wir heute bewilligen, in der richtigen Weise verwendet werden, dass strenge darauf gesehen wird, dass gewisse Leute, wenn sie glauben heute noch schlechter arbeiten zu dürfen als sie es früher gethan haben, dies nicht missbrauchen. Die Arbeiten müssen solid ausgeführt werden. Es genügt da vollkommen, Ernst zu zeigen, dann wird sich jeder hüten, nachlässig zu arbeiten, oder sich um eine Arbeit zu bewerben, wenn er schon einmal bestraft worden ist oder doch diesbezüglich schon Anstände gehabt hat. Ich für meine Person bin also der Meinung, dass wir in die Special-Debatte eingehen und die Sache in dem Sinne erledigen, wie es in dem Präliminare beantragt wird. (Bravo-Rufe.)

Gem.-Rath Geitler: Als der letzte Herr Redner das Wort ergriff und das Vorgehen der zur Berathung des Voranschlages eingesetzten gemeinderäthlichen Budget-Commission zu kritisieren begann, habe ich wirklich geglaubt, dass das jüngste Gericht über die Commission herniedergehen werde. Wie ich zu beweisen die Ehre haben werde, ist eigentlich das Gericht sehr sanft ausgefallen. Vor allem andern bedauere ich recht sehr, dass die Partei, der der Herr Vorredner angehört hat oder heute noch angehört — das

weiß ich nicht, das weiß überhaupt niemand recht —, den Berathungen der Budget-Commission nicht angewohnt hat. Denn wenn die Herren dieser Partei dagewesen wären, hätten sie gesehen, mit welchem Feuereifer — ich kann es nicht anders nennen — in dieser Commission gearbeitet wurde.

Es haben sich nicht nur die Mitglieder des alten Gemeinderathes, nicht nur die Mitglieder, welche dem alten Wien angehört haben, sondern auch alle jene Herren, welche aus dem neuen Gemeindegebiete zu uns gekommen sind und die, aus dem alten Gebiete neugewählten Mitglieder den Berathungen der Commission mit ganz außerordentlichem Fleiße angeschlossen. Dass bei diesen Berathungen auch dann und wann geringerwertige Anträge gekommen sind, die von der Commission zum Beschlusse erhoben worden sind, ist dies ja in der Natur der Sache gelegen. Ich bitte nur zu bedenken, dass bei der jetzigen Art der Berathung und bei der Art und Weise, wie jetzt die Gemeindegeschäfte geführt werden, es nur den wenigsten Mitgliedern, eigentlich doch nur jenen, die dem Stadtrathe angehören, möglich ist, ins Detail der Geschäfte einzugehen; und wenn dann irgend ein Mitglied, das dem Stadtrathe nicht angehört, und das ist die Mehrzahl, in der Budget-Commission Gelegenheit nahm, das, was es hie und da erfahren hat, zu verwerten, so kann man es doch dem Betreffenden nicht übel nehmen, und dadurch sind eben so manche — ich sage es selbst — nicht sehr bedeutungsvolle Beschlüsse, in die Anträge der Budget-Commission gekommen. Dagegen bemerke ich aber, dass abgesehen hievon, die Budget-Commission ihre Aufgabe insoweit erfüllt hat, dass sie das Budget Post für Post einer Berathung unterzogen und außerdem noch Anträge Ihrer Beschlussfassung unterbreitet, die nicht gar so unbedeutender Natur sind.

Ich möchte z. B. hervorheben, dass wir beantragen, der Magistrat möge im nächsten Jahre die Kosten der einzelnen Bezirksämter ermitteln; wenn er das thut, resp. wenn der Gemeinderath diesem Antrage der Budget-Commission zustimmt, dann werden wir endlich wissen, was jedes einzelne Bezirksamt kostet und wir werden in der Lage sein, klar in dieser Angelegenheit zu sehen, auf die ich noch weiter zu sprechen kommen werde. Es hat sich weiters mit Rücksicht darauf, dass die früheren Vororte selbstverständlich so manche Wünsche ausgesprochen haben, sowohl in der Budget-Commission als im Stadtrathe darum gehandelt, dass der Gemeinderath endlich erfahre, was in den Jahren 1890 und 1891 die Vororte theils für Schulbauten, theils für Armenversorgung gethan haben. Es ist sehr nothwendig, dies zu wissen, damit, wenn vielleicht im nächsten Jahre bedeutend größere Anforderungen seitens der Collegen aus den Vororten kommen, wir Ihnen sagen können, dass auch bei Ihnen nicht alles so schnell gegangen ist, und dass sie bei uns eigentlich ein viel größeres Entgegenkommen finden, als sie es selbst damals ihren Wählern bieten konnten.

Deshalb hat die Budget-Commission die Anträge beschlossen, die Ihnen ad Gruppe III Ausgabs-Rubrik XII und ad Gruppe IX Ausgabs-Rubrik XXXVII vorliegen. Es hat weiters die Budget-Commission einen hinsichtlich der Pflasterungen, wie ich wenigstens glaube, sehr wichtigen Beschluss gefasst; sie hat nämlich gesagt, es möge bei dem uns später vorzulegenden Pflasterungspräliminare auch berichtet werden, wann die betreffenden Straßen zuletzt um- oder neugepflastert wurden, und wenn dies geschieht, wird der Gemeinderath dadurch in die Lage versetzt, zu bestimmen, ob es nicht doch schade ist, eine Straße, die vor zwei Jahren erst gepflastert wurde, im nächsten Jahre wieder umzupflastern, und wir werden auch wissen, wer der saubere Contrahent war, der die Straße in so schlechten Zustand gebracht hat, dass sie binnen zwei Jahren umgepflastert werden muss. Also auch dieser Antrag ist nicht so unbedeutend. Weiters hat die Budget-Commission Anträge gestellt, hinsichtlich der Wahl verschiedener Commissionen aus dem Gemeinderathe zur Besorgung verschiedener Geschäfte. Auch auf diesen Wunsch werde ich später noch zu sprechen kommen; bisher wurde ein solcher Antrag im Gemeinderathe nicht gestellt und die Commission hat sich daher für verpflichtet gehalten, Ihnen zu beantragen, dass diese Commissionen gewählt werden.

Es hat die Budget-Commission weiters beantragt, es möge in Erwägung gezogen werden, ob es nicht gerathen wäre, mit der Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft wegen gänzlicher Übernahme des Rettungswesens einen Vertrag zu schließen. Sie wissen, dass die Rettungs-Gesellschaft, und zwar, wie ich glaube, mit vollem Rechte, an die Gemeinde mit der Bitte um eine größere Subvention herangetreten ist. Ich bin vollkommen damit einverstanden, aber es hat sich in der Budget-Commission neuerlich das geltend gemacht, was schon im früheren Gemeinderathe besprochen wurde, nämlich, ob es nicht möglich wäre, der Rettungs-Gesellschaft einen Theil des städtischen Sanitätsdienstes ganz zu übertragen und durch den Antrag, welchen wir Ihnen stellen, ist auch diese Angelegenheit wieder in Fluss gerathen.

Aus diesen wenigen Bemerkungen werden Sie sehen, dass es nicht gerechtfertigt war, dass man die Budget-Commission in einer Weise behandelte, sich über sie in einer Weise lustig gemacht hat, wie es von dem letzten Herrn Vorredner geschehen ist. Ich habe aber geglaubt, dass der letzte Herr Vorredner uns eigentlich seine Weisheit vorbringen werde und sagen werde, wie er es gemacht hätte, wenn er in der Budget-Commission gewesen wäre. Ich war umso neugieriger darauf eine Antwort vom Herrn Vorredner zu bekommen, weil er sich in seiner Rede an den Gemeinderath gewendet hat. Der Gemeinderath ist eine höhere Instanz als die Budget-Commission, der Gemeinderath kann auch schneller beschließen als die Budget-Commission und ich habe mir gedacht, er würde uns etwas erzählen, was für die Gemeinde außerordentlich förderlich ist und was der Gemeinderath mit Enthusiasmus aufnehmen würde. Ich habe mich leider in meiner Erwartung getäuscht, der geehrte Herr Vorredner hat eine offene Thür eingerannt und hat wieder von der Gasfrage gesprochen. Welchen Gemeinderath gibt es noch in diesem Saale, der sich nicht seit einer undenklichen Reihe von Jahren immer fort und fort mit der Gasfrage beschäftigt? Er weiß, dass in einigen Jahren der Moment kommen wird, wo wir in die Rechte des Gasvertrages eintreten werden, wo wir die Gaswerke zu übernehmen haben werden. Wenn ein Herr Vorredner meint, die Budget-Commission hätte das auch in ihren Bericht einfügen sollen, muss ich aufrichtig gestehen, dann hätte man eine ganze Masse anderer Sachen auch hineinnehmen sollen — das hat wirklich in den Bericht der Budget-Commission nicht gehört. Es ist richtig und es wurde auch von dem geehrten Herrn Vorredner, Gem.-Rath Dr. Stern gesagt, und sehr viele meiner Freunde wünschen, dass die Sache in einem etwas rascheren Tempo endlich einmal behandelt werde. Wir wären auch einverstanden, wenn die Proposition, die der Gemeinde Wien die Gasgesellschaft gemacht hat, in einem motivierten Berichte des Stadtrathes an uns gelangt wäre, damit wir uns mit der Fage beschäftigen können.

Was hat der Vorredner noch außerdem erzählt? Er hat anlässlich der Budget-Debatte, wo es sich um Ausgaben von 31 Millionen und so und soviel hunderttausend Gulden handelt, uns gesagt, es möge in den Bezirksämtern überall angeschlagen werden, dass die Kinder-Asyle bestehen. Er hat weiters gesagt, es ist ein großer Fehler von der Budget-Commission begangen worden, dass sie über eine Reservoiranlage nicht berichtet hat. Ich glaube, aus den Ausführungen des Herrn Vorredners später entnommen zu haben, dass er einen Antrag im Gemeinderathe gestellt habe wegen Vergrößerung der Reservoirs. Das weiß ich nicht: im Budget kommt von der Sache nichts vor; also, die Budget-Commission konnte sich unmöglich mit der Frage beschäftigen. (Gem.-Rath Ferdinand Mayer zwischenrufend: Mit der Wasserfrage!) Dass sie sich mit der Wasserfrage und einem sehr wichtigen derselben naheliegenden Theile der Wasserfrage beschäftigt hat, ist daraus zu entnehmen, weil die Commission beschlossen hat, ein grausames Unrecht gut zu machen, welches einem großen Theile unserer Mitbürger seit vielen Jahren dadurch zugefügt wird, dass sie statt Hochquellenwasser einen in Fässern ihnen zugeführten Pansch bekommen. Die Budget-Commission hat nämlich beantragt, es mögen in das Budget pro 1892 die 60.000 fl. eingestellt werden, welche dazu dienen, um das Rohrnetz in die Kaisermühlen zu legen. Der Herr Vorredner hat — und damit werde ich von ihm Abschied nehmen — uns außerdem über die Straßenpflasterung eine Vorlesung gehalten. Ich bin überzeugt, er versteht von der Sache mehr als ich, ich verstehe blutwenig davon. Aber ich glaube, dass die 100.000 fl., welche vom Stadtrathe beantragt werden, um ein Studium wegen einer besseren Pflasterung zu machen und um zweitens die Studien praktisch zu verwirklichen, nämlich Pflasterungen zu machen auf Grund der Studien und dadurch unser Pflaster zu verbessern, dass das eine für die Bevölkerung wohlthätige Auslage ist und dass der Stadtrath wohlgethan, wenn er diese Post einstellte, und die Budget-Commission gewiss nicht umhin konnte, in dieser Beziehung dem Stadtrathe Folge zu leisten.

Ich habe mir eigentlich vorgenommen, in der Budget-Debatte sehr wenig zu sprechen, sehr wenig, aber der Herr Vorredner hat mich ja provociert. Nachdem ich unmittelbar nach ihm zum Worte kam, musste ich ihm doch antworten. Ich habe es gethan.

Ich habe meine Aufgabe, was den heurigen Voranschlag betrifft, dahin aufgefasst, dass ich mich in den vielen Monaten während er vorliegt, mit demselben gründlich beschäftigt habe. Ich habe ihn genau studiert, und ich glaube, dass es im Interesse der Wähler und des Gemeinderathes gelegen ist, wenn die Gemeinderäthe den Voranschlag fleißig studieren und sehr wenig hier sprechen.

Nun, ist es aber doch nothwendig, auf einiges im Voranschlage zurückzukommen.

Da möchte ich vor allem auf den geehrten Herrn Redner des IX. Bezirkes zurückkommen, welcher bereits von meinem Vorredner apostrophiert wurde, und der gesagt hat, er könne das Budget deswegen nicht genehmigen, und in die Special-Debatte nicht eintreten, weil er dasselbe als ein nicht aufrichtiges anerkennt. „Aufrichtig! Aufrichtig!" Das Budget wurde vor allem anderen von unseren beeideten Beamten gemacht, der Magistrat und die Buchhaltung haben den Voranschlag verfasst, und ich glaube, mich auf die Beamten, die einen Eid abgelegt haben, vollkommen verlassen zu können. Die Arbeiten dieser Ämter als „unaufrichtig" von vorneherein zu betrachten, wage ich nicht. Im Gegentheil, ich glaube, und das beruhigt mich eigentlich, dass die Summe von 31 Millionen und so und soviel hunderttausend Gulden, welche vom Magistrat und der Buchhaltung beantragt werden, nicht ausgegeben werden wird, weil ich der Meinung bin, dass die Ämter immer larger budgetieren als nothwendig ist; sie wollen für alle möglichen Fälle vorsorgen und mit möglichst wenigen Nachtragscrediten kommen. In dieser Beziehung haben sie recht.

Ich glaube, dass, wenn einmal das Budget pro 1892 in Form eines Rechnungsabschlusses vorliegt, wir befriedigter auf diesen Voranschlag werden zurückdenken können. Ich bin übrigens der Meinung, dass wir überhaupt hinsichtlich des neuen Wien nicht früher werden in eine gründliche Berathung des Voranschlages eintreten können (überhaupt eines Voranschlages), bevor uns nicht der Erfolg des Jahres 1892 von der Buchhaltung und dem Magistrate adjustiert vorliegen wird, dann erst werden wir genau wissen, wie wir daran sind. Wenn man das Budget nun in seiner wirklich kolossalen Ziffer ansieht, und wenn man sich den Rechnungsabschluss für 1890 betrachtet, den wir vor einigen Tagen erledigt haben, so sieht man vielleicht am allerbesten, in welcher Weise dieses Gemeindegebiet gewachsen ist, und wenn man dazu das Gesetz nimmt, auf Grundlage dessen wir heute berathen, so glaube ich nicht großem Widerspruche zu begegnen, wenn ich meine, dass die Administration der Größe des Gemeindegebietes, der Größe der Aufgabe, die an diese Administration gestellt werden, nicht vollkommen in ihrer Form gewachsen ist. Wenn wir nehmen, dass die Geschäfte des alten Wien von nahezu allen 120 Gemeinderäthen, die im Gemeinderathe saßen, besorgt wurden, und wenn wir nehmen, dass das neue Gemeindegebiet, welches um soviel größer ist und um soviel größere Summen verlangt, eigentlich doch nur von den drei Herren Bürgermeistern und den 22 Stadträthen verwaltet wird, so muss man sich fragen, ob es für lange Zeit so wird fortgehen können; ich meine, dass diejenigen Angelegenheiten, welche den eigenen Wirkungskreis der Gemeinde betreffen, hinsichtlich der sogenannten ämtlich fortlaufenden Angelegenheiten, dass der jedenfalls ausschließlich meiner unmaßgeblichen Meinung nach nur durch den Stadtrath besorgt werden kann. Ich bin aber der Meinung, dass jene Angelegenheiten, welche die Gemeinde Wien nicht nur deswegen, weil sie die erste politische Behörde vertritt, oder auch nicht deswegen, weil sie die eigenen Angelegenheiten zu besorgen hat, dennoch betreibt, nicht vom Stadtrathe besorgt werden sollen, nicht nur, um den Stadtrath zu entlasten, sondern auch, um die Organisation und den Betrieb jener Anstalten, welche die Gemeinde, ohne hiezu verpflichtet zu sein, besorgt, zu erleichtern und zweckdienlicher zu machen, als dies durch den Stadtrath jetzt geschehen kann.

Ich brauche da die Herren nicht erst lange warten zu lassen. Ich meine, dass speciell das Lagerhauswesen, die Besorgung der Friedhofsangelegenheiten es sind, welche so wie früher jedenfalls besser, zweckdienlicher, und ohne dass dadurch die Autorität des Stadtrathes in irgend einer Weise verletzt wird, durch Commissionen besorgt werden sollen. Ich denke mir übrigens die Organisation dieser Commissionen so: Ich meine, es solle ein Theil der Mitglieder dieser Commission aus dem Plenum des Gemeinderathes, ein Theil dieser Commissionsmitglieder aus dem Stadtrath gewählt werden, es hätte der Bürgermeister aus den verschiedenen Ämtern Personen zu delegieren, die als mitbeschließende Mitglieder dieser Commission angehören könnten, wie es beispielsweise bei der Lagerhaus-Commission war, und es hätten die Leiter der betreffenden

Anstalten mit berathender Stimme den Sitzungen dieser Commission beizuwohnen. Wenn ich bedenke, dass nicht nur das Lagerhaus- und das Friedhofgeschäft es ist, welches die Gemeinde Wien in Zukunft betreiben wird, sondern dass die Gemeinde auch Sparcassa, Pfandleihanstalten und die Brandschadenversicherung bekommen wird, und dass sie jetzt schon die Sparcassen, welche in den Vororten existieren, übernehmen muss, so glaube ich, dass ich dem Stadtrathe nicht nahetrete, wenn ich meine, dass alle diese Agenden durch ihn unmöglich besorgt werden können.

Ich glaube auch nicht, dass wir für jede einzelne Agende eine Commission wählen sollen, sondern es soll eine Art Wirtschafts-Commission gebildet werden in der Weise, wie ich es früher auseinandergesetzt habe, welche alle eben benannten Agenden zu besorgen hat, ohne dass ich damit alles specificiert haben will, was sich dieser Commission seinerzeit wird zuweisen lassen. Ich bin übrigens der Meinung — und ich will nicht missverstanden werden —, dass sich eine solche Organisation nur durch Änderung des bezüglichen Gesetzes erreichen lasse. Ich habe das Gesetz durchstudiert und glaube als Laie, nicht als Jurist, dass eine solche Organisation ohne Änderung des Gesetzes gar nicht möglich ist. Ich habe aus den öffentlichen Blättern ersehen, dass hervorragende Mitglieder des Gemeinderathes im Landtage bereits einen Antrag auf Abänderung des § 52 der Gemeindeordnung eingebracht haben, und ich glaube, dass wir, allerdings nicht so ex abrupto, wie wir es jetzt hier machen könnten, noch im Laufe des Jahres 1892 darangehen können, beim Landtage, der wahrscheinlich noch im Herbste des Jahres 1892 zusammentritt, einen Antrag auf Abänderung der Gemeindeordnung zu stellen. Je früher wir das thun, umso besser, denn wenn wir einsehen, dass etwas nicht besonders gut, so sollen wir, glaube ich, nicht warten, sondern die Sache sobald als möglich ordnen.

Wenn ich nun auf eine zweite, mir nicht ganz passend erscheinende Art der Organisation der jetzigen Gemeinde komme, so ist es die, dass ich meine, dass die magistratischen Bezirksämter im Interesse der Bevölkerung und des Gemeindesäckels sobald und soviel als möglich decentralisiert werden sollen. Ich glaube nämlich, dass es unbedingt nothwendig ist und im Interesse der Bevölkerung liegt, dass in den magistratischen Bezirksämtern all dasjenige der Bevölkerung geboten werde, was heute theils hier im Rathhause, theils in den magistratischen Bezirksämtern besorgt wird. Ich habe mich in dieser Beziehung ziemlich genau informiert und habe gehört, dass dadurch, dass ein Theil der Agenden hier und ein Theil derselben in den Bezirksämtern besorgt wird, ein fortwährendes Hin- und Herlaufen, Hin- und Herschicken der Parteien stattfindet; und das ist hauptsächlich für jene Bevölkerung höchst unangenehm, zeitraubend und fatal, die sich sehr weit an der Peripherie von Wien befindet. Ich bin dafür, dass man den neu zugewachsenen Bürgern der Stadt Wien alle möglichen Erleichterungen sobald als möglich zuführen möge. Das ist nun kaum möglich, ohne dass das Statut in irgend einer Weise geändert werde, denn meine Ansicht über die Decentralisation des Magistrates und die Besorgung der Geschäfte durch die Bezirksämter ist eine außerordentlich weitgehende, und ich wage es gar nicht, sie in diesem Stadium der Behandlung auszusprechen. Es wird einmal der Stadtrath, wie ich hoffe, auch daran denken, diesen Theil der städtischen Geschäfte näher ins Auge zu fassen; dann wird sich der Gemeinderath damit zu befassen haben, dann wird auch Zeit dazu sein, mit meiner heute vielleicht etwas abenteuerlich scheinenden Idee über die Organisation unseres Dienstes, sowohl was den übertragenen, als was den eigenen Wirkungskreis betrifft, hervorzutreten.

Es hat bereits Gem.-Rath Dr. Stern die Ansicht ausgesprochen, es möge, nachdem wir die General-Debatte geschlossen haben werden, sofort in die Berathung der Abtheilung 6 des Budgets eingetreten werden. Dadurch wird ermöglicht sein, dass wir sofort alle jene öffentlichen Arbeiten beschließen können, welche die Gemeinde von gemeindewegen zu vergeben hat, und wird vielleicht in den nächsten Wochen so mancher communale Bau in Angriff genommen werden. Damit werden wir der Bevölkerung viel mehr Vortheile zuwenden, als wenn wir hier noch wochenlang über das Budget berathen. (Bravo! rechts.)

Ich muss aber bei diesem Anlasse Folgendes bemerken. Ich habe in dieser Beziehung volles Vertrauen in das Wort des Herrn Bürgermeisters. Ich hatte die Ehre, Obmann der Commission zu sein, die der Herr Vorredner etwas spöttisch behandelt hat, nämlich der heutigen Budget-Commission. Ich muss sagen, dass ich mich immer mit Vergnügen jener Abende erinnern werde, wo wir gemeinschaftlich gearbeitet haben. Eines schönen Abends wurde mir nun der Auftrag zutheil, den Herrn Bürgermeister zu bitten, er möge nach Beendigung der General-Debatte sofort Titel 6 des Budgets verhandeln lassen, und der Herr Bürgermeister hat mir sein Wort gegeben, dass er das thun werde. Ich bin überzeugt, dass der Herr Bürgermeister im Interesse der arbeitenden Bevölkerung Wiens sein Wort einlösen wird. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Sehr geehrte Herren! Wenn im Abgeordnetenhause die sogenannte Budgetberathung stattfindet, so halten es alle Minister für ihre Pflicht, derselben anzuwohnen. (Sehr gut! links.) Sie halten es sogar für ihre Pflicht, auf die Fragen, welche an sie gestellt werden, zu antworten und auch sich zu vertheidigen, wenn sie angegriffen werden. Wenn zufällig ein Minister während der Berathung des Budgets im Abgeordnetenhause nicht anwesend ist, so hat in früheren Zeiten, solange die liberale Partei noch Oppositionspartei war, dieselbe immer ein Spectakel geschlagen, ein Spectakel, gegen welches unsere Spectakel, die wir hier öfter erleben, geradezu kleinlich zu nennen sind. (Heiterkeit rechts.) Im Gemeindeleben ist, wie ja einer Ihrer Führer, der Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung auseinandergesetzt hat (Rufe links: Führer ist er schon?) — Ja, einer nach dem anderen avanciert zum Führerthum, momentan ist Dr. Friedjung Führer — (Rufe links: In dem Grade, in dem er denunciert!), Dr. Friedjung sagte, dass der Bürgermeister so quasi der verantwortliche Minister der gesammten Gemeinde ist. Der Bürgermeister ist dafür verantwortlich, dass die Beschlüsse des Gemeinderathes, die Beschlüsse des Stadtrathes ausgeführt werden.

Man sollte nun denken, dass der Bürgermeister der Stadt Wien sich auch für verpflichtet halten sollte — wenigstens ich denke es —, den Budgetberathungen im Schoße des Gemeinderathes anzuwohnen. (Zustimmung links.) Ich weiß nicht, wie die geehrten Herren über dieses Thema denken, ich glaube nur, er sollte da sein, und ich glaube weiters, der Umstand, dass der Herr Bürgermeister der Stadt Wien nicht da ist, zeigt eine gewisse Geringschätzung nicht gegenüber der Opposition — nein, meine Herren, wir haben ja den Mann nicht gewählt —, sondern gegenüber der Majorität des Gemeinderathes.

Ich weiß nicht, wie der Herr Bürgermeister seine Abwesenheit entschuldigt, vielleicht ist er außerordentlich beschäftigt, das ist ja

möglich. Vielleicht denkt er sich aber auch: Mein Gott! Ich habe etwas Gescheiteres zu thun, als mir die Redereien der Herren Gemeinderäthe anzuhören (Heiterkeit links), vielleicht denkt er sich, ich erfahre dort nichts Neues und die alten Jeremiaden habe ich so oft angehört, dass ich sie nicht mehr anzuhören brauche. Es ist möglich, dass er so denkt. Aber wenn er so denkt, so befindet er sich eben in einem Irrthum über seine Stellung. Es mag immerhin richtig sein, dass die Herren Mitglieder des Gemeinderathes etwas besonders Neues hier nicht vorbringen; aber wenn das der Fall ist, dann wäre es gerade die Aufgabe des Herrn Bürgermeisters, diesem Mangel des Gemeinderathes abzuhelfen und zu zeigen, dass er im Stande ist, etwas Neues vorzubringen.

Es ist ja möglich, dass die geehrten Herren, auch wir von der Opposition, nicht im Stande sind, neue Ideen hier zu entwickeln, aber dann — ich wiederhole es — ist es Aufgabe des Bürgermeisters, zu zeigen, dass er Ideen hat, wie denn eigentlich dem immerhin berechtigten Klagen abgeholfen werden könne, und dass er daher auch berufen ist, die erste Rolle im Gemeinderathe der Stadt Wien zu spielen, dass er nicht bloß durch die Partei, sondern durch sein Wissen, seine Thätigkeit, seine Energie berufen ist, die Leitung der Gemeinde zu führen. Sie sehen also, die Ausrede ist nicht ganz stichhältig, es muss ein anderer Grund vorhanden sein, und wie ich darüber nachgedacht habe, ist mir das Wort eingefallen, welches das geehrte Mitglied des Stadtrathes Herr Dr. Grübl, gegenüber meinem Collegen, dem hochwürdigen Herrn Gem.-Rath Latschka gebraucht hat. Er hat nämlich gesagt: was die Opposition will, ist ihm Wurst.

Ich weiß nicht, ob der Herr St.-R. Dr. Grübl mit diesen seinen Worten auch seinem wirklichen Gefühle Ausdruck gegeben hat. Es ist nämlich den Herren Führern denn doch nicht so ganz Wurst, was die Minorität thut, und der beste Beweis hiefür ist folgender: Wie Sie wissen, haben wir durch unsere Abstinenz es verhindert, dass Sie die Gründe in der Nähe des Rathhauses um den Schleuderpreis von 110 fl. per Quadratmeter veräußern. Weil wir dies gethan haben, haben die Mitglieder der Majorität, welche zugleich auch Mitglieder des n.-ö. Landtages sind, nichts Eiligeres zu thun gehabt, als im n.-ö. Landtage den Antrag einzubringen, dass die Gemeindeordnung, welche sonst so ausgezeichnet ist, wie die Herren sagen, ergänzt werden möge, durch die Bestimmung, dass diejenigen, welche zur Berathung eines 92er-Stückes nicht kommen, ihres Mandates verlustig werden sollen; sie gehen sogar noch weiter und verlangen, dass diese durch zwei Jahre nicht sollen gewählt werden können, damit man die Racker auf zwei Jahre los ist. Sie sehen also, den Führern ist es keineswegs Wurst, was die Opposition will; sie sagen es nur so, in Wahrheit ist es aber nicht der Fall.

Ich will übrigens über die Berechtigung des „Wurststandpunktes" nicht streiten (Heiterkeit), ich sage nur dass in diesem Ausspruche des Herrn Dr. Grübl so recht der Übermuth und Hochmuth der herrschenden Partei zu Tage tritt (Richtig! links) und wenn man von Geldprotzen spricht, sollte man auch von Majoritätsprotzen im Wiener Gemeinderathe sprechen. Übrigens wird sich die Opposition trösten, denn sie befindet sich bei diesem „Wurststandpunkte" in sehr guter Gesellschaft, nämlich in Gesellschaft des gesammten christlichen Volkes; Ihnen, meine Herren, dem Stadtrath und Bürgermeister ist es auch Wurst, was das gesammte christliche Volk will und so können wir uns trösten, wir befinden uns in guter Gesellschaft. Ja es soll sogar hie und da vorkommen, dass dem Stadtrath Wurst ist was der Gemeinderath beschließt und es soll sogar vorkommen, dass dem Bürgermeister Wurst ist, was Stadtrath und Gemeinderath beschließen (Heiterkeit links). Sie sehen, dieser „Wurststandpunkt" ist ein allgemein verbreiteter Standpunkt (Heiterkeit links), und es tritt in demselben so recht die Harmonie aller Factoren der Gemeindeverwaltung zutage.

Nur ein Factor hat das Glück, dass er bei diesem „Wurststandpunkte" nicht dabei ist, dieser eine Factor ist das Großcapital und die Posaune des Großcapitals, die Judenpresse. Die ist Ihnen nicht Wurst; was die Judenpresse will, das thun Sie pünktlich und schleunigst. Will die Judenpresse, dass Sie a beschließen, so beschließen Sie a; will die Judenpresse, dass Sie a widerrufen und b beschließen, so widerrufen Sie a und beschließen b. Da sind Sie folgsam und gelehrig, das ist Ihnen nicht Wurst, was die Judenpresse will, im Gegentheil, Sie sind folgsame Diener und Knechte der Presse. (Beifall und Händeklatschen links, Unruhe rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke (der den Vorsitz übernommen hat): Ich muss den Vorwurf, dass die Majorität thut was die Presse befiehlt, auf das entschiedenste zurückweisen; es ist das nicht richtig.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Der Herr Referent hat bedauert, dass die Opposition sich von den Arbeiten des Ausschusses ausgeschlossen hat, und war sogar so freundlich, der Meinung Ausdruck zu geben, dass eventuelle Anregungen von unserer Seite im Ausschusse Berücksichtigung gefunden hätten. Ja, meine Herren, ich habe im letzteren Punkte einen gewissen Zweifel, denn ich habe schon sehr viele Ausschuss- und Commissions-Berathungen mitgemacht und immer gefunden, wenn ein Mitglied der Minorität, der Opposition, in einen Ausschuss gewählt wurde, so ist es nicht geschehen, damit etwa der Ausschuss die Berechtigung der von unserer Seite vorgebrachten Anträge prüft, und sie eventuell annimmt, sondern es ist zumeist zu den Zwecken geschehen, um zu erfahren, was die Opposition will (Referent: Ja freilich!), um darnach sich den Feldzugsplan zurechtlegen zu können. (Widerspruch rechts.) Ich versichere Sie auch, wenn ich das bedenke, muss ich sagen, dass es eigentlich sehr klug war, dass wir nicht in die Commission gegangen sind.

Wir durften es aber auch nicht, und zwar durften wir es nicht aus folgendem Grunde: Sie haben uns bei den Verhandlungen über die Zahl der Mitglieder, welche Sie der Partei gewährten, zugesagt, dass sie sieben Mitglieder unserer Partei wählen wollen und Sie haben uns auch die Nominierung dieser sieben Mitglieder überlassen. Wir haben Ihnen diese sieben Mitglieder unserer Partei nominiert und der Führer Ihres Clubs hat erklärt, sechs davon acceptiere er, den siebenten — es war Gem.-Rath Jedlička — acceptiere er nicht, dafür nehme er Herrn Collegen Wessely. Ich habe erklärt und erkläre es auch hier offen, dass es parlamentarisch unanständig ist und dies wird, glaube ich, jeder Parlamentarier sagen, parlamentarisch unanständig ist es, eine Partei, und zwar eine so große Partei wie wir es sind, in der Weise zu behandeln; entweder kämpft man mit der Partei, à la bonheur, dann dreht es sich darum, wer die Macht bekommt, will man der Partei aber entgegenkommen, dann gibt man ihr eine Anzahl Sitze und dann nimmt man auch diejenigen, welche die Partei nominiert. Das ist parlamentarisch anständig, das Gegentheil parlamentarisch unanständig. (Richtig! links.) Unsere Partei war verpflichtet, eine solche Behandlung sich nicht gefallen zu lassen und war auch ver-

pflichtet dafür einzutreten, dass, wenn Herr Gem.-Rath Jedlička nicht gewählt wird, keiner von uns in die Commission geht, und zwar deshalb waren wir verpflichtet dies zu thun, weil es sonst den Anschein gehabt hätte, als ob gegen die Person des Herrn Gem.-Rathes Jedlička solche Dinge vorliegen, welche die andere Partei berechtigt, ein derartiges Manöver gegen ihn zu spielen. Das durften wir nicht thun, wenn wir auf unsere Partei etwas halten, keiner von uns durfte in die Commission hineingehen. Wir haben Ihnen damals die Hand zum Frieden geboten, es wird das der Herr Referent der Commission bestätigen. Ich habe mich bemüht, die Sache so durchzuführen, dass sie wirklich der Ausdruck der gesammten Gemeinderäthe ist. Sehen Sie, meine Herren, ich sage nicht die ganze Majorität, aber Ihre Führer waren es, welche diese unsere Absicht vereitelten, und wenn Sie von uns verlangen, dass wir wie eine anständige parlamentarische Partei vorgehen sollen, dann müssen Sie, als die herrschende Partei, den Anfang machen. Sie müssen sich uns gegenüber parlamentarisch anständig benehmen. Es ist übrigens, aufrichtig gesagt, auch gut, dass wir nicht in der Commission waren und der Herr Referent wird mir rechtgeben, wenn er mich anhören wird. Wenn unsere Partei an den Berathungen der Commission theilgenommen hätte, dann würden sehr viele Anträge der Commission auf unser Conto geschrieben worden sein, sehr viele Resolutionen, welche von Seite der Commission vorgenommen wurden.

Es ist nämlich unter den Resolutionen wirklich Kleinliches darinnen, das wird von niemand geleugnet werden, es ist z. B. kleinlich, wenn bei der Budgetberathung von der Commission ein geräuschloses Pflaster für irgend eine Schule beantragt wurde. Das ist kleinlich, wenn auch richtig, da es nicht schadet. Aber ein Theil der Anträge ist höchst interessant und ist nicht kleinlich; ein solcher Antrag ist der Antrag auf Einsetzung von Verwaltungs-Commissionen. Meine Herren! Man hört in diesem Antrage förmlich die Ketten klirren, mit welchen derzeit der Gemeinderath gefesselt ist. Jawohl, meine Herren, man sieht förmlich die Mitglieder der Majorität an den Ketten und Banden rütteln, mit denen sie gefesselt sind. In diesem Antrag liegt wieder das Geständnis der Führer der Majorität, dass wir, die Mitglieder der Minorität, recht gehabt haben, als wir das jetzt bestehende, durch und durch verfehlte Statut bekämpft haben. Meine Herren! Sie haben damals immer gejubelt, wenn so ein Knechtungsparagraph gekommen ist.

Sie haben geglaubt, es ist schon recht, dass sich die Minorität nicht rühren kann, nur recht feste Fesseln anlegen! Sie haben sich aber geirrt, und zwar schwer geirrt. Sie haben geglaubt, der Dr. Lueger wird gefesselt werden; o nein! Dr. Lueger ist sehr frei, er ist nicht gefesselt; Sie haben sich selbst gefesselt, meine Herren! Es kommt mir vor, als wenn ein Hecht frei ist und die Karpfen hätten sich selbst in den Fischkalter hineingesperrt (Lebhafte Heiterkeit links) und wenn sich einer im Fischkalter rührt, wird er sofort vom Oberfischer herausgefangen und wennmöglich abgeschlachtet. (Heiterkeit links.) Ich erinnere an das Schicksal, welches einem hervorragenden Mitgliede Ihrer Partei (rechts), dem Herrn Hofrathe Rauscher, von seinen Parteigenossen bereitet wurde. (Beifall links.) Es war geradezu merkwürdig, wie Sie den Mann hingerichtet haben, wie Sie ihn abgeschlachtet haben. Ich will nicht das „chinesische Ammenmärchen" vorbringen; es ist mir vorgekommen als ob er für den Altar Ihrer Partei rituell geschlachtet wurde. (Heiterkeit links.)

Auch einem zweiten Mitgliede Ihrer Partei ist bereits eine Verwarnung zugekommen. Es ist dies der Herr Gem.-Rath Gfrorner. Er kann ohnedies nichts reden, denn, wenn er reden möchte, müsste er unsere Sprache führen, und da schweigt er lieber. Er stimmte mit uns und da ist ihm eine Verwarnung zugekommen: „Du, Gfrorner, wenn Du Dich ferner noch unterstehst, mit diesen gefürchteten oder verachteten Antisemiten zu gehen, so kommt das Hochgericht über Dich". Was ihm geschehen wird, weiß ich nicht, aufhängen wohl nicht, weil man einen so hohen Galgen nicht finden wird, dass er hinaufgeht. (Heiterkeit und Beifall auf der Gallerie.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich muss die Gallerie ersuchen, sich jedes Beifalls zu enthalten. (Widerspruch links, Rufe: die Gallerie war ja ruhig.)

Gem.-Rath Dr. Lueger . . . . Auch einem dritten Mitgliede Ihrer Partei ist bereits eine weitgehende Verwarnung zugekommen. Ich habe es bereits erwähnt, sie betrifft den so streitlustigen Gem.-Rath Frauenberger. (Gem.-Rath Frauenberger: Da muss ich bitten! — Heiterkeit.) Der Herr Gem.-Rath Rosenstingl hat in der „Neubauer Revue", ich glaube, so heißt das Blatt, in einem Eingesendet angedeutet, wenn Gem.-Rath Frauenberger so fortfährt, so wird er schon sehen, wohin er kommt, er wird nicht mehr gewählt werden . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das gehört doch nicht zur Budget-Debatte.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn Gem.-Rath Frauenberger wünscht, so werde . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Aber ich bitte, über solche Dinge nicht zu sprechen . . . .

Gem.-Rath Dr. Lueger: Sie machen jetzt einen Befreiungsversuch, aber ich kann Ihnen sagen, wenn wir Ihnen auch helfen, es wird vergeblich sein, denn der Herr Bürgermeister wird den Antrag auf Einsetzung dieser Verwaltungs-Commission einfach nicht zur Abstimmung bringen, er wird ihn an den Stadtrath leiten (Heiterkeit), und der Stadtrath wird ihn dann begraben (Heiterkeit), feierlich oder in der Stille, je nachdem es ihm gefällig ist, aber begraben wird er, dessen können sämmtliche Mitglieder der Majorität versichert sein.

Die einzige Möglichkeit für den Gemeinderath, sich halbwegs Geltung zu verschaffen, liegt, und das ist von allen Seiten anerkannt, in der Behandlung des Budgets und in der Behandlung des Rechnungsabschlusses. Der Unterschied zwischen früher und jetzt ist ein sehr gewaltiger.

Früher haben wir uns selbst das Budget bewilligt, jetzt, meine Herren, bewilligen wir es, wie Herr Gem.-Rath Latschka richtig ausgeführt hat, dem Stadtrath und dem Bürgermeister, und hier bemerke ich gegenüber dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Friedjung, dass der Herr Gem.-Rath Latschka über seine Rede mit mir nicht gesprochen hat, ich also nicht der spiritus rector seiner Rede gewesen sein kann. Gott sei Dank, in unserer Partei sind genug Männer, welche das richtige Wort zur richtigen Zeit finden und wir brauchen keineswegs irgend einen Trichter, sondern unsere Männer wissen, was sie zu thun haben und wissen, was sie zu reden haben. Vielleicht liegt darin der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Partei. Wenn es bei Ihnen auch so stimmte, hätten Sie eine große Freude. (Heiterkeit.) Aber auch Ihre Redner haben es anerkannt, dass der Unterschied zwischen früher und jetzt außerordentlich bedeutend ist, und es ist merkwürdig, Ihre Redner waren,

mit Ausnahme des einzigen Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung, der von der Situation geradezu begeistert ist und ein Loblied gesungen hat, wie ich es noch selten gehört habe, mehr oder weniger unzufrieden, und der erste pro-Redner Herr Rechnungsrath Kaspar hätte, wenn ihm nicht voreilig der Lebensfaden seitens des Herrn Vorsitzenden abgeschnitten worden wäre, noch eine lange Reihe von Sünden aufgezählt, welche sich die Verwaltung hat zu Schulden kommen lassen. Er nickt mit dem Haupte, Sie sehen, wie genau ich über seine Gedanken verfüge. (Heiterkeit.)

Merkwürdig ist es aber, es hat die Budget-Commission, und es hat auch der geehrte Herr Redner der Majorität aus dieser ihrer Anschauung nicht die richtigen Consequenzen gezogen; es wird mir sowohl der Referent der Commission als auch der Referent des Stadtrathes rechtgeben, wenn ich sage, dass der jetzige Hauptvoranschlag selbst in seinen einzelnen Posten eigentlich nur ein sogenanntes Gruppen-Budget ist, dass jede einzelne Post eine ganze Gruppe von Auslagen umfasst, und ich bin der Meinung, dass, wenn wir unser Budgetrecht und insbesondere unser Controlsrecht bei Berathung des Haupt-Rechnungsabschlusses wirklich ausüben wollen, das jetzige Gruppen-Budget wieder abgeschafft und an dessen Stelle ein Objecten-Budget gesetzt werden muss. Um mich vollständig verständlich zu machen, erlaube ich mir Ihnen dies an einem kleinen Beispiele zu beweisen. Nehmen Sie die Rubrik XII. In derselben finden Sie z. B. die Post 4 „Erhaltung und Reparatur der Realitäten", a) der reinen Zinshäuser mit 19.710 fl. Über diese Summe wird abgestimmt; diese Summe wird bewilligt und der Stadtrath ist jetzt in der Lage, die ganze Summe auf ein Object zu verwenden; wenn er will, er kann es thun. Wie ist die Post gefunden worden? Da muss man auf die Anmerkung sehen. In dieser steht: „Die Ansätze beruhen im allgemeinen auf dem vom Stadtbauamt verfassten Präliminare u. s. w." Ich bin der Meinung, dass diese Aufstellungen des Stadtbauamtes in das Budget hineingehören, dass wir diejenigen sind, welche darüber zu beschließen haben, damit wir beim Rechnungsabschlusse wissen, ob die betreffende Summe auf das betreffende Object ausgegeben worden ist oder nicht.

Ich weiß nicht, ob die Herren es verstanden haben. Aber ich denke, Sie werden sehen .... (Rufe rechts: Es steht im Special-Ausweis!) Ich werde Sie überzeugen, daß dem nicht so ist, wie Sie sagen. Wir beschließen, und der Herr Referent wird es bestätigen: „a) der reinen Zinshäuser 19710 fl."; das, was in der Anmerkung steht, wird nicht beschlossen. Auf das, was in der Anmerkung steht, braucht der Stadtrath nicht zu achten, was in der Anmerkung steht, ist nur eine sogenannte Erkenntnisquelle, ist aber kein Beschluss des Gemeinderathes, und darum habe ich mit meiner Behauptung recht.

Das ist nur eine kleinliche Post. Aber solche Posten finden Sie 10, 20, 30, und geradezu die wichtigsten. Wenn wir also wirklich unser Budget- und Controlrecht ausüben wollen, dann muss das Budget specificiert werden, es muss aus dem sogenannten Gruppen-Budget ein Objecte-Budget werden. Ich stelle keinen Antrag, meine Herren, nein! Das wäre mir, aufrichtig gesagt, viel zu umständlich, dass ich auch noch den Stadtrath mit einem Antrage belästigen sollte. Wenn hier darüber abgestimmt würde, würde ich es thun; ob aber im Stadtrathe ein Antrag mehr oder weniger liegt, ist mir ganz gleichgiltig. Ich empfehle aber meine Anregung sowohl dem Stadtrathe und jenen Mitgliedern desselben, von denen ich überzeugt bin, dass sie es mit der Controle ernstlich meinen, von denen ich glaube, dass sie nicht hinter dem Tische spielen wollen, und von denen ich vermuthe, dass es ihnen angenehm ist, wenn sie vom Gemeinderathe controliert werden. Ich empfehle meine Anregung jenen Mitgliedern der Budget-Commission, von welchen ich glaube, dass sie ihre Aufgabe nicht als gelöst betrachten werden, wenn sie mit der Berathung des Budgets fertig sind, sondern von denen ich glaube, dass sie auch fernerhin den Budgetfragen ihre volle und ungetheilte Aufmerksamkeit zuwenden werden. (Bravo! links.)

Meine Herren! Ein weiterer wichtiger Umstand, auf den ich Ihre Aufmerksamkeit lenken will, ist folgender: Wenn man wissen will, wie sich die eigentlichen Ausgaben zu den Einnahmen verhalten, und wie die Bevölkerung einer Stadt in Anspruch genommen wird, so muss man nicht die außerordentlichen Ausgaben, sondern nur die ordentlichen Ausgaben in Betracht ziehen. Ich habe dies auch gethan, ich habe alle außerordentlichen Auslagen beiseite gelassen, auch die Schulbauten, und habe unter Zugrundelegung des Entwurfes des Magistrates Folgendes gefunden: Ich habe gefunden, dass beinahe in jeder Rubrik die Auslagen für das Jahr 1892 die ordentlichen Ausgaben für die früheren Jahre, und zwar sowohl für Alt-Wien als für die Vororte, weit übersteigen.

Die Rubrik I weist schon ein Mehr von 45.250 fl. aus, die Rubrik II ein solches von 18.336 fl. (dabei bemerke ich, dass keine Wahlen sind), die Rubrik III ein solches von 390.800 fl., die Rubrik IV ein solches von 93.270 fl., die Rubrik V ein solches von 4440 fl., die Rubrik VII eines von 4420 fl. u. s. f., u. s. f. Minderausgaben fanden sich in der Rubrik IX, bei der Verzehrungssteuer, im Betrage von 167.530 fl., was ich nicht näher beleuchten will, ich erwähne nur, dass die Zuschläge zum Krankenhausfond wirklich dadurch aufgewogen werden, dass diejenigen, die ins Krankenhaus gehen müssen, bedeutend mehr zu zahlen haben als früher. Ferner finden sich Minderausgaben im Betrage von 249.940 fl. bei den Auslagen für die Sicherheitspolizei; außerdem noch bei den Markthallen, jedoch bloß in der Höhe von 10.320 fl. Meine Herren, wenn Sie alle ordentlichen Ausgaben zusammenrechnen und mit denen des Vorjahres — ich wiederhole — sowohl bezüglich des alten Wien als der Vororte vergleichen, so beträgt nach dem Magistratsentwurfe das Mehr an ordentlichen Ausgaben 2,680.520 fl., das Minus 429.840 fl., letzteres vom ersteren abgezogen, gibt ein Nettoplus von 2,250.680 fl. Es werden also aus unserer Bevölkerung bloß für die ordentlichen Ausgaben im Jahre 1892 2,250.680 fl. mehr herausgezogen, als in früheren Jahren herausgezogen worden sind. Sie werden mir alle zugeben, dass das eine erschreckende Summe ist. (Rufe rechts: Aber nicht richtig ist sie!) Ich bitte, nur nachzurechnen, es stimmt auf den Kreuzer.

Wenn Sie bedenken, dass der Bierkreuzer mit 1,800.000 fl. veranschlagt wird, so werden Sie mir zugeben, dass von dem Plus der ordentlichen Ausgaben der gesammte Bierkreuzer und noch eine weitere Summe aufgezehrt wird. Dann frage ich mich, ist die Verwaltung besser geworden, oder wird sie besser werden? Ich sage Ihnen, im Jahre 1892 gewiss noch nicht, vielleicht auch nicht im Jahre 1893. Glauben Sie vielleicht, dass dann die Straßen besser gekehrt werden? Sie werden sich in den Vororten überzeugen; dort wird es gerade so schmutzig sein, wie es früher gewesen ist; ja vielleicht wird es dort, wo es bisher rein gewesen, schmutzig sein. (Heiterkeit links.) Wird vielleicht der Schnee besser weggeführt werden? Er wird gerade so liegen bleiben wie früher; oder glauben Sie vielleicht, dass besser gepflastert werden wird?

Meine Herren, bis Sie da draußen einen Pflasterstein sehen, müssen Sie sehr alt werden. (Heiterkeit links.) Es werden auch nicht viel mehr Laternen hinauskommen.

Wenn Sie das nun bedenken, so muss jeder von Ihnen sagen, mit solchen Ersparnissen, wie sie der Herr Rechnungsrath Kaspar und der Führer der nervösen Opposition Herr Frauenberger vorgeschlagen haben, kommt man nicht vorwärts. Das ist ein Tropfen auf einen heißen Stein; da muss zu anderen Mitteln gegriffen werden, umsomehr, wenn man bedenkt, dass die Auslagen bedeutend steigen werden. Sie brauchen nicht vor die Linie, Sie brauchen nicht über die Ringstraße hinauszugehen und Sie werden mir zugeben, dass der Zustand einzelner Straßen in der inneren Stadt ein scandalöser ist. Wenn Sie etwas weiter hinausgehen und die Lastenstraße in einzelnen Theilen ansehen, so finden Sie ein jammervolles Bild; und weiter hinaus wird es immer schlechter und schlechter. Wir müssen sparen, trotzdem alles darauf hinweisen möchte, dass in dieser Beziehung eine Besserung eintreten soll. Die Beleuchtung ist so elend, dass man sich förmlich schämen muss. In der inneren Stadt wird das Dunkel neben das grellste Licht gestellt. Die Herren werden zugeben, man geht am Graben auf einem hell erleuchteten Platze. Der Graben ist hell erleuchtet; man ist förmlich geblendet von dem Lichte, obwohl es auch nicht gar zu übertrieben viel Licht gibt; wenn man aber in eine Nebengasse hineinkommt, dann umfängt Einen nächtliches Dunkel, das Auge muss sich erst daran gewöhnen, bis man sich orientieren kann. Diese Gegensätze sind so grell, dass sie ausgeglichen werden müssen, und es liegt dies auch im Interesse der Stadt Wien selbst. Wenn Sie weiter bedenken, dass ganz außerordentliche Ausgaben dazukommen werden, wenn Sie bedenken, dass die öffentlichen Verkehrsanlagen sehr viel Geld in Anspruch nehmen werden, viel mehr Geld, als man vorausgesetzt hat, viel mehr; wenn Sie bedenken, dass die Wienfluss-Regulierung viel Geld kosten wird; wenn Sie ferner bedenken, dass durch den Fall des Gürtels Straßenbauten, und zwar weitgehende Straßenbauten, gemacht werden müssen; wenn Sie bedenken, dass eine ganze Reihe von Häusern wird eingelöst werden müssen, um die Communication zu ermöglichen und schöner zu machen; wenn Sie bedenken, welche Canalbauten durchgeführt werden müssen; wenn Sie bedenken, dass die Wasserversorgung durchgeführt werden muss — 25 Millionen Gulden sind nach meiner Überzeugung das Minimum, ob Sie nun eine Nutzwasserleitung bauen oder einen anderen Modus finden werden, — wenn Sie bedenken, was das Beleuchtungswesen kosten wird, so werden Sie zugeben, die Aspecte für die Zukunft sind keineswegs außerordentlich rosiger Natur und wenn nicht ganz unerwartete Einnahmen eintreten, wenn sich nicht speciell die Bierkreuzer und die Verzehrungssteuer höher erweisen, als angenommen wurde, so ist die Zukunft eine ziemlich traurige, das werden die beiden Herren Referenten bestätigen.

Ich bin der Meinung, dass es nicht so arg werden wird, weil man die Ansätze etwas geringer angenommen hat. Aber es muss besser werden, denn sonst ist es nicht möglich auszukommen. In solchen Fällen hilft man sich nicht, wie hier gesagt worden ist, mit einzelnen Grundverkäufen. Es berührt mich förmlich komisch, wenn uns der Vorwurf gemacht wird, wir hindern die Verwaltung der Stadt Wien, weil wir einzelne Grundverkäufe vereiteln wollen. Sie sollten Gott danken, dass wir Ihr Leben verlängern, denn solange etwas zu verkaufen ist, werden Sie immerhin ein bisschen Geld haben. Wenn Sie einmal alle Gründe verkauft haben, was wird denn dann sein? Von was wollen Sie dann die Ausgaben der Stadt Wien decken? Da hilft man auch nicht mit den „ephemeren Depositen" (Heiterkeit links), die verschwunden oder wenigstens verausgabt zu sein scheinen, weil sie im ganzen Budget nicht zu entdecken sind. Vielleicht stecken sie wo in einem Winkel; wenn nicht, so scheinen sie schon verausgabt zu sein. Da hilft man sich auch nicht damit, dass man in vergangene Jahrhunderte zurückgreift und nachweist, dass wir, die damals gar nicht gelebt haben, schlechte Kerle sind.

Ich muss darauf zurückkommen: ein Mitglied Ihrer Partei hat uns vorgeworfen, dass wir an der Kriegsfurcht schuld sind, weil wir für die Occupation von Bosnien und der Herzegowina gestimmt hätten. Es war der Herr Gem.-Rath Rosenstingl, der dies der Bevölkerung glauben machen will. Weiß denn der Herr Gem.-Rath Rosenstingl nicht, dass damals Minister des Äußern Graf Andrássy war, eine der gefeiertsten Größen der liberalen Partei? Und weiß er denn nicht, dass Herr v. Plener damals Anführer der sogenannten bosnischen Truppe war. Wir sind daran unschuldig, keiner von uns ist damals im Parlament gewesen, und ich glaube, Bosnien ist unschuldig an der ganzen Kriegsfurcht. Er hat uns vorgeworfen, dass wir Gegner des Grundsatzes seien, dass die Erde sich um die Sonne dreht, er hat uns sogar den Galilei vorgeworfen und alle möglichen Unthaten. Er hätte noch weiter zurückgehen und sagen können, der Josua war auch so ein verbohrter Mensch, der hätte Antisemit sein sollen, wofür wir uns allerdings höflich bedankt hätten.

Er hat uns den Erzbischof von Salzburg zum Vorwurfe gemacht, der die Protestanten ausgewiesen hat, und hat gemeint, dass wir, unsere Partei nämlich, hartherzig gegen die Bauern gehandelt und aus dem Leibe, der Haut derselben Riemen geschnitten haben. Ich will mich nicht auf eine Kritik dessen einlassen, was der Erzbischof von Salzburg gethan hat. Wenn er unwürdig gehandelt hat, werden wir es ebenso energisch verdammen, wie das Vorgehen anderer Menschen. Uns imponiert nicht der Titel, die Würde, nur was ein Mann thut.

Aber, meine Herren, näher wäre es doch gelegen, wenn Herr Gem.-Rath Rosenstingl nachgesehen hätte, was denn die sogenannten jüdischen Auswanderungsagenten in der jetzigen Zeit treiben (So ist es! links), wenn er die Güte gehabt hätte, den Oswiecimer Proceß näher zu studieren, oder nachzuforschen, welche Leute es eigentlich sind, die derzeit den Bauer von Haus und Hof in die Fremde treiben. (Zustimmung links.) Wenn er da etwas näher nachgegrübelt hätte, so wäre er zur Überzeugung gekommen, dass die Antisemiten mit ihrem Standpunkt vollständig rechthaben, und dass es zumeist die Herren — Sie entschuldigen schon, aber ich bin ja dazu gezwungen — Juden sind, welche das thun, was übrigens die Juden selbst zugeben, die von der Sache unterrichtet sind.

Er hat uns weiters die Religion der Liebe in Erinnerung gebracht. Ja, die Religion der Liebe fordert doch nicht, dass wir uns erschlagen lassen, sondern sie fordert, dass wir unseren Nächsten schützen, und so wie der Hirt verpflichtet ist, den Wolf zu erschlagen, welcher in die Lämmerherde einbricht, so sind unsere Priester verpflichtet, den Wolf zu erschlagen, welcher in die Christenherde einbricht. Da hilft man sich auch nicht mit akademischen Erörterungen, mit Reden über die geplante Steuerreform. Auch nicht damit, dass man sagt, wir seien schuld daran, wie es Herr Dr. Friedjung gethan hat, dass die progressive Einkommensteuer

bis jetzt nicht durchgeführt ist. Herr Dr. Friedjung weiß ja, dass die liberale Partei im Besitze der unumschränkten Macht bis zum Jahre 1879 war, er weiß auch so gut wie ich, wer den Gesetzentwürfen der Minister — wenn ich nicht irre — Depretis und Bretsel ihr Schicksal bereitet hat, er weiß es so gut wie ich, und es ist lächerlich, uns die Schuld zu geben, dass wir die Einführung der progressiven Einkommensteuer vereitelt hätten. Wir haben es nicht, und auch der Großgrundbesitz nicht, sondern das besorgen andere Leute, welche nicht wollen, dass man ihr Einkommen überhaupt antastet.

Ich bin der Meinung: Helfen kann man nur, wenn man mit den Grundsätzen manchesterlicher Wirtschaft entschieden bricht und zu den Grundsätzen nationaler und christlicher Wirtschaft zurückkehrt. (Bravo! Bravo! links.)

Der erste Grundsatz ist die Erhaltung und Hebung der Steuerkraft jedes Einzelnen. Meine Herren, Ihre Pflicht wäre es gewesen, nicht jetzt erst gelegentlich der Budget-Debatte über die Zoll- und Handelsverträge zu sprechen, und uns die Schuld in die Schuhe zu schieben, dass sie zustande gekommen sind. Nein, meine Herren, Ihre Pflicht, Pflicht der Majorität wäre es gewesen, gegen die Zoll- und Handelsverträge rechtzeitig Stellung zu nehmen und das Abgeordnetenhaus aufmerksam zu machen, welcher Schade hiedurch speciell der gewerbetreibenden Bevölkerung Wiens dadurch erwächst. Sie haben das nicht gethan, meine Herren, wir aber haben es dort gethan, wo wir dazu verpflichtet waren; hier wäre es lächerlich gewesen, denn hätten wir einen Antrag gestellt, so wäre er an den Stadtrath gegangen, und wie wäre darüber referiert worden! Es wäre Pflicht des Stadtrathes, der Majorität gewesen, gegen die Goldwährung Stellung zu nehmen, welche geradezu ein Attentat auf uns ist; Sie werden das auch nicht thun — Ihre Pflicht wäre es auch gewesen, über die Steuerbemessungen zu klagen, aber im Gegentheil, es wird jede Klage hintangehalten. Es ist Thatsache, dass in den Vororten die Steuern erhöht worden sind, freilich nicht durch das Gesetz, aber durch die Art und Weise der Bemessung, und dagegen hätte Front gemacht werden sollen. Was thut aber der Herr Vorsitzende? Er hat jedem Mitgliede sowohl von der Minorität als Majorität das Wort entzogen, das über diesen Punkt gesprochen hat. Gerade aber in der Art und Weise der Steuerbemessung liegt — man könnte sagen — die Nichterfüllung des Versprechens, das den Wienern, speciell den Vororten gegeben wurde, mit einer Steuererhöhung nicht vorzugehen.

Ein zweiter wichtiger Grundsatz ist, wennmöglich keine Schulden zu machen, und wenn sie schon gemacht werden müssen, nur zu dem Zwecke der Anlage wirtschaftlicher Objecte. Meine Herren! Es ist soviel über das Thesaurieren und Nichtthesaurieren gesprochen worden, und ich kann nur sagen, jeder vernünftige Mensch thesauriert, und derjenige, der nicht thesauriert, ist ein leichtsinniger Mensch; und was von der einzelnen physischen Person gilt, gilt auch von den Gemeinden; auch die Gemeinde muss bis zu einem gewissen Grade thesaurieren.

Es thesauriert sogar jede Actiengesellschaft, es thesauriert jede andere Gesellschaft, weil sie sich einen Reservefond für unvermuthete Zufälle schafft, und so muss es auch die Gemeinde thun. Meine Herren, nun frage ich den Herrn Referenten speciell des Stadtrathes, wie würde der Bürgerspitalfond aussehen, wenn unsere Voreltern nicht so gut gewirtschaftet hätten, wie würde der Bürgerspitalfond aussehen, wenn unsere Voreltern die nämlichen Grundsätze beobachtet hätten, die jetzt immer hier vertheidigt werden, die Gründe-Verschleuderung ꝛc.? Wenn die nicht damals die Gründe so fest zusammengehalten hätten, wäre von dem Bürgerspitalfonde beinahe garnichts mehr auf der Welt, oder sowenig, dass es kaum der Rede wert wäre, darüber ein Wort zu verlieren. Sie haben aber gespart, sie haben Grund auf Grund zusammengelegt, sie haben dafür gesorgt, dass nichts verschleudert werde, und deswegen ist der Fond so reich und ist jetzt auch eine so ergiebige Quelle für alle Armen der Stadt Wien. So haben unsere Voreltern gewirtschaftet und so müssen auch wir wieder wirtschaften. Wir dürfen nicht die Gründe so verschleudern, wie es hier immer geplant wird. Die Verzinsung liegt in den Gründen selbst; insbesondere dann darf man die Gründe nicht verschleudern, wenn zufälligerweise der Grundwert etwas sinkt; er steigt dann umsomehr, und diese Zeit muss abgewartet werden.

Meine Herren, Ihre Pflicht wäre es gewesen, in Sachen der Tramwayfrage rechtzeitig mit aller Entschiedenheit aufzutreten, Pflicht des Stadtrathes und der Majorität! Aber, meine Herren, Sie konnten es nicht thun, ich sehe es sehr gut ein; denn die Majorität des Wiener Gemeinderathes hat ja selbst für die Tramway-Gesellschaft zu Gunsten eines Tarifes entschieden, welcher sich von dem jetzigen Tarife eigentlich gar nicht unterscheidet. Sie selbst waren ja diejenigen, die dem Herrn Statthalter und der Gesellschaft die Handhabe gegeben haben, um einen solchen Tarif ins Leben zu rufen. Nun, meine Herren, Sie sehen, wie gefährlich es ist, sich mit einer Gesellschaft abzugeben. Wenn man später gescheiter wird, so kann man nicht einmal das Bessere durchführen, weil man früher den Bock geschossen hat. (Rufe links: So ist es!)

Ihre Pflicht wäre es längst gewesen, die Feuer-Assecuranz ins Leben zu rufen, ohne Rücksicht darauf, ob die Feuerversicherung obligatorisch ist, oder ob Sie das Monopol bekommen oder nicht. In Prag haben sie auch das Monopol nicht und sie wirtschaften ausgezeichnet. Wenn die Gemeinde Wien selbst kein Erträgnis daraus hätte, so wäre es schon deshalb von Vortheil, weil dadurch eine bedeutende Erleichterung für die Hausbesitzer eintreten würde, weil die Prämien meiner Ueberzeugung nach bedeutend herabgedrückt würden.

Auch in der Gasfrage hätten Sie schon längst was thun können. Es hat der erste Vice-Bürgermeister Dr. Borschke einen bezüglichen Antrag gestellt, aber Sie sehen, nicht einmal ein Vice-Bürgermeister richtet bei Ihnen etwas aus. (Heiterkeit links.) Auch dieser Antrag ist bis jetzt nicht erledigt. Der Herr Vice-Bürgermeister macht zwar einige Handbewegungen, es nützt aber nichts, er ist nicht erledigt und wird auch so bald nicht erledigt werden. Aber trotz der traurigen Erfahrungen, die Sie gemacht haben, verlassen sie den Weg nicht. Es ist mir vorgekommen als ob sie gegen die Sparcassen der ehemaligen Vororte, welche wir übernehmen, nicht liebevoll gesinnt sind und nicht liebevoll gesinnt sind gegen die ebenfalls zu übernehmenden Pfandleihanstalten. Es wäre aber Ihre Aufgabe, sowohl die Sparcassen als die Pfandleihanstalten sofort auf das ganze Gebiet von Wien auszudehnen. (So ist es! links.) Das wäre ein gesunder und richtiger Gedanke. Es ist ein Glück, dass die Vororte den Weg vor uns geebnet haben, und es ist unsere Pflicht, auf dem Wege fortzugehen. Dagegen sind Sie liebevoll gegen die Gesellschaften. Ich muss hier eine Anzahl von Anträgen erwähnen, welche der Magistrat in letzter Zeit in Bezug auf die Gasgesellschaft gestellt hat. Ich glaube recht verstanden zu haben, dass die Herren der Majorität, wenigstens ein Theil derselben, nicht gegen die Verlängerung des Gasvertrages sind. Als von uns der Sache Erwähnung gethan

wurde, ist von einigen aus Ihrer Mitte gerufen worden: „wir sind nicht dafür!“ Es würde mich freuen, wenn das zur Wahrheit würde. Aber ich habe eine alte Erfahrung im Saale hier; ich kann sagen: Es ist möglich, jetzt werden Sie noch guten Willens sein, jetzt ist noch ihr Geist stark, aber es wird die Geschichte immer schlechter und schlechter und schließlich wird der Vertrag mit der Gasgesellschaft wieder verlängert. (Rufe rechts: Nein!)

Nein, sagen Sie? Ich wette mit jedem der Herren, dass er verlängert wird. Ich habe das schon zu wiederholtenmalen mitgemacht. Meine Herren! In der Tramwayfrage war ich derjenige, der den Kampf eröffnet hat; der gesammte Gemeinderath, Majorität und Minorität ist mir in diesem Kampfe gefolgt; aber es ist einer nach dem andern abgebröckelt und schließlich, meine Herren, ist das geschehen, was die Tramway-Gesellschaft wollte.

In der Gasfrage, meine sehr geehrten Herren, in derselben Frage, war der Bürgermeister der Stadt Wien, Herr Dr. J. N. Prix, insolange er noch Mitglied der Opposition des Gemeinderathes war und nicht jenen kühnen Sprung zur Majorität hinüber gemacht hatte, ein Führer in der Frage und ein großer Gegner der Gasgesellschaft. Einstimmig fast war der Gemeinderath der Ansicht, der Vertrag dürfe unter keiner Bedingung verlängert werden. Aber auf einmal kam der Bruch, auf einmal kam die Überzeugung, es gehe nicht, auf einmal hat man Ihnen vorgespiegelt, man werde nicht fertig, man bekomme keine Rohre, die Straßen dürfen nicht aufgerissen werden. Und richtig, meine Herren! das Fleisch ist schwach geworden, man hat für die Verlängerung gestimmt. So ist es in dieser Frage damals gegangen, und so, fürchte ich, wird es auch jetzt gehen.

Wenn Sie sich sofort daranmachen, wenn Sie mit Ihrer ganzen Kraft die Angelegenheit definitiv noch in diesem Jahre zum Abschluss bringen, dann ist es vielleicht möglich. Wenn Sie aber nur ein Jahr zögern, dann wette ich mit jedem von Ihnen, um was er will, dass der Gasvertrag wieder verlängert wird.

Jetzt schon macht man Ihnen den gewissen — wie soll ich es denn nur recht bezeichnen? — juridischen Kunstkniff vor, dass man sagt: Es bestehen verschiedene Verträge für die Vororte und für Wien, und da müsse man einen einheitlichen Vertrag abschließen.

Allein, meine Herren, in dem Vertrage der Gemeinde Wien mit der Gasgesellschaft heißt es ausdrücklich: „Entweder in dem jetzigen oder erweiterten Gemeindegebiete Wien“.

Der Vertrag gilt für ganz Wien, und diese Ausrede ist keinen Schuss Pulver wert.

Jetzt macht der erste Herr Vice-Bürgermeister schon das Zeichen. Er hat sich auch damals geirrt. Man hat Sie damals ins Bockshorn gejagt mit der Behauptung, dass die englische Gasgesellschaft ihre Rohre nicht werde herausnehmen müssen, man hat gesagt, man müsse warten, bis der oberste Gerichtshof entschieden habe, und viele von Ihnen hat es gegeben, die gesagt haben, die Gemeinde Wien werde das Recht nicht erlangen.

Und sehen Sie, der oberste Gerichtshof hat zu Gunsten der Gemeinde Wien entschieden, und damals hat diese Frage die Hauptrolle gespielt, wie jeder weiß; der sich an die damaligen Debatten erinnert, weiß es. So wie Sie damals geirrt haben, irren Sie sich auch jetzt, das Ganze ist nichts anderes als ein Mittel, um uns mürbe zu machen, damit wir wieder für das Verlängern stimmen.

Sie werden sehen, Sie werden dafür stimmen, gewiss, so wahr ich hier stehe und so wahr Sie hier sitzen. (Heiterkeit. — Gem.-Rath Matzenauer verneint.) Gem.-Rath Matzenauer wird der erste sein, der dafür stimmt. (Heiterkeit. Rufe links: Ja wohl!) Ich wette mit ihm, er stimmt dafür.

Der Gem.-Rath Dr. Friedjung hat ein Loblied angestimmt auf die Thätigkeit des Wiener Gemeinderathes, auf den Fleiß, den derselbe entwickelt, auf die vielen Beschlüsse, die er gefasst hat. Ich möchte den Herrn Gem.-Rath Friedjung denn doch vielleicht ersuchen, er möge in der Bevölkerung, nicht in unseren Kreisen, nein, in seinen Kreisen, in den Kreisen der Liberalen nachfragen, ob die Betreffenden mit dem Lobliede, das er angestimmt hat, einverstanden sind, er möge doch gefälligst nachfragen bei der Bevölkerung, ob sie von der Biersteuer und den anderen Zuschlägen entzückt ist, er möge doch gefälligst darüber nachfragen, ob sie von den Ausgaben entzückt ist, die die Herren beschlossen haben.

Ich kann sagen nein, keiner ist entzückt, vielleicht ein paar Journalisten sind entzückt, die der Herr Bürgermeister einladet, aber sonst ist kein Mensch entzückt, nicht einmal Sie.

Nun gestatten Sie mir, dass ich zu einer persönlichen Bemerkung übergehe, die ich aber für außerordentlich wichtig halte. Es hat in der letzten Sitzung Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung die Behauptung aufgestellt, dass ein Mitglied meiner Partei, es ist dies Gem.-Rath Steiner, durch eine Äußerung die Ehrfurcht vor Sr. Majestät dem Kaiser verletzt hat. Es hat der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter für seine Person ebenfalls die Behauptung aufgestellt, dass Herr Gem.-Rath Steiner durch eine Äußerung die Ehrfurcht vor dem Kaiser verletzt hat. Sie werden mir zugeben, dass ich eine solche Beschuldigung nicht ruhig hinnehmen kann und nicht ruhig hinnehmen darf; denn wenn es wirklich wahr wäre, dass ein Mitglied unserer Partei die Ehrfurcht vor Sr. Majestät dem Kaiser verletzt hätte, dann müsste dieses Mitglied unserer Partei aus der betreffenden Handlung auch die nothwendigen Consequenzen ziehen. Ich hielt es daher für meine Pflicht, die Rede des Herrn Gem.-Rathes Steiner genau zu prüfen. Ich bin zur Überzeugung gekommen, dass niemand, welcher diese Rede objectiv beurtheilt, zu dem Schlusse gelangen kann, dass Herr Gem.-Rath Steiner durch irgend eine Äußerung die Ehrfurcht vor Sr. Majestät dem Kaiser verletzt hat oder dass ihm auch nur im entferntesten die Absicht nahegelegt werden kann, die Ehrfurcht vor Sr. Majestät dem Kaiser zu verletzen. Ich würde übrigens ruhig ein Schiedsgericht einberufen lassen, bestehend aus Männern Ihrer Partei, dasselbe möge urtheilen, ob bei objectiver Auffassung der Sachlage eine solche Meinung dem Mitgliede unserer Partei, dem Herrn Gem.-Rath Steiner, auch nur im entferntesten nahegelegt werden kann.

Ich bin überzeugt, auch ein Schiedsgericht Ihrer Partei würde darauf antworten: Nein. Und diese Überzeugung, welche ich gewonnen habe, legt mir die Pflicht auf, sowohl Herrn Gem.-Rath Dr. Friedjung als auch Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter zu bitten, diese Ihre Äußerungen, diese ihre Vorwürfe zurückzunehmen.

Ich stelle diese Bitte deswegen an die beiden Herren, weil ich der Überzeugung bin, dass Sie bei einer nochmaligen ruhigen Erwägung der Sachlage die nämliche Überzeugung gewinnen werden wie ich. Meine Herren! Es wäre traurig, wenn in unserer Mitte sich auch nur Einer fände, der es über sein Herz bringen könnte,

hier im Schoße des Gemeinderathes die Ehrfurcht vor Sr. Majestät dem Kaiser zu verletzen. (Beifall und Händeklatschen links.)

Ich würde keinem meiner Gegner, nicht meinem erbittersten Feinde und Gegner jemals eine solche Absicht unterschieben. Aber sowie ich es für ausgeschlossen erachte, dass es hier in unserer Mitte einen Mann gibt, der die Ehrfurcht vor Sr. Majestät dem Kaiser verletzt, ebenso erachte ich es für ausgeschlossen, dass es in unserer Mitte auch nur einen gibt, der gegen sein besseres Wissen und Gewissen eine, wie ich glaube, vollständig ungerechtfertigte, harte und daher auch zu verwerfende und verwerfliche Denunciation gegen ein Mitglied vorzubringen hat. (Beifall links.)

Von diesem Gesichtspunkte aus geleitet, erwarte ich mit voller Zuversicht die Zurückziehung dieser Beschuldigung. Ich kann beiden Herren nur sagen, dass in der Bevölkerung die Ordnungsrufe und die Bemerkung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung bitter aufgenommen wurden (Rufe links: Ganz gewiss!), und dass es heißt, entweder ist es wahr, dass Gem.-Rath Steiner die Ehrfurcht vor dem Kaiser verletzt hat, dann muss er hinaus aus dem Gemeinderath; oder es ist nicht wahr, dann müssen die beiden Herren Vorredner die Vorwürfe widerrufen, sonst müssen sie hinaus. (Beifall und Händeklatschen links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (der den Vorsitz wieder übernommen hat):

Auf die letzte Bemerkung habe ich nur zu erwidern, dass es keinem Mitgliede der Versammlung zusteht, dem Präsidium über die Ausübung seiner Disciplinargewalt Vorwürfe zu machen; ich weise es auch ganz entschieden zurück, und muss mir das für die Zukunft verbieten.

Weiters habe ich zu bemerken, dass ich längst, bevor der Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung die von mir incriminirte Stelle zur Verlesung gebracht hat, privatim den Herrn Gem.-Rath Steiner auf das Unpassende seiner Äußerung aufmerksam gemacht und ihm erklärt habe, dass ich ihm dafür eine Rüge ertheilen werde. Ich nehme von dem, was ich gesagt habe, nichts zurück. Jemand, der in der Öffentlichkeit spricht, hat alle seine Worte abzuwägen und alle Consequenzen zu erwägen, welche man aus denselben ziehen kann.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich bitte um das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das geht jetzt nicht an; wir fahren fort in der Debatte. Herr Gem.-Rath Matzenauer hat das Wort.

Gem.-Rath Matzenauer: Meine Herren! Gestatten Sie mir, dass ich zunächst den Eindruck schildere, welche die nun durch fünf Tage währende Debatte auf mich hervorgerufen hat. (Unruhe im Saale. Gem.-Rath Stehlik macht Zwischenrufe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Stehlik, wollen Sie sich etwas ruhiger verhalten, es gibt hier keine Discussionen. (Rufe links: Aber Denunciationen! — Unruhe und lärmende Rufe von der Gallerie.) Ich ersuche, die Gallerien zu räumen. (Ironischer Beifall links. Gem.-Rath Steiner: Das sind die Freiheitshelden von 1892! — Die Gallerien werden geräumt.)

Gem.-Rath Matzenauer (fortfahrend): Ich bin bei einer solchen Unruhe infolge der gegenwärtigen Afficierung meiner Stimmmittel nicht in der Lage, zu sprechen. Wenn die Herren nicht gewillt sind, sich ruhig zu verhalten, so verzichte ich lieber auf das Wort.

Ich sage, der Eindruck, den die Ausführungen der Herren von der Opposition auf mich gemacht haben, war ein außerordentlich deprimirender. Denn von alledem, was wir seitens der Opposition zu hören bekommen haben, war eigentlich das Hauptleitmotiv: Klagen und Schimpfen über den Stadtrath und die liberale Partei, und Versicherungen, dass dem Stadtrath und der Majorität kein Vertrauen entgegengebracht werden könne. Was sonst noch im Laufe der Debatte vorgebracht wurde, war, dass man einzelne große Fragen herausgegriffen hat. Der eine Redner hat in prophetischem Geiste gesagt, wir werden für die Verlängerung des Gasvertrages stimmen, und der letzte Redner hat uns gleichfalls versichert, dass er genau wisse, dass wir später dafür sein werden, während wir vielleicht jetzt noch dagegen sind. Man hat die Frage der Assecuranz, der Tramway und verschiedene andere Fragen in den Kreis der Besprechung gezogen und mit einigen Worten diese Dinge abgethan. Man hat Klagen über den Verkauf von gepfändeten Gegenständen, von Nähmaschinen und Kochlöffeln bei der Budgetberathung vorgebracht, ohne zu berücksichtigen, dass dies Dinge sind, die in den übertragenen Wirkungskreis gehören, und dass anderwärts staatliche Organe genau nach denselben Vorschriften vorgehen und dasselbe thun, was bei uns die Communalorgane im staatlichem Auftrage thun.

Zum Schlusse haben wir die reine Hetzrede gehört und haben uns überzeugt, dass es in der That die Hauptaufgabe des Führers der Opposition zu sein scheint, einmal das Präsidium, wie er selbst gesagt hat, gegen die Majorität, das andere Mal die Majorität gegen das Präsidium zu hetzen. Heute haben wir wieder eine solche Rede gehört, wo wieder die Majorität gegen Bürgermeister und Stadtrath gehetzt wurde.

Die Äußerung des Herren Gem.-Rath Steiner will ich nur in dem Sinne in Betracht ziehen, wie er sie selbst gedeutet wissen will . . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich muss den Herrn Redner unterbrechen; ich ersuche die Herren Schriftführer, auszuzählen. (Nach einer Pause): Es ist sehr bedauerlich, dass bei Berathung eines so hochwichtigen Gegenstandes die Versammlung beschlussunfähig ist. Auch müssen alle anderen Gegenstände zurückbleiben, bis die General-Debatte beendet ist. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 7 Uhr 45 Min. abends.)

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 22. März 1892 unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung ist eröffnet.

1. Ich habe die Ehre, bekanntzugeben, dass dem Gemeinderathe Herrn Dr. Hackenberg aus Gesundheitsrücksichten ein vierzehntägiger Urlaub bewilligt wurde.

Dient zur Kenntnis.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, den Einlauf zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm verliest nachstehenden Einlauf:

2. Antrag des **Gem.-Rathes Jedlička:**

Die Höhnegasse im XVIII. Bezirk in Gersthof befindet sich in einem Zustande, der dem Namen „eine Gasse" geradezu Hohn spricht.

In der unteren Hälfte dieser Gasse, und zwar in dem Theile derselben zwischen der Alseckerstraße und Kleingasse, ist sie zwar in der ganzen Breite auf das richtige Niveau ausgehoben, aber alles andere, was zur Herstellung einer Straße gehört, fehlt gänzlich.

Die Gasse ist weder macadamisiert, noch beschottert und infolge dessen bei feuchter Witterung geradezu grundlos.

Es liegen zwar auf einer Seite der Gasse einige Haufen für die Macadamisierung bestimmter Steine, aber durch den, beim Übergang in Groß-Wien geschaffenen, beinahe herrenlosen Zustand wurde die Ausführung dieser so dringenden Arbeit verhindert.

Der obere Theil dieser Gasse, von der Kleingasse bis zum Hause Nr. 32, ist nur bis Mitte der Gasse auf das richtige Niveau ausgehoben worden, durch die lange Zeit und durch die Witterung ist aber der nicht ausgehobene Theil wieder abgerutscht und hat den ausgehobenen Theil zum großen Theil wieder verschüttet.

Durch diesen Umstand ist es unmöglich, zu den dortigen zwei Stock hohen Häusern mit einem Wagen zu gelangen, und wenn man bei trockener Witterung auch hinkommen würde, wäre das Zurückfahren nicht möglich, weil in dieser zum großen Theile wieder verschütteten Gasse mit einem Wagen umzukehren eine Unmöglichkeit ist.

Infolge dieses Zustandes der Gasse bleiben die dort stehenden Häuser leer, und erleiden dadurch die Hausbesitzer ungeheuren Schaden.

Der Besitzer des Hauses Nr. 32 daselbst wurde vom magistratischen Bezirksamte des XVIII. Bezirkes aufgefordert, respective zur Rede gestellt, warum er seine Mietsparteien nicht ordnungsmäßig anmeldet.

Diesem Wunsche konnte aus dem Grunde nicht entsprochen werden, weil trotz der sehr netten, beinahe luxuriösen Ausstattung dieses Hauses und trotz der sehr mäßigen Mietzinse, außer dem Hausbesorger, es keine Partei riskieren will, bei dem geradezu fürchterlichen Zustande der Gasse in das Haus einzuziehen.

Aus diesem Grunde bleibt auch der Platz um die neue Kirche, dessen eine Front diese Gasse bildet, unverbaut.

Wäre diese Gasse reguliert, das heißt, wäre dieselbe in der ganzen Breite auf das richtige Niveau gebracht, macadamisiert und entsprechend beschottert, wären diese vier schönen, in der nächsten Nähe der Kirche stehenden großen Häuser bewohnt; durch das Erträgnis der Gemeinde-Umlagen wären die mit der Regulierung dieser Gasse verursachten Auslagen verzinst und der Kirchenplatz verschönert.

In Anbetracht aller dieser Umstände erlauben sich die Gefertigten, den Dringlichkeits-Antrag zu stellen:

Der Gemeinderath wolle beschließen: die Höhnegasse im XVIII. Bezirke in Gersthof ist in ihrer ganzen Breite auf das richtige Niveau zu bringen, zu macadamisieren und ordnungsmäßig zu beschottern und der Kostenbetrag für die Regulierung dieser circa 200 m langen Gasse ist in den Ausgaben des Jahres 1892 sicherzustellen.

Wien, am 22. März 1892.

An den Stadtrath.

3. Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Fortsetzung der Debatte über das Budget. Ich bitte die Herren Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer, an den Referententisch zu treten.

Die Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer treten an den Referententisch.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das Wort hat Gem.-Rath Matzenauer zur Fortsetzung seiner Ausführungen.

Gem.-Rath Matzenauer: Ich habe mir gestern erlaubt, den Eindruck zu schildern, welchen die Oppositionsredner über das vorliegende Budget auf mich gemacht haben. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Einwürfe, welche in sachlicher Beziehung gemacht wurden, äußerst minimal waren, und dass der Tenor dieser Reden größtentheils in Klagen über den Stadtrath und über die liberale Partei bestanden hat.

Ich muss gestehen, dass ich den gleichen Eindruck auch von der Rede empfangen habe, welche gestern der Führer der Opposition zum Schlusse gehalten hat; außer der einen Bemerkung, dass man das Budget künftig anstatt als Gruppen-Budget als Objecten-Budget behandeln solle, habe ich eigentlich sachliche Einwendungen gegen dieses 30 Millionen umfassende Budget nicht gefunden.

Was sonst vom Führer der Opposition vorgebracht wurde, war eigentlich eine Parteirede, welche nach meiner Meinung nicht für diejenigen Herren gehalten war, welche hier im Plenum des Saales sich befinden, sondern für das Publicum auf der Gallerie (Rufe links: Schon wieder anfangen!), welches herein beordert war, um hier geduldig auszuharren, bis der Führer der Opposition seine Rede beginnt, dann Beifall zu nicken, dann sich von den Sitzen zu erheben und fortzugehen, nachdem er seine Rede beendet. (Gelächter links.) Der Führer der Opposition hat unter anderem auch die Gasfrage in den Kreis seiner Besprechung gezogen und hat gleich einem anderen Mitgliede seiner Partei in prophetischem Geiste vorausgesagt, dass wir für das Eingehen in die Verlängerung des Vertrages stimmen werden, ja er hat sogar behauptet, er wisse, dass ich einer der ersten sein werde, der für die Verlängerung des Vertrages stimmen wird.

Er hat sich sogar zu einer Wette bereit erklärt; ich kann ihn versichern, diese Wette würde er verlieren, und mich kann es nur freuen, wenn bei der Gas-Debatte, die wir beginnen werden, nicht ähnliche Erscheinungen sich zeigen werden, wie sie bereits bei der Wasser-Debatte hin und wieder zum Vorschein gekommen sind. Er hat in seiner Weise die Sache dargestellt und namentlich die Thätigkeit des gegenwärtigen Bürgermeisters in den Kreis seiner Besprechung gezogen, in der Weise, wie wir es bei ihm schon gewohnt sind, die einen Thatsachen zu ignorieren, die anderen so darzustellen, wie sie eben in seinem Lichte erscheinen. Nun, mein Gerechtigkeitsgefühl gebietet mir zu sagen, dass nach meinem Wissen, und ich habe ja die damaligen Debatten mitgemacht, gerade dem gegenwärtigen Bürgermeister das Hauptverdienst gebürt, dass nun die Gasfrage in einer für die Stadt Wien günstigen Weise gelöst werden kann; er war der Erfinder des Präjudicial-Processes, auf welchen Herr Dr. Lueger vergessen hat, weil er gestern desselben mit keinem Worte Erwähnung gethan hat. Herr Dr. Prix hat den Präjudicial-Process beantragt zu einer Zeit, wo die Kronjuristen des Gemeinderathes der Meinung waren, dass ein Präjudicial-Process in Österreich gar nicht geführt werden könne, und damals ist allerdings der Beschluss gefasst worden, den Process nicht zu führen. Später, als er schon Bürgermeister-Stellvertreter war, ist er dann mit seiner Ansicht durchgedrungen, und es ist beschlossen worden, den Process zu versuchen, und ich glaube, wir können ihm nur danken, dass er diese Anregung neuerdings gegeben hat, denn wir haben schließlich im Processe gesiegt. Wäre seiner ersten Anregung Folge gegeben und damals schon der Process geführt worden, so wäre wahrscheinlich in den Achtziger Jahren ein anderer Beschluss gefasst worden. Damals hätte man in eine Verlängerung des Vertrages nicht gestimmt, wenn die Rechtslage klar gewesen wäre, denn nur das war das Hindernis, zur Kündigung des Vertrages zu schreiten. Heute ist die Rechtslage klar und wird es keinem klardenkenden Gemeinderathe einfallen, in die Vertragsverlängerung zu willigen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Soll mich freuen!)

Ich habe gestern, meine Herren, bereits hinzuweisen begonnen und bin darin unterbrochen worden, dass ich die Ausführungen des Gem.-Rathes Steiner nicht anders deuten will, als wie er sie gedeutet wissen will. Ich beschränke mich, ihnen jene Deutung

zu geben, welche er ausdrücklich erklärt hat, dass sie haben sollen, welche nach den Erklärungen der Partei gleichfalls von diesen Herren ihnen gegeben werden wolle. Ich glaube, dass man auch damit ganz genug hat, denn das ist meiner Auffassung nach eine Verdächtigung aller reichen Leute. Das ist keine vereinzelte Erscheinung, das ist nicht die Meinung eines einzelnen Mitgliedes, sondern eine Auffassung, welche seit langem her in dieser Partei besteht, und die der Reichsraths-Abgeordnete Dr. Herbst vor Jahren bereits bei einer Besprechung im Vereine der Fortschrittsfreunde charakterisiert hat, indem er sagte: „Nach den Anschauungen dieser Herren gilt jeder arme Teufel als rechtschaffener Mensch, wenn er aber durch jahrelangen unermüdlichen Fleiß sich ein Vermögen erworben hat, gilt er ihnen als ein Lump." Das ist die Anschauung, welche aus den Ausführungen des Gem.-Rathes Steiner zum Vorschein kommt. Das hat mit diesen Worten der Abgeordnete Dr. Herbst vor Jahren charakterisiert.

Nun, meine Herren, dass man zu Männern, welche solche Principien und solche Meinungen zum Ausdrucke bringen, kein Vertrauen haben kann; dass wir solchen Männern kein Vertrauen entgegenbringen, das, glaube ich, ist selbstverständlich. Und ich muss nur mit Freude begrüßen, dass man sich entschlossen hat, Männer, die solche Anschauungen vertreten, nicht in den Stadtrath zu wählen.

Ich muss sagen, wir können kein Vertrauen Männern entgegenbringen, welche erklären, dass es in Wien erst besser werden kann, wenn die Stadt kein Geld mehr bekommt. Ja, meine Herren, man ist sogar soweit gegangen, dass hier das Wort „Bankerott" gefallen ist. Ich finde, es liegt im Systeme, in den Maßnahmen der Opposition. Wenn man die unzähligen Anträge in Betracht zieht, welche im Laufe des Jahres hier, und zwar von den Herren der Opposition, eingebracht werden, welche, wenn sie zur Ausführung kämen, Unsummen von Geld erfordern würden, so sieht man, dass den Herren nicht darum zu thun ist, wirklich zu sparen, indem sie da ungemessen sind und bereit wären, die größten Geldopfer zu bringen für ungemessene Ausgaben. Wenn es sich aber dann um die Bedeckung handelt, dann erklären alle auf einmal: Ja, zu Eurer Wirtschaft haben wir kein Vertrauen, wir können auch nicht das Geld votieren; und wenn sie sehen, dass sie mit dem einfachen Regieren nicht durchdringen, dann suchen sie positive Beschlüsse zu verhindern, wie sie es beim Bierkreuzer bewiesen und bei der Besteuerung des Brantweins zu thun versucht haben.

Meine Herren! Nach diesem System vorzugehen, würde die Stadt allerdings zum Bankerott führen, und auf diesem Wege können wir Ihnen nicht folgen.

Auf mich macht das Vorgehen der Opposition den Eindruck, wenn man das fortwährende Schimpfen auf den Stadtrath hört, wenn man so sieht, dass jedes Mitglied des Stadtrathes gewissermaßen als vogelfrei erklärt wird, dass die Herren eigentlich das Princip verfolgen, jeden feinfühligen, feindenkenden Menschen aus dem Gemeinderathe hinauszutreiben, um auf diese Weise zur Herrschaft zu gelangen. (Gem.-Rath Hawranek: Sie gehen ja nicht!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, nicht zu unterbrechen.

Gem.-Rath Mayenauer (fortfahrend): Außer diesen Pauschalanschuldigungen ist von einem Redner ein einziges *concretes Gravamen gegen den Stadtrath eingebracht worden*, ich bedauere, dass er jetzt nicht anwesend ist. Es ist der Einwurf in Bezug auf den Beschluss wegen der Christusbilder. Er hat dem Stadtrathe vorgeworfen, dass er den Beschluss des Gemeinderathes nicht respectiert hat. Nun, der betreffende Herr Redner, der diesen Vorwurf erhoben hat, hat offenbar keine richtige Vorstellung von der Bedeutung der Beschlussfassungen bei der Budgetberathung. Er verwechselt die Einstellung eines Betrages in das Budget mit einem zur Ausführung reifen Gemeinderaths-Beschlusse. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge. Die Einstellung eines Betrages in das Budget ist noch nicht der Beschluss, dass für diesen Betrag das und das angekauft werden müsse, sondern das heißt nur soviel, wenn im Laufe des Jahres ein diesbezüglicher Beschluss gefasst werden sollte, so kann man dann sagen, die Bedeckung dafür ist vorhanden, während im anderen Falle der Betrag auf den Reservefond verwiesen werden müsste. Das ist der Unterschied. Es besteht also ein Gemeinderaths-Beschluss damit, dass man gesagt hat, man setzt 1000 oder 1200 fl. für Christusbilder in das Budget ein, nicht, und man kann daher nicht sagen, es sei ein Gemeinderaths-Beschluss nicht respectiert worden, wenn im Laufe des Jahres die Anschaffung nicht wirklich erfolgt ist. Der Stadtrath hat auch nicht die Anschaffung der Christusbilder verweigert, sondern er hat, als der Gegenstand zur Berathung gekommen war, gesagt: Erst muss ich wissen, wieviele solche Christusbilder brauche ich; und da meint der Herr Gem.-Rath Latschka, das geht ja nur die alten Bezirke an, und deshalb braucht sich der Stadtrath um die neuen Bezirke nicht zu kümmern. Eine solche Auffassung habe ich und, wie ich glaube, die anderen Mitglieder des Stadtrathes auch. Wir haben uns heute nicht nur um zehn Kinder zu kümmern, wir haben uns heute um neunzehn Kinder zu kümmern, und es geht nicht an, dass im October 1891 der Stadtrath sagt: Nur die zehn alten Bezirke haben Bedarf an Christusbildern, die anderen neun Bezirke haben keinen Bedarf. (Rufe links: Sie haben sie ohnedies!) Das kann man nicht sagen, diese Consequenz kann offenbar Pater Latschka auch nicht gemeint haben. Es musste also der Stadtrath sich fragen, wie schaut's denn in den neuangegliederten Bezirken aus, wieviele Christusbilder bestehen dort, und wieviele Schulzimmer gibt es, wo keine solchen Christusbilder existieren. Das musste der Beschlussfassung vorausgehen, das musste erhoben werden, und darum war es ganz richtig, dass der Stadtrath beschlossen hat, zuerst die Erhebung pflegen zu lassen und dann erst Beschlüsse zu fassen. Es war also der vom Gem.-Rathe Latschka erhobene Vorwurf gegen den Stadtrath ein vollständig unbegründeter.

Herr Gem.-Rath Latschka hat auch darüber gejammert, dass bei uns alles versteuert werden muss, sogar das Wasser, hat er gesagt, muss versteuert werden. Er hat nämlich den Preis, den man für das Wasser als Ware bezahlen muss, als eine Steuer betrachtet. Nun möchte ich doch fragen, ob er denn glaubt, dass man das Wasser umsonst haben könnte. Ich möchte doch wissen, wenn die Gemeinde das Wasser nicht beigestellt hätte, wenn der einzelne Hausbesitzer sich das Wasser beschaffen müsste, ob es ihn dann nichts kosten würde? Müsste er nicht einen Brunnen graben lassen, müsste er für das Brunnengraben nicht ein gewisses Geld ausgeben, und für dieses Geld muss er sich doch Zinsen rechnen, und dann muss er diesen Brunnen während des ganzen Jahres in Stand erhalten und diese Instandhaltung kostet wieder Geld, und das zusammengerechnet gibt die Kosten für das Wasser, das er aus dem Brunnen schöpft.

Genau so muss die Gemeinde Wien vorgehen. Die Gemeinde muss das Wasser beschaffen. Statt des Brunnengrabens hat sie

die Leitung hergestellt, und statt der Instandhaltung der Brunnen hat sie die jährlichen Betriebsspesen. Sie musste für die Hinzuleitung des Wassers Geld aufnehmen, sie muss also dieses Geld verzinsen und amortisieren. Diese Verzinsungs- und Amortisierungsquote plus der jährlichen Betriebsspesen gibt die Kosten für das Wasser, und das sollte eigentlich rationellerweise durch die Bezahlung des Wassers hereingebracht werden. Leider ist das im vollen Ausmaße nicht der Fall, und es muss noch ein Theil der Steuergelder zur Verzinsung und Amortisation dieses für die Wasserleitung erforderlichen Betrages verwendet werden. Wenn er vielleicht meint, man sollte keine specielle Wassergebür einheben, sondern dieselbe auf die allgemeine Umlage legen, dann müsste man in der That eine um soviel höhere Steuer einheben, und es würde nur das eintreten, dass, weil es eine gewisse Anzahl von Personen in Wien gibt, welche keine Steuer bezahlen, welche theils exterritorial sind, theils öffentliche Ämter sind, das Wasser, welches von diesen Personen und von diesen Ämtern consumiert wird, auch von den übrigen Steuerträgern bezahlt werden müsste, während doch jetzt wenigstens der Theil, der als Wassergebür von diesen sonst keine Steuer zahlenden Personen bezahlt wird, der städtischen Cassa, also der Gesammtheit, wieder zugute kommt. Also auch dieser Vorwurf ist ein vollständig unbegründeter. Und der dritte Vorwurf, den er gemacht hat, dass wir Schätze hätten sammeln sollen, dass wir hätten thesaurieren sollen, das ist, meine Herren, ein Vorwurf, welcher schon von den Vorrednern, wenn ich nicht irre, widerlegt worden ist, der also ganz in sich selbst zusammenfällt. Glaubt denn Herr Gem.-Rath Latschka wirklich, dass ein Mitglied der Opposition je dafür zu gewinnen gewesen wäre, auch nur 1/4 kr. mehr Abgaben zu bewilligen, als unbedingt zur Deckung der laufenden Ausgaben erforderlich war? Was wäre das für eine Wirtschaft, wenn wir der Bevölkerung Geld abnehmen würden für Zwecke, die der Bevölkerung nicht zugute kommen, sondern erst unseren Kindern oder Kindeskindern zugute kommen sollen? Wenn wir heute ein Anlehen aufnehmen, um Herstellungen zu machen, so kommt dies uns und unseren Nachkommen zugute, und wenn die Nachkommen an der Verzinsung des Capitales und an der Rückzahlung participieren, so ist das ganz gerecht, weil sie auch an den Vortheilen theilnehmen. Dass wir aber Schätze sammeln sollen, d. h. den Steuerträgern mehr Geld als nothwendig abnehmen sollen, um nach 20 oder 30 Jahren für unsere Nachkommen etwas herstellen zu können, das würde das summum der Ungerechtigkeit sein, die man sich vorstellen kann.

Was das Budget betrifft, so ist dieses Budget eigentlich ein Versuchsbudget. Kein Mensch kann heute sagen, wie hoch die Einnahmen sein werden, und man wird erst im Laufe dieses Jahres und vielleicht erst zu Beginn des nächsten Jahres genau wissen, wie hoch die Einnahmen durch die veränderten Verhältnisse in Bezug auf die Verzehrungssteuer und sonstigen Abgaben sich eigentlich stellen werden. Darnach wird man erst eigentlich die Bedürfnisse für die sonstigen Herstellungen einrichten können, wenn das in gehörigen Einklang gebracht werden soll. Anforderungen seitens der Vororte werden genug gestellt. Wieviel wir mit Bezug auf unsere Einnahmen zu berücksichtigen in der Lage sein werden, wissen wir noch nicht; dass die Vororte uns mehr Geld kosten, als was sie einzahlen, das, glaube ich, unterliegt natürlich keinem Zweifel. Soviel ich gehört habe, ist schon im letzten Halbjahre ein ziemliches Minus in der Richtung eingetreten und es mussten bereits weit mehr als 200.000 fl. über dasjenige hinausbezahlt werden, was von den Vororten hereingebracht wurde. (Hört! Hört! rechts.)

Wenn Sie nun berücksichtigen, dass die directe Steuerleistung um mehr als 500.000 fl. geringer ist, als sie früher war, so glaube ich, kann in dieser Richtung kein Zweifel obwalten. Die Klagen also, dass es den Vororten schlechter geht, als es ihnen früher gegangen ist, sind nicht begründet und beruhen immer nur auf der Verwechslung der Einbeziehung der Vororte mit der Consequenz des Verzehrungssteuergesetzes, etwas, was immer wieder zu verwechseln beliebt wird, weil es den Herren eben so passt.

Wir haben heute erst von einem Vertreter der ehemaligen Vororte einen Antrag verlesen hören, wo uns gesagt wird, dass draußen eine Gasse besteht, die sich in einem Zustande befindet, der dem Namen einer Gasse geradezu Hohn spricht, und nun wird auf rasche Abhilfe gedrungen. Wenn ein solcher Zustand früher auch bestanden hat — und offenbar ist er nicht erst seit der Einverleibung eingetreten — wundert es mich nur, dass die Herren es früher nicht gesehen haben. (Sehr richtig! rechts.) Wenn es ihnen wirklich gut gegangen ist, warum haben sie nicht sofort Abhilfe getroffen, zur Zeit, wo sie vollständig autonom waren?

Meine Herren! Ich werde mich in die einzelnen Details des Budgets jetzt nicht einlassen, das gehört meines Erachtens in die Special-Debatte, aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken. Es werden in den Anträgen der Budget-Commission auch solche auf Einsetzung von Commissionen gebracht. Es wird da zur Gruppe VII beantragt, es sei zur Verwaltung der Angelegenheiten des städtischen Lagerhauses eine Commission aus dem Plenum des Gemeinderathes einzusetzen. Zur Gruppe VIII wird beantragt, zur Verwaltung der Angelegenheiten der städtischen Friedhöfe sei eine Commission aus dem Plenum einzusetzen, und zur Gruppe IX wird beantragt, zur Verwaltung der Angelegenheiten sämmtlicher städtischer Humanitäts-Anstalten eine Commission aus dem Plenum des Gemeinderathes einzusetzen. Ich habe sofort, als ich diese Anträge las, die Empfindung gehabt, dass diese Anträge mit den Bestimmungen des Statuts, wie sie in den §§ 67 bis 73 festgesetzt sind, nicht im Einklange stehen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Hört! Hört!) Der Obmann der Budget-Commission hat uns gestern mitgetheilt, dass auch er von dieser Erkenntnis erfüllt sei. Die übrigen Mitglieder der Commission scheinen aber diese Erkenntnis nicht gehabt zu haben, wenigstens ist dies aus den Anträgen nicht ersichtlich. Ich bin nun der Meinung, dass es nicht angeht, zur Verwaltung Commissionen zu wählen, welche nach den bestehenden Bestimmungen des Statuts dem Stadtrathe zugewiesen ist. Dies ist meines Erachtens etwas ganz und gar Unzulässiges, und es würde der erste Schritt sein, um nach und nach sämmtliche Agenden des Stadtrathes in die Hände dieser Commissionen zu legen. (Widerspruch rechts.)

Ganz mit demselben Recht, als Sie eine Commission für das Lagerhaus, eine Commission für die Friedhöfe und eine Commission für die Agenden sämmtlicher städtischer Humanitäts-Anstalten gewählt haben, können Sie morgen eine Commission zur Verwaltung der Bürgerspitalshäuser und übermorgen eine Commission der Schulagenden u. s. f. wählen. Da gibt es keinen Wall mehr. Dies ist aber gegen die Bestimmungen des Statuts, und darum halte ich die Beschlussfassung über diese Commissionen für ungesetzlich und unzulässig. Damit habe ich geschlossen und behalte mir die weiteren Details für die Special-Debatte vor. (Bravo! bravo! rechts.)

Gem.-Rath Beutnitz (zur Geschäftsordnung): — (Hört! hört! links.) Ich erlaube mir, die Wahl von Generalrednern zu beantragen. (Ironischer Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist die Wahl von Generalrednern beantragt. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich ersuche die contra eingetragenen Redner, die Herren Gem.-Räthe Rauscher, Gregorig, Arnhart, Bärtl, Hawranek, Weitmann, Steiner, Trambauer, desgleichen die pro eingetragenen Redner, die Herren Gem.-Räthe Dr. Klotzberg, Schlechter, Lang, Stiaßny, Herrdegen, Dr. Grübl, Noske, Vogler, v. Goldschmidt, Frauenberger zur Wahl von Generalrednern zu schreiten. (Nach einer Pause.)

Zu Generalrednern sind gewählt: contra Herr Gem.-Rath Rauscher, pro Herr Gem.-Rath Dr. Grübl.

Herr Gem.-Rath Rauscher hat das Wort.

Gem.-Rath Rauscher: Geehrte Herren! Seit dem Bestande Groß-Wiens kommt die Communalvertretung zum erstenmale in die Lage, über ein Jahresbudget zu berathen. Bei solchem Anlasse scheint es mir wenigstens die Pflicht der Opposition zu sein, der herrschenden Partei alle die mannigfachen Versprechungen ins Gedächtnis zurückzurufen, womit sie vor der Wahl die Wählerschaft für ihre Ideen zu gewinnen suchte, es scheint mir weiters auch Pflicht der Opposition zu sein, die herrschende Partei an die Erfüllung dieser freiwillig übernommenen Obliegenheiten zu mahnen, da es solcher Mahnungen leider — und das darf nicht uns in die Schuhe geschoben werden — in Hülle und Fülle gibt; dafür können wir, die Opposition, nichts. Alle Redner der linken Seite des Hauses haben den geehrten Herren der Majorität Unterlassungssünden vorgehalten, so dass mir eigentlich nur eines Standes zu gedenken übrig bleibt, dessen im Laufe der Debatte nur ganz kurz Erwähnung geschah, ich meine nämlich des Beamtenstandes. Auch dieser angesehene und intelligente Stand wurde seitens der liberalen Majorität vor den Wahlen durch Versprechungen und Zusicherungen zu captivieren versucht, durch Versprechungen und Zusicherungen, welche heute ihrer Einlösung harren. Gewiss hätten die vielfachen Versprechungen, welche die geehrten Herren vor den Wahlen gethan haben, leicht in Erfüllung gehen können, das dürfen und können Sie unter keinen Umständen ableugnen, insoferne Sie nur die Güte haben wollten, der dominierenden Stellung zu achten, die Sie seit Jahren im n.-ö. Landtage und Wiener Gemeinderathe innehaben. Was die geehrten Herren im Wiener Gemeinderathe für die Communalbeamten geleistet, wie sie gewirtschaftet haben, das dürfte alles summa summarum eher als eine Verschlechterung, denn als eine Verbesserung der Lage der Communalbeamten aufzufassen sein. Gestatten Sie mir hierauf mit einigen Worten einzugehen. Es ist ja bekannt, dass die Communalverwaltung der Stadt Wien schon seit einer Reihe von Jahren an einer sogenannten Praktikanten- und Diurnisten-Misère krankt.

Jetzt, bei der Organisation von Groß-Wien, wäre die schönste Gelegenheit gewesen, diesem Übel zu steuern, und ich hätte geglaubt, dass, noch bevor überhaupt an eine Eintheilung, an eine Organisation *überhaupt nur zu denken gewesen* wäre, sich hätte die Nothwendigkeit ergeben müssen, die eigentliche Schablone, nach welcher künftig einmal unsere Beamten eingereiht werden sollen, d. h. die Rangsclasseneintheilung, aus ihrer nebelhaften Umhüllung hervorzuziehen.

Die Rangsclasseneintheilung muss den communalen Beamten unbedingt zuerkannt werden, da hilft kein Widerstreben und sie wurde auch schon längst — wenn ich nicht irre, war es anlässlich der Beeidigung unseres gegenwärtigen Herrn Bürgermeisters, nach dem Rücktritt des Bürgermeisters Uhl — den Beamten als eine der wichtigsten Angelegenheiten der Communalverwaltung hervorgehoben und zugesagt. Die Buchhaltung hat einem erhaltenen Auftrage gemäß über Hals und Kopf in sechs Wochen die nöthigen Vorschläge erstattet, der Magistrat hat darüber berathen und das Elaborat ruht nun seit dieser Zeit, soweit ich nämlich informiert bin — ich kann mich ja auch irren — auf dem Tische des Herrn Rathes Chwalowsky und schläft dort einen recht gesunden, tiefen Schlaf. Ich möchte mir von dieser Stelle aus die dringende Bitte an den Herrn Vorsitzenden, den Herrn Bürgermeister, richten, gütigst die Rolle des Königssohnes aus dem Märchen übernehmen und dieses communale Dornröschen aus seinem bleiernen Schlafe zum endlichen Leben gefälligst erwecken zu wollen.

Es wäre gewiss eine des Bürgermeisters der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien höchst würdige Aufgabe, die seit Jahren geduldig zuwartende Beamtenschaft der Commune, statt dieselbe mit dem Hinweise auf das Anbrechen einer schöneren und besseren Zukunft zu vertrösten, mit dem Hinweise auf eine bereits vollendete Thatsache, mit dem Hinweise auf die bereits geschehene Rangsclasseneintheilung endlich einmal zu beglücken. Aber was ist bisnun geschehen? Meine Herren, statt der versprochenen Regulierung des städtischen Beamtenstatus kam nichts zum Vorschein, als — erlauben Sie den Ausdruck — eine Massenaufnahme von Praktikanten und Diurnisten, wodurch nach meiner Ansicht die Lage der jüngeren Beamten eigentlich nur verschlechtert wurde; erlauben Sie mir, Ihnen diesbezüglich einige Daten zu bedenken zu geben.

Am 5. Juni v. J. beschloss die Majorität des Gemeinderathes die Aufnahme von 10 Bauamts-Praktikanten, am 6. October v. J. die Aufnahme von 20 Concepts-Aspiranten, ebenfalls am 6. October die Aufnahme von 20 Diurnisten, am 20. November 1891 kam der große Schub — die Aufnahme von 176 Praktikanten (Rufe: Hört!), dann am 19. Jänner d. J. die Aufnahme zuerst von 16, dann von 8 Diurnisten, und endlich in letzter Zeit am 8. März 1892 wieder die Aufnahme von 2 Diurnisten. Dass, geehrte Herren, durch solche Beschlüsse das ohnehin schon bestehende Missverhältnis zwischen der Zahl der Beamten und jener der Praktikanten, welche ja letzthin schon, ich glaube nicht zu irren, unter dem Beifalle der Majorität, seitens der Collegen Taubler und Rosenstingl näher beleuchtet wurde, noch auffallender und crasser geworden war, bedarf meinerseits keiner weiteren Erläuterung. Erlauben Sie mir, Sie diesbezüglich nur an ein Wort von Rückert zu erinnern, der sagt: „Überall von Übel ist das Über", ein Dichterwort, welches nahezu identisch ist mit dem wienerischen Sprichwort: „Allzuviel ist ungesund".

Wir, die Opposition, würden ja trotzdem schon der Bescheidenheit wegen uns gerne zufriedengestellt haben, wenn wir anlässlich der von mir erwähnten Anträge und Beschlüsse auch nur ein einziges Wort von der Beseitigung dieses Missverhältnisses, dieses unhaltbaren, dieses der Commune Wien ganz unwürdigen Zustandes gelesen oder gehört hätten. Bezüglich der Praktikanten in den diversen städtischen Ämtern wird nach meiner Meinung auf eine

entsprechende Verminderung ihrer Zahl unentwegt hinzuarbeiten sein, damit es in der Zukunft nicht mehr vorkommt, dass so ein armer Teufel 7 bis 8, ja sogar 10 Jahre mit einem kargen Adjutum bedacht, wie ein Taglöhner auf seine definitive Anstellung warten müsse, nachdem doch binnen 2 bis 3 Jahren die Fähigkeiten und Eigenschaften jedes Einzelnen hinsichtlich seiner Verwendbarkeit und Brauchbarkeit soweit geprüft sein sollten, um mit Beruhigung und gutem Gewissen sein Definitivum aussprechen zu können. Es sollte ferner dafür vorgesorgt sein, dass die Praktikantendienstzeit nur bis zu einer gewissen Maximalgrenze ausgedehnt werden dürfe. Unter den heutigen Verhältnissen ist es nicht zu verwundern, dass, wie mir Fälle bekannt sind, die Praktikanten der Commune Schulden über Schulden machen und sich langsam aber sicher finanziell verbluten müssen, bevor sie eine noch so geringe fixe Anstellung bekommen. Die optimistische Anschauung des Herrn Collegen Kaspar, nach welcher uns noch im Laufe dieses Monates die Vorlage bezüglich der Regelung des städtischen Beamtenwesens zukommen soll, kann ich leider nicht theilen, weil ich die Erfahrung gemacht habe, dass die Versprechungen der geehrten Herren Liberalen nicht derartige sind, dass wir auf dieselben besonders bauen können. Es wird mit diesem Versprechen, uns noch im Monate März die Vorlage zukommen zu lassen, genau denselben Weg gehen, wie mit allen Versprechungen, welche bis dato unerfüllt geblieben sind.

Eine Veränderung dürfte auch rücksichtlich des Diurnistenwesens, oder besser gesagt, des Diurnistenunwesens dringend geboten sein. Es geht nicht an, dass beispielsweise bei der städtischen Buchhaltung, die doch eines der wichtigsten Ämter der Commune als Budget- und Controlbehörde ist, die Zahl der Diurnisten fast ein Drittel des Gesammtpersonales ausmacht. Sind diese Diurnisten, woran ich nicht im mindesten zweifle, wirklich so nothwendig, dann schaffen Sie, meine Herren, und systemisieren Sie Beamtenstellen, schicken Sie dann diese Diurnisten hinein und die Leute sind versorgt. Für die Diurnisten, insoweit wir solche immer wird verwenden müssen, wird auch in der Richtung vorzukehren sein, dass für sie eine Art Altersversorgung ins Leben gerufen werde, dann werden diese Armen, diese Ärmsten unter den Armen nicht immer von der jeweiligen Gnade abhängig sein müssen. Es ist, geehrte Herren, ein bekannter Grundsatz der manchesterliberalen Partei, dass die Arbeit, natürlich auch die geistige Arbeit, Ware, und dass auch hier nur das eherne Lohngesetz, das Verhältnis zwischen Nachfrage und Anbot der allein ausschlaggebende Factor sei. Auf welche Stufe die Herren, insbesonders einzelne der Herren aus dem Stadtrathe, die Diurnisten zu stellen gewohnt sind, hätte niemand deutlicher erklären können, als es der Herr St.-R. Noske in der Sitzung vom 6. October gethan hat, als er die Anregung brachte (Rufe links: Er ist nicht da!) — wie gewöhnlich — man möge für die Einführung von Hektographen und anderen Vervielfältigungs-Apparaten Sorge tragen, zu dem Zwecke, um die Diurnisten zu ersparen. (Rufe: Hört! Hört!)

Ein solcher Antrag, meine Herren, spricht eine derart deutliche Sprache, eine Sprache des Wohlwollens, der Humanität, eine Sprache des überfließenden Liberalismus, dass ich von meiner Stelle aus nicht das mindeste dieser Äußerung hinzuzufügen habe. (Zustimmung links.) In Bezug auf Wertschätzung, geehrte Herren, stehen den Herren vom Schlage des Herrn St.-R. Noske unsere Diurnisten auf gleicher Stufe wie die alten, abgebrauchten Schreibmaschinen.

Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit eines Antrages des geehrten Herrn Collegen Herrdegen und Genossen Erwähnung zu thun, der abzielt auf die Feststellung eines Diurnums von mindestens 1 fl. 60 kr. für unsere Diurnisten. Dieser Antrag gieng den Weg allen Fleisches, er wanderte in den Actenschrank des Stadtrathes, welcher Actenschrank ja schon für so viele humane, echt wohlwollende, arbeit- und verdienstbringende Anträge zum Massengrabe geworden ist. Natürlich unsere Diurnisten, diese armen Teufeln können warten, sie haben's ja! Sie müssen geduldig sein und können sich auch bei den diversen Brotvertheilungen und dergleichen nicht betheiligen. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Was ist's mit den Prüfungen der Beamten!) Die erwähne ich nicht. Nachdem ich gerade bei den Brotvertheilungen bin, deren Nothwendigkeit mir als beredtestes Zeugnis des soviel gepriesenen wirtschaftlichen Aufschwunges gelten kann, gestatten Sie mir wohl auch, bei diesem Anlasse den nicht allzuweit hergehaltenen Vergleich zu ziehen zwischen Ihrer Partei und derjenigen, der anzugehören ich die Ehre habe. Bei diesen Vertheilungen fanden sich ja, wie man allgemein weiß, die verschiedensten Leute ein. Leute, die Arbeit gesucht, aber nicht gefunden haben, und noch viel mehr solche, die Arbeit gefunden hätten, aber keine gesucht haben. Unsere Partei nimmt in der Stadtvertretung von Wien, wo sie zur Minderheit verdammt ist, diejenige Stelle ein wie die Leute, die Arbeit suchen, aber nicht finden können aus dem einfachen Grunde, weil es Ihnen von der so überaus mächtigen, herrsch- und selbstsüchtigen Majorität von vornherein verwehrt worden ist. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Sie absentieren sich ruhig!) Wir suchen Arbeit und zwar lohnende Arbeit für alle unsere Mitbürger, insbesondere aber wollen wir, dass diejenigen unserer Mitbürger, die Tag für Tag, jahraus jahrein mit ihrer ganzen Manneskraft sich dem communalen Dienste weihen, auch menschenwürdig und standesgemäß hiefür entlohnt werden. Die liberale Partei hingegen hat ja den Brotwagen zur Verfügung gehabt. An ihr wäre es gelegen gewesen, dort Capitalien anzuhäufen, wo sich diese Capitalien mit Zinsen und Zinseszinsen zum wirklichen Schatze hätten sammeln können, an dem Beamtenkörper. Aber nichts von alldem ist geschehen. Wir haben ja, — ich habe bis zum heutigen Tage immer nur beobachtet — hunderte und tausende der communalen Einkünfte in jeder Gemeinderaths-Sitzung kalt lächelnd oft für untergeordnete Zwecke votiert, und war es denn nicht die erste Arbeit dieser großen, dieser zielbewussten Majorität, ergiebige Einkünfte für einzelne Begnadete zu fixieren. (Bravo! links.) Wo es sich aber darum handelt, die Beamten entsprechend ihrer Leistungen zu entlohnen, da schallen von jener Seite her nichts als lauter Wenn und Aber. (Bravo! links.) Ich brauche nur diesbezüglich an die famose Geschichte zu erinnern von der Bestellung einiger unbesoldeter Hilfskräfte bei der communalen Pfandleihanstalt in Sechshaus. Da hat die liberale Partei buchstäblich documentiert, dass ihr die Beamten der Stadt Wien eben unbezahlbar waren, weil sie ihnen nichts gegeben hat.

Übrigens scheint auch das Eintreten für die Interessen der Beamtenschaft der Majorität dieses Hauses nicht angenehm zu sein, wie ich ja dies erkenne aus dem Falle meines Namensvetters, des Herrn Hofrathes Rauscher. Denn was hat der gethan? Ein offenes Wort für die Beamten, für seine Collegen, denen er als Wahlcandidat sich verpflichtet hatte, für ihre Interessen einzutreten, hat ihm den Unwillen, ja sogar den Hass der tonangebenden Größen der geehrten Majorität zugezogen, und er wurde, wie man auf

gut wienerisch zu sagen pflegt: „hinausgebissen", hinausgebissen in einer Art und Weise, welche für uns, die wir Zuschauer waren, so ein rechtes Herzensgaudium gebildet hat, aber in einer Art, welche so recht den protzigen Übermuth der Majorität hervorleuchten ließ. (Sehr gut! links.)

Und ich frage Sie, meine Herren. Was war denn eigentlich das Um und Auf des Verbrechens? Was hat er denn gethan? Er war einmal — ich will nicht selbst es sagen, sondern ich gebrauche die Worte des Anastasius Grün — „so frei, frei zu sein", das heißt, er hat sich erlaubt, die Wahrheit, die den geehrten Herren, wie schon öfters so auch diesmal, unangenehm in die Ohren geklungen haben mag, zu präsentieren. Aber abgesehen davon, dass man von der maßgebenden Stelle aus für eine Verbesserung der materiellen Lage unserer communalen Beamtenschaft herzlich wenig Zugänglichkeit zeigt, muss ich es direct als unerhört bezeichnen, dass man es gewagt hat, von den berechtigten und sauer verdienten Emolumenten, von den Diäten und Commissionsgebüren einen Abstrich auch nur zu planen. Der geehrte Herr Bürgermeister, den ja Sie, meine Herren, den eisernen Bürgermeister nennen, hat wohl eingesehen, dass er mit diesem Ansinnen einem ganz energischen Widerstande von den verschiedenen Seiten dieses Hauses begegnen müsse, und er hat sich einstweilen aufs Warten verlegt. Die Frage der Diätenbeschneidung blieb also vorläufig in suspenso, und heute denkt der Herr Bürgermeister wahrscheinlich: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. (Rufe rechts: Das spricht ja zu unseren Gunsten!) Gewiss! Dieses Referat ist, nebenbei gesagt, auf eine ebenso eigenthümliche als sonderbare Art von der Tagesordnung verschwunden, wie schon so mancherlei andere Referate aus dem vorigen Jahre, über deren Schicksal wir im Plenum des Gemeinderathes nie irgend welche Auskunft haben erhalten können. (So ist es! links.)

Geehrte Herren! Um die Beamtenfrage endlich ihrer Erledigung zuzuführen, gestatten Sie mir nur noch zu betonen, dass ich genau weiß, mit welcher Aufopferung gegenwärtig überall gearbeitet wird. Aber schon beginnt eine Übermüdung, eine Erschlaffung der Kräfte, eine Unlust zur Arbeit überhaupt sich geltend zu machen, was ja niemanden verwundern darf, dem es bekannt ist, mit welcher Härte, ja ich möchte sagen: mit welcher Brutalität diese Arbeitskräfte ausgenützt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich muss dem Herrn Redner vorhalten, dass dieser Ausdruck ganz und gar ungeziemend ist. Der Herr Redner wird aus dem Statut wissen, dass die Zuweisung der Beamten Sache des Bürgermeisters ist. Es geht nicht an zu sagen, dass die Beamten mit Brutalität ausgenützt werden. Ich bitte sich etwas zu mäßigen.

Gem.-Rath Rauscher (fortfahrend): Ich nehme die Ermahnung des geehrten Vorsitzenden zur Kenntnis und erlaube mir nur zu bemerken, daß ich von der Zuweisung der Beamten, wohl wissend, dass sie Sache des Bürgermeisters ist, nicht gesprochen habe. Aber die Ausnützung der Arbeitskräfte hat auch gewisse Grenzen, und ich bitte Sie dringend, die Ihnen in unserer willigen Beamtenschaft zu Gebote stehenden Arbeitskräfte nicht über diese äußerste Grenze hinaus auszunützen, sondern ernstlich darauf Bedacht nehmen zu wollen, den Geist der Unzufriedenheit, der sich in unserer Beamtenschaft leider eingeschlichen hat, durch Einhaltung ihrer mannigfachen Versprechungen, abzielend auf die materielle Lage unserer Beamtenschaft, möglichst bald zu bannen.

Es erübrigt mir nur noch im Auftrage meiner Mandatare, der Herren Hawranek, Weitmann und Steiner von der von uns so vielgeliebten Institution des Stadtrathes zu reden. Ich glaube, die geehrten Herren, wenigstens die Mehrzahl derselben von der Gegenseite, wird heute gewiss zugeben, dass die gänzliche Ausschließung der Opposition bei der Zusammensetzung des Stadtrathes ein grober, taktischer Fehler Ihrer Partei gewesen ist, ein Fehler, welcher wohl auch den Umstand rechtfertigen dürfte, dass wir, die Opposition, diesem Stadtrathe kein Vertrauen entgegenbringen. (Sehr richtig! links.) Es gibt ja immer zu denken, dass die Herren so hübsch unbeobachtet und uncontroliert unter sich bleiben und die Angelegenheiten der Commune gewissermaßen so hinter den Coulissen erledigen wollen. (So ist es! links.) Auch die Zusammensetzung des Stadtrathes, nach welcher einige Bezirke nur allzusehr, andere gleichberechtigte und gleichwertige Bezirke aber gar nicht gesegnet erscheinen, lässt der Vermuthung Raum, dass sich hiebei nach und nach eine Art Kirchthurmpolitik entwickeln dürfte, was umso bedauerlicher erscheint, weil ich die Befürchtung hege, dass weiters sich daraus eine Art Agentur für Einzelinteressen herauskryställisieren könnte. (Richtig! links.) Um aber — wir sind immer versöhnlich — diesem Vertrauensmangel wenigstens einigermaßen abzuhelfen, werde ich mir erlauben, Ihnen heute einen Antrag vorzulegen, welcher dahin läuft, es möge ein Landesgesetz erwirkt werden, demzufolge die Sitzungen des Stadtrathes wenigstens für die Mitglieder des Gemeinderathes als öffentliche erklärt werden sollen. (Bravo!)

Im Interesse einer fruchtbringenden Arbeit, im Interesse eines vielleicht in fernerer Zukunft eintretenden harmonischen Zusammenwirkens beider Parteien dieses Hauses, ersuche ich Sie auf das dringendste um Annahme dieses Antrages.

Zum Schlusse meiner Ausführungen könnte ich mich gleich meinen Herren Vorrednern — und das waren für mich berühmte Muster — in eine Polemik einlassen und über einzelne gehörte oder aufgefangene Äußerungen eine etwas herbe Kritik üben. Doch will ich mich dieses billigen Vergnügens entschlagen. Dafür aber sei es mir gestattet, und ich bitte den Herrn Vorsitzenden ausdrücklich dazu um Erlaubnis, ein Moment erwähnen zu dürfen, welches mich persönlich berührt. Anlässlich der tiefbedauerlichen Vorgänge am Freitag, wobei unserem Collegen Steiner, wenn nicht mehr, so doch Mangel an Patriotismus unterschoben wurde, ist mir, wie soll ich sagen, das Malheur passiert, von dem Herrn Vorsitzenden zur Ordnung gerufen worden zu sein. Ich füge sofort hinzu, dass ich einen Ordnungsruf sowohl seinem inneren Werte als auch seiner äußeren Wirkung nach noch vollauf zu würdigen weiß. (Zwischenruf: Da lacht man nicht!) Am nächsten Morgen hat das Hauptorgan Ihrer Partei, das sogenannte „Schöpferne" Tagblatt, einen Originalartikel geliefert, der an Wohlanständigkeit gewiss nichts mehr zu wünschen übrig ließ, und zwar deshalb, weil er vom ersten bis zum letzten Satze erfunden oder entstellt, mit anderen Worten, weil er von der ersten bis zur letzten Zeile total erlogen war. (Zwischenruf: Wie immer!) Abgesehen davon, dass mir dieser Artikel Worte in den Mund legt, welche ich schon aus dem einfachen Grunde nicht gebraucht haben konnte, weil ich eine derartige Kampfesweise zwischen offenen Parteien als eine meinem Geschmacke nicht zusagende absolut nie goutieren werde, ist die Disposition und auch die Ausführung dieses Artikels deshalb charakteristisch und beachtenswert, weil dadurch unsere Partei an

einem Punkte angegriffen wird, welcher nicht nur uns, sondern, wie ich glaube, auch Ihnen als ein unberührbares Heiligthum gilt. Das ist der Patriotismus. Und wenn es überhaupt noch etwas in der Welt gibt, was im Stande wäre, die Gegensätze zwischen unserer und Ihrer Partei auf Augenblicke einzuschläfern, so ist es das Gefühl der Liebe zu unserem gemeinsamen Vaterlande, das Gefühl der Liebe zu unserem Volke, das Gefühl der Liebe, Verehrung und Ehrfurcht vor der geheiligten Person unseres erhabenen Monarchen, — in welchen Gefühlen wir ohne Unterschied der Parteistellung jederzeit einig waren, einig sind, aber auch immerdar einig bleiben wollen, — da mag der Szeps schreiben, was er will. (Beifall links.)

Ich hätte damit allerdings unter Berufung auf den berühmten § 19 des Pressgesetzes den ganzen Berichtigungsapparat in Bewegung setzen können; aber einem liberalen Blatte gegenüber, dessen Wahrheitsliebe so überaus hochsteht, dass es von dem liberalen Bürgermeister in öffentlicher Gemeinderaths-Sitzung seiner objectiven Haltung wegen gebrandmarkt werden musste, schien mir ein solcher Act des Entgegenkommens und der Höflichkeit absolut nicht am Platze zu sein. Es war nach meiner Ansicht, dies aus persönlichem Interesse zu constatieren.

So schließe ich denn, indem ich den damaligen Zwischenruf, wegen dessen ich zur Ordnung gerufen wurde, wiederhole, laut und deutlich, sogar im Namen meiner Partei wiederhole: Wir von der Opposition, meine Herren, lassen uns von Ihnen, was Patriotismus anbelangt, auch nicht das mindeste vorgeben!

Sollte mich der Herr Vorsitzende diesmals eines abermaligen Ordnungsrufes wert erachten, so werde ich, zwar mit aller Ergebenheit gegen den Vorsitzenden dieser Körperschaft, aber mit eben derselben Begeisterung wie am Freitag, diesen Ordnungsruf für einen vielleicht unzeitgemäßen Ausfluss meines Patriotismus entgegennehmen. (Beifall und Händeklatschen links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich unterbreche die Debatte, weil ein bis zwei andere wichtige Referate zu erledigen sind. Ich bitte Herrn Gem.-Rath Vaugoin zum Referate. (Gem.-Rath Vaugoin tritt an den Referententisch.)

Gem.-Rath Arnhart (zur Geschäftsordnung): Es ist ein Antrag von mir schon seit Wochen, ich glaube seit Juli vorigen Jahres in die Tagesordnung eingestellt, kommt aber nie zur Verhandlung, nämlich mein Antrag bezüglich der Drechsler-Genossenschaft. Ich möchte also fragen, wann der Gegenstand zur Verhandlung kommen wird. Das Budget wird bereits jetzt berathen und ich glaube, mein Antrag käme sonst dann viel zu spät.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Sobald es möglich ist, wird darüber referiert werden; aber wir müssen jetzt die dringenden Stücke zuerst aufarbeiten.

4. Referent Gem.-Rath Vaugoin: Z. 1214. Es liegt das Offert des Baumeisters Eduard Schweinburg, um käufliche Überlassung einer Baustelle in der Ebendorferstraße und zwar der Baustelle Nr. 5, Gruppe K nächst dem Rathhause vor. Diese Baustelle hat eine Fläche von 618·181 m². Vom n.-ö. Landtage wurde hiefür unterm 12. Jänner 1890 ein Minimalpreis von 100 fl. bestimmt, geschätzt wurde sie mit 105 fl. Der Offerent bietet 110 fl. per Quadratmeter. Ich bemerke, dass, seitdem die Offertausschreibung im Jahre 1890 stattgefunden hat, außer auf die beiden Eckbaustellen in der Grillparzergasse, auf die Mittelbaustellen kein Offert überreicht wurde. Der Offerent verpflichtet sich, die Offertbedingungen vollinhaltlich zu acceptieren und hat sie bereits unterfertigt. Ebenso erklärt er protokollarisch, dass er ein Drittel des Kaufschillings acht Tage nach dem Beschlusse des Gemeinderathes zu erlegen und die restlichen zwei Drittel im Jänner nächsten Jahres gegen 5 Percent Verzinsung zu bezahlen bereit ist.

Nachdem der Minimalpreis um 10 fl. und der Schätzungswert um 5 fl. überschritten ist, überdies bisher kein Offert auf diese Baustelle gemacht wurde, und das Anbot entsprechend erscheint, beantrage ich namens des Stadtrathes die Genehmigung des Kaufanbotes unter den bekanntgegebenen Bedingungen.

Gem.-Rath Stehlik: Meine Herren, das ist die Baustelle, die uns neulich schon mit demselben Preise vorgeschlagen wurde. (Rufe links: Nein!) Ich bitte, sie ist aber auf demselben Platze. Ich habe neulich schon erwähnt, dass z. B. die Plätze am Spittelberg auf abhängigem Grunde mit 110 fl. per Quadratmeter eingestellt wurden, und habe gesagt, wie es möglich ist, dass man den Platz hier beim Rathhause um denselben Preis verschleudern will. Was drängt Sie denn dazu? Der Herr Stadtrath Vaugoin hat mir damals erwidert, dass kein Kaufanbot vorliege, und ich sage es heute nochmals dass es damals schon so gewesen ist wie heute, wo es wieder in unserer Tagesordnung eingestellt ist. Ich frage ihn aber noch weiter, warum eine solche Baustelle nicht im Offertwege durch die Tagesblätter vergeben wird? (Referent: Das ist ja geschehen!) Ja, ich bitte, das ist aber nicht der richtige öffentliche Weg, dass immer gewisse Leute, die die Baustelle haben wollen, zu einem Stadtrath gehen und dort um die Baustelle ansuchen. Meine Herren, das ist ein Weg, der nicht der richtige ist, das erlaube ich mir dem Herrn Stadtrathe, weil er das Referat hat, zu sagen, — der richtige Weg wäre, so wie bei jedem Verkaufe, dass man sagt: Dieser Platz ist im Offertwege zu vergeben. Damals hat man gesagt, es geschieht nur, um das Landesgesetz zu erwirken, und sehen Sie, meine Herren, sofort war der Käufer hier. — Herr Schweinburg. — Wer ist Herr Schweinburg? Sie werden wissen, wer Herr Schweinburg ist, ein Geschäftsmann, um die Bauspeculation zu betreiben. Ich habe auch damals erwähnt, ich werde auf meine Rede später zurückkommen, dass Sie ihm den Platz um einen solchen Schundpreis auf den Buckel werfen wollen. Das ist nicht der richtige Weg und das haben wir nicht nothwendig, hier zu dulden. Wenn Sie Geld brauchen, so vergeben Sie im Offertwege, das ist das Richtige. Ich werde den Herrn Stadtrath Vaugoin noch um etwas anderes fragen.

Warum vergeben Sie nicht andere Plätze, die man bedeutend theuerer bezahlt und um einen bedeutend höheren Preis? Ich will ihm die Zahl nicht andeuten; warum haben Sie diese Plätze nicht weggegeben, warum geben Sie dem Schweinburg den Platz um 110 fl. per Quadratmeter? Was steckt dahinter? Das muss einmal von den Herren ausgesprochen und ihnen gesagt werden, dass sie sich's merken. (Gelächter rechts.) Das nützt nichts, meine Herren, man muss hinter die Coulissen schauen, und da findet man es, ich sage es ihm und würde es ihm jederzeit sagen, und es ist eine Wohlthat, wenn man etwas erfährt. Ich will auch auf den Platz kommen, dass der Platz veräußert worden ist, er ist nicht in Verkauf gezogen worden. Die Verkäufer waren hier, und er ist nicht getrennt worden. Warum thun Sie denn das, warum verkaufen Sie am Spittelberg theuerer, als in der Nähe des Rathhauses? Ich bin gegen diesen Verkauf aus diesem Grunde und erlaube mir den Antrag zu stellen, dass die der Gemeinde Wien gehörigen Plätze im Offertwege auszuschreiben seien und dieselben zu verkaufen, nicht aus Freundschaft, dass vielleicht jemand hinkommt zu einem oder dem

anderen Herrn, und dass der Preis dort fixiert und um denselben der Grund verkauft wird. Der Offertweg ist der klare Weg, und erlaube ich mir, diesen Antrag zu stellen. (Bravo! links.)

Referent: Ich habe mir das Wort zur Aufklärung erbeten und muss bezüglich der Frage, warum diese Baustelle nicht im Offertwege verkauft wird, erklären, dass dieses Offert hier vom Jahre 1890 datiert, dass für sämmtliche vier Baustellen, welche der Gemeinderath zum Verkaufe zu bringen beschlossen hat, das betreffende Landesgesetz erwirkt wurde, dass die Vergebung bereits ausgeschrieben worden ist und dass bis zum heutigen Tage außer dem Baumeister Schweinburg niemand ein Offert überreicht hat. Ich kann mir den Sinn nicht erklären und weiß nicht, was der Herr Vorredner damit sagen will, wenn er sagt, es sei nicht der richtige Weg, dass der Käufer die Stadträthe aufsuche. Kann mir der Herr Vorredner nachweisen, dass der Käufer mich aufgesucht habe? Das kann er nicht. Ich habe den Käufer in meinem Leben nicht gesehen, außer bei der ersten Verhandlung, welche im Rathhause stattgefunden hat. Diese Äußerung ist mindestens eine leichtfertige, wenn sie auf meine Person angewendet wird, weil ich diesem Herrn und der ganzen Welt gegenüber als Mann von Charakter und Ehre dastehe und mit niemandem hinter dem Rücken spreche, wenn nicht im Wege einer Commission.

Weiters erkläre ich, warum wir gerade dem Schweinburg den Bauplatz verkaufen. Ja, es soll nur ein anderer kommen und das bieten. Er bietet uns 10 fl. mehr als den Minimalpreis und 5 fl. mehr als den Schätzwert und er ist der erste Offerent, der seit mehr als zwei Jahren ein Offert überreicht hat. Ich glaube hiemit die Fragen, welche der Herr Vorredner an mich gerichtet hat, genügend beantwortet, beziehungsweise widerlegt zu haben.

Gem.-Rath Eigner: Meine Herren! Wenn ich diese Häuser und die Umgebung derselben, diese Parkanlagen und Paläste, welche hier stehen, ansehe, werden Sie nur vier Baustellen finden, die noch zu verkaufen sind, zwei Mittel- und zwei Eckbaustellen. Ich erinnere mich an die 1870er Jahre, wie die einzelnen Baustellen nacheinander verkauft wurden, wie die Union-Baugesellschaft an der Lastenstraße als erste gebaut hat, und wie sieht der Platz heute aus? Ich glaube, dass eine Baustelle an Wert zunehmen muss, wenn die Verbauung vorgeschritten ist und dann mehr wert sein muss, als wenn der Grund erst parcelliert wurde. Die Baustellen, die man nun verkaufen will, erscheinen aber minderwertiger als jene, die man verkauft hat, als parcelliert wurde. Wenn Sie die Verhältnisse in der Burggasse und hier nehmen, so werden Sie eine große Differenz finden und zugeben, dass der vorgeschlagene Preis nicht annehmbar ist. Nehmen Sie den Grundwert im XVII. Bezirke, z. B. in der Hernalser Hauptstraße und auf dem Draschefeld; in der Hernalser Hauptstraße kostet die Klafter Grund 100 fl. und am Draschefeld 30 fl. oder 40 fl., sie haben eine Differenz von 70 fl. oder 60 fl., während hier der Preisunterschied nur 10 fl. beträgt. Ich muss mich der Anschauung des Vorredners anschließen, dass diese Plätze im Offertwege zu vergeben und nicht zu veräußern sind, wenn nur einer ein Anbot macht.

Gem.-Rath Hawranek: Ich habe zu dem, was mein Vorredner vorgebracht hat, nicht viel hinzuzufügen, nur muss ich erwähnen, dass, wenn auch ein Landesgesetz schon existiert, nach welchem wir das Quadratmeter Grund um 100 fl. verkaufen können, wir doch den Grund um diesen Preis nicht verkaufen dürfen. Ich muss gegen eine solche Verschleuderung sprechen. Es ist eine Verschleuderung, wenn Sie diesen Grund um 110 fl. verkaufen, während in Lerchenfeld der Grund schon 100 fl. kostet. Es ist zu bedenken, dass der Grund früher hier 800 fl. per Quadratklafter gekostet hat und jetzt wollen Sie ihn um 110 fl. verschleudern, das ist leichtsinnig und ich werde jedesmal gegen eine solche Verschleuderung auftreten und sprechen.

Wir haben nicht nothwendig, dass wir Gründe um jeden Preis gleich verschleudern. Es kommt ja jetzt die Bauthätigkeit, wo man die Gründe suchen wird und wo wir vielleicht das Doppelte bekommen. Wir haben im Müller'schen Gebäude auch 160 fl. verlangt, der Käufer hat nachmals 369 fl. bekommen; das ist eine Misswirtschaft, die communalen Gründe zu verschleudern, ich sage es Ihnen offen.

Gem.-Rath Grünbeck: Wie schon neulich und auch in der General-Debatte gesagt wurde, gehen wir daran, die Gründe zu verschleudern und sie um leichtes Geld wegzugeben. Bei der jetzigen Zeit Gründe verkaufen, das würde kein Privatmann thun, ein Privatmann wartet heute unbedingt. Wir stehen vor der Zeit des Aufschwungs, wie Sie so oft zu sagen belieben; heute verkaufen Sie aber um 110 fl. per Quadratmeter den Grund.

Wir haben auch in den Vororten seinerzeit Gründe verkauft, aber wir haben es in drei, vier Zeitungen öffentlich ausgeschrieben, und der das Meiste gegeben hat, hat erstanden, aber selbst da haben wir es uns noch überlegt. Nur wenn uns das Angebot genügend war, haben wir die Plätze verkauft. Das, was im Jahre 1890 war, das passt in die heutige Zeit nicht mehr; ich muss es Ihnen aufrichtig sagen. Wenn im Jahre 1890 ein Grund geschätzt worden ist, ist er heute, wo wir vor einer Zeit stehen, in der mehr Arbeit sein wird, unbedingt mehr wert. Ich bin entschieden dagegen, dass wir heute den Grund um 110 fl. verkaufen.

Wenn wir warten, dann werden wir in einem halben Jahre gewiss 10 oder 20 fl. per Quadratmeter mehr bekommen. Schadet uns das, wenn wir für unsere Gründe etwas mehr bekommen? Warum lesen Sie von den Privaten, dass sie keine Gründe verkaufen? Die warten ganz einfach. Deshalb möchte ich Ihnen empfehlen, dass wir, wenn solche Gründe zum Verkaufe kommen, nicht ein x-beliebiges Angebot annehmen, weil der Offerent vielleicht ein paar Gulden mehr bietet, als geschätzt ist. Wir sollen öffentlich ausschreiben, neuerdings öffentlich ausschreiben, das kostet nicht soviel. Was liegt daran, wenn man 100 fl. für die Ausschreibung spendiert? Wer sich interessiert, wird sich gewiss melden.

Wer weiß aber, dass die Gründe der Commune gehören, wer weiß, dass die Commune gewillt ist, heute die Gründe zu verkaufen? Ich bin entschieden gegen die Verschacherung dieser Gründe. (Bravo! Bravo! links.)

Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Wenn es sich darum handeln würde, einen Eckbauplatz zu verkaufen, so würde ich unbedingt dagegen stimmen. Diese vorderen Plätze sollen für die Gemeinde reserviert sein. Da handelt es sich aber um einen Mittelbauplatz, um einen Bauplatz, welcher ungünstiger zu verbauen ist, welcher auch in einer Nebenstraße liegt — die Ebendorferstraße ist nämlich eine Nebenstraße und hat gar keine Passage. Da steht der Fall ganz anders.

Es kann niemand behaupten, dass nicht morgen jemand käme, der mehr gibt, es kann aber auch niemand behaupten, dass wir zwei oder drei Jahre warten müssen und ein solches Offert nicht mehr erhalten. Das ist eine Sache der Conjunctur. Wenn man den Preis selbst betrachtet und bedenkt, dass ein Preis von 110 fl.

per Quadratmeter geboten wird, wenn man bedenkt, dass die Gruppe der Union-Baugesellschaft vom Stadterweiterungsfond um 100 fl. per Quadratmeter verkauft wurde, und zwar sowohl die Plätze rückwärts als vorne, so ist der Preis mindestens kein geringer. Und nun müssen Sie auch bedenken, dass die Verbauung an dieser Stelle gar nicht so billig ist. Für kleine Wohnungen ist der Platz sehr unpraktisch, man muss große Wohnungen erbauen, man muss Aufzüge in diesen Häusern errichten, die Parteien machen große Ansprüche, und Parteien dieser Art sind nicht so häufig. Wir haben vor Kurzem ein Referat über einen Baugrund am Neubau verhandelt; am Neubau ist eine gute Zinslage. Die Zinslage hier ist eine schlechte, sie kann sich bessern, aber dermalen ist sie eine ungünstige. Ich glaube daher, dass der Preis von 110 fl. vollkommen gerechtfertigt ist. Sie müssen bedenken, dass jedes Jahr fünf Percent Interessen in Betracht kommen, und wir werden dann kaum ein Offert bekommen, welches das Äquivalent dieser Preissteigerung ist. Ich glaube, dass, nachdem uns die Offerte so spärlich zugehen, mindestens ein solches Offert anzunehmen ist, und da wir noch den Nebenzweck haben, diesen Platz auszubilden und den Ausbau dieses Stadttheiles zu fördern, so treffen zwei Momente zusammen: ein Offert, welches nicht ungünstig ist, und der Wunsch, dass der Platz ausgebaut wird. Ich werde daher mit voller Beruhigung und in der Überzeugung, dass das Offert günstig ist, für dasselbe stimmen und bitte auch die geehrten Herren, für dasselbe zu votieren. (Bravo! Bravo! rechts.)

Gem.-Rath Stehlik: Der Herr Referent hat von dem Offertwege gesprochen. Den Offertweg, den er kennt, meine ich nicht. Ich meine, dass es alle öffentlichen Journale wissen sollten, dass die Stadt Wien Baugründe verkauft (So ist es! links), und wenn es in die Blätter kommt, so denke ich mir etwas anderes dabei. Ich denke mir, dass sich ein Käufer finden wird, der sich für diese Bauplätze interessiert. Aber sehen Sie, meine Herren, das ist eben die ungeschickte Art und Weise. Das will die Stadt Wien nicht thun, weil sie sich damit verrathen würde, weil man sonst sagen würde: sie muss schon wieder veräußern. Das ist es eben, meine Herren, was man nicht an die große Glocke hängen will. Wie kann aber jemand, der zufällig den Platz dort haben will, ihn kaufen, wenn er nichts davon weiß? Bei der letzten Debatte wurde uns gesagt, dass es sich um Arcadenhäuser handelt, die kostspielig zu bauen sind. Meine Herren, wer dort baut, darf kein Bettler sein, der muss das Geld schon im Gilettaschel haben, der darf gar nicht mit dem Zins rechnen, weil solche Spucknäpfchen, wie sie dort sind, nicht weiter gebaut werden, weil dazu kein Platz mehr übrig ist. Und gerade mit diesen Plätzen haben Sie es so gnädig, sie zu verschachern. Das ist bedauerlich. Springt Ihnen das nicht selbst in die Augen?

Ich habe früher etwas angedeutet, was ich jedoch nicht ausgesprochen habe. Ich werde es aber in Zukunft aussprechen. Warum hat man denn diesen Platz nicht verkauft? Der Betreffende hatte 140 fl. beantragt.

Man hat das nicht gethan, und da wäre ein Mistwinkel in der inneren Stadt Wien verbaut worden. Diese Art und Weise bewegt mich, hier darüber zu sprechen; das Schlechte gibt man nicht und das Gute verschleudert man. Wenn dann gesagt wird, 110 fl. ist ein kolossaler Preis, wenn der St.-R. Neumann von den Zinsverhältnissen am Neubau gesprochen hat, so ist ja der Herr Stadtrath von der Josefstadt; dort sind die Plätze wohl ebensoviel wert wie am Neubau. (Rufe rechts: O nein!) Und wenn Sie die innere Stadt so herabsetzen werden, dass Sie sagen, hier ist es schlechter — meine Herren Stadträthe, dann degradieren Sie die Preise in der inneren Stadt, in dem Centrum der Stadt Wien. Das Wort sollten Sie nicht ausgesprochen haben. Man hat jederzeit gesagt: „Das Haus steht mitten in Wien" und heute ziehen Sie ein Vorstadt-Barackenhaus vor. Ich habe erst neulich erwähnt, wenn Sie so billig verschleudern, so drücken Sie den Besitz herab. Heute hat der Herr St.-R. Baugoin gesagt: „das ist ein einzelner Platz", aber wenn Sie ihn mit 110 fl. hergeben, haben Sie damit alle Plätze entwertet, weil der ein Narr wäre, der dann theurer kauft. Und wenn Sie auf diese paar Gulden anstehen — das ist in der vorhergehenden Budget-Debatte ausgesprochen worden —, so beweisen Sie ja damit, dass es mit unseren Finanzen sehr schlecht bestellt ist, denn wenn dieselben gut sind, dürfen Sie nicht darauf anstehen. Die vier Gruppen dort sind sämmtlich entwertet, wenn Sie den einen Platz an den Bauspeculanten Schweinburg verschleudern.

Das andere, was der Herr Stadtrath mir noch erwidert hat, bleibe ich ihm schuldig, wir treffen uns bei Philippi wieder.

Gem.-Rath Robert Geitler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte. (Gem.-Rath Hawranek: Sehr geistreich!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss zuerst den Herrn Gem.-Rath Hawranek daran erinnern, dass er kein Recht hat, irgend einem Mitgliede des Gemeinderathes Bemerkungen zuzurufen, welche beleidigend aufgefasst werden können. Ich finde eine Beleidigung darin, wenn man einem Gemeinderathe zuruft: „Das ist sehr geistreich!" (Gem.-Rath Hawranek: Ich bitte, mich nicht zu belehren!) Das ist mein Recht und ich verhebe Ihnen diese Zurufe. (Unruhe links. — Gem.-Rath Hawranek: Ich lass mir das von keinem Menschen sagen, wir sind keine Schulbuben!) Ich ersuche nunmehr jene Herren, welche Schluss der Debatte annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Schluss der Debatte ist angenommen.

Zum Worte gelangen noch die Herren Gem.-Räthe Dr. Lueger, Weitmann, Hawranek, Rosenstingl, Frauenberger und Noske.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich möchte mir erlauben, zu dieser Sache auch einige Worte zu sprechen; ich werde mich, obwohl es in der Regel Schade ist, sachlich zu sein, trotzdem bemühen, etwas aufklärend zu wirken.

Es hat einer der Herren Redner gesagt: Wenn der Platz um 110 fl. verkauft wird, werde dadurch das ganze Viertel entwertet. Das ist nicht richtig, es wird häufig der Fehler gemacht, dass man aus irgend einem Umstande, der mit dem Gegenstande in gar keiner Beziehung steht, einen Schluss zieht. Wenn Sie z. B. sagen: „Dieses Viertel", so müssen Sie doch einen Unterschied machen zwischen den Radialstraßen dieses Viertels und jenen Straßen, die mit der Peripherie parallel laufen, zwischen der Ebendorfer- und der Reichsraths- oder Magistratsstraße.

Diese Straßen haben nicht nur verschiedene Richtungen, sondern auch verschiedene Verkehrsverhältnisse, und die Bewertung eines Grundes geschieht ja mit Rücksicht auf die besonderen Verkehrsverhältnisse. Sie wissen alle recht gut, dass man heute in besseren Straßen darauf rechnet, für Parterregewölbe Zins zu erhalten; Sie wissen auch, dass diese Gewölbezinse bei der Berechnung des Baues eine große Rolle spielen. Bei diesem Hause ist aber auf einen Gewölbezins gewiss nicht zu rechnen. Das muss gesagt

werden, und ich glaube, es ist nichts Unrechtes, wenn man sagt, dass diese Parallelstraßen, wie die Ebendorferstraße eine ist, keine Verkehrsstraßen sind, wo man voraussetzen dürfe, dass sich dort einmal ein größerer Verkehr entwickeln wird, und dass man durch Gewölbe und Verkaufsläden größere Zinsen erhalten wird. Ich bitte, sich die Sache doch einmal anzusehen. Hinter dem Rathhause haben wir ein schönes Haus mit prachtvollen Arcaden. Man hat dort auf ein Restaurant oder ein Café gerechnet. Heute ist in diesen prachtvollen Localitäten eine Steindruckerei. Dasselbe werden Sie bei den Arcadenhäusern vor dem Rathhause finden; überall mindere Geschäfte, und die Erbauer jener Häuser haben es sich gewiss nicht im Traume einfallen lassen, dass dies einmal ein solches Bild geben wird.

Ich will niemandem einen Vorwurf machen. Man hat sich die Sache eben so gedacht: Diese Gegend werde einmal der Centralpunkt des Verkehrs sein, es werde sich hier ein großer Corso entwickeln. Damals hat der Stadterweiterungsfond Eckbauplätze um 115 fl. verkauft, und heute, wo man weiß, dass gewisse Straßen, und dahin gehört die Ebendorferstraße, keine Verkehrsstraßen in engerem Sinne des Wortes sind, wo man weiß, dass sich in solchen Straßen keine größeren Geschäfte etablieren werden, heute nennt man einen Preis von 110 fl. gegenüber einem Eckbauplatz von von 115 fl. zu hoch. Das ist einfach nicht richtig. Behaupten kann man freilich vieles, aber man muss das auch beweisen können. Ich will Ihnen, meine Herren, nur einige Beispiele vorführen, von denen ich zufälligerweise Kenntnis erhalten habe. Es ist hier ein Haus gebaut worden, ich habe selbst die bezüglichen Ziffern gesehen, es hat 720.000 fl. gekostet, dann ist es um 430.000 fl. verkauft worden. Dann weiß ich noch von einem Hause auf der anderen Seite, das hat 860.000 fl. gekostet und wurde mir — ich habe nomine eines anderen verkehrt — mit 500.000 fl. angeboten.

Meine Herren, das sind Differenzen, die Einem doch zum Nachdenken veranlassen müssen. Es nützt alles nichts; wenn es noch so weh thut, dass es so ist, so ist es doch nothwendig, dass man der Wahrheit die Ehre gibt. Wenn Sie solche Thatsachen hören, so ist es nicht recht, dass Sie sich scheinbar solchen Illusionen hingeben und sich den Anstrich geben, als würden Sie glauben, dass hier irgend einmal bessere Verhältnisse eintreten würden. Dass es etwas besser wird, glaube ich auch, aber nicht in dem Maße, dass die Zinsen, die wir verlieren, eingebracht werden. In wenigen Jahren müssen wir den Grund um 115 fl., in so und soviel Jahren um 120 fl. verkaufen und machen ein ebenso schlechtes oder gutes Geschäft wie heute. Ob sich die Verhältnisse in dieser Zeit in der Art bessern werden, dass man 115, 120 fl. geben wird, bezweifle ich, und aus diesem Grunde bitte ich Sie, doch einen Unterschied zu machen bezüglich der Straßenlage, Straßenbreite, des Straßenzuges und nicht einfach von einem großen Block zu reden. Es ist ganz und gar nicht richtig, da von der inneren Stadt zu reden; dieser Theil ist noch nicht eingelebt in die innere Stadt. Ich würde weit ausgreifen müssen, um die Gründe hervorzuheben, warum das so ist. Es liegt der Park zwischen der inneren Stadt und diesem Theile, und der Verkehr wird hier nie so intensiv werden, wie z. B. am Hohen Markt und in der Kärnthnerstraße. Also diesen Maßstab darf man nicht anlegen; man *muß Gleichartiges* vergleichen, also Straßen, die dieselben Beziehungen zum Verkehr haben, wie diese, aber nicht andere Straßen. Das geht nicht an, denn dann werden die Verhältnisse verschoben, und das ist unrichtig. Ich bitte Sie daher, diesen Ausführungen doch ein bisschen Wohlwollen entgegenzubringen und den Referenten-Antrag anzunehmen. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Der Umstand, dass der unmittelbare Herr Vorredner für den Antrag des Stadtrathes gesprochen hat, bewegt mich allein schon, gegen denselben zu stimmen, denn der unmittelbare Herr Vorredner besitzt die merkwürdige Leidenschaft, den Wert der Gründe, welche der Gemeinde Wien gehören, soviel als möglich herabzusetzen. (Richtig! links.)

Ich habe mir absichtlich jene Gemeinderaths-Berichte zusammengelegt, welche sich in letzter Zeit auf Grundverkäufe bezogen haben, und da finde ich, dass der geehrte Herr Gem.-Rath Rosenstingl in der Sitzung vom 18. März 1892 gelegentlich des Verkaufes eines Grundes in der Burggasse Folgendes geäußert hat, und ich bitte, sich das neuerdings ins Gedächtnis einzuprägen: „Wenn heute jemand für diesen Grund 100 fl. bietet, so ist das Geschmacksache". Hören Sie, das sagt ein Gemeinderath der Stadt Wien (Rufe links: Leider!), Geschmacksache!

„Ich freue mich sehr darüber", meint er, „und würde mich noch mehr freuen, wenn jemand mehr bietet, ich für meine Person würde den Preis nicht bieten, wie ich den Grund kenne." Hören Sie, so spricht ein Gemeinderath der Stadt Wien in öffentlicher Gemeinderaths-Sitzung. (Unruhe rechts.) Es kommt noch besser, der nämliche Gem.-Rath Rosenstingl fährt fort: „aber es ist ja recht gut, wenn jemand, der auf eine bestimmte Gegend ein Faible hat, einen höheren Preis bietet, weil er dort ein Haus haben will", und ein Mann, der solche Worte in öffentlicher Sitzung spricht, der in einer solchen Weise den Wert der Gründe, welchen die Gemeinde Wien besitzt, herabsetzt, der wagt es hier noch, für den Verkauf eines solchen Grundes um 110 fl. per Quadratmeter zu stimmen? (Fortwährende Unruhe rechts.) Es scheint dies den Herren dort vollständig gleichgiltig zu sein, aber der Bevölkerung ist es nicht gleichgiltig, der Bevölkerung wird man diese Stelle vorlesen. (Rufe rechts: Um Gotteswillen!) Ja wohl! In den Wählerversammlungen werde ich diese Stelle verlesen und die Wähler befragen, ob ein Mitglied des Gemeinderathes berechtigt ist, in einer solchen Weise in derartigen Angelegenheiten zu sprechen, um den Wert der Gründe der Gemeinde herabsetzen zu können.

Aber nun, meine Herren, will ich vom Herrn Gem.-Rath Rosenstingl Abschied nehmen (Heiterkeit); ich habe ihn nur deshalb behandelt, weil er in letzterer Zeit sich in alle möglichen Sachen mengt, und weil ich glaube, dass er eine nicht genug geschickte Hand besitzt, um derartige Fragen überhaupt zu behandeln.

Gehen wir aber nun zu etwas anderem über. Meine Herren, in der heutigen Sitzung des n.-ö. Landtages ist ein Referat des Gemeinde- und Verfassungsausschusses erstattet worden, und zwar nicht etwa von einem Mitgliede der Opposition, nein, meine Herren, von einem Mitgliede der Majorität, und zwar von dem Ihnen auch sehr gut bekannten Herrn Gerhardus, der, wenn ich nicht irre, auch Gemeinderath der Stadt Wien ist. In diesem Referate, welches die Frage behandelt, ob der Landtag sich einer Petition der Bau-Interessenten wegen der Steuerfreiheit anschließen soll oder nicht, wird behauptet, dass die Bauthätigkeit im Jahre 1890 bereits zu sinken begonnen habe, dass sie im Jahre 1891 noch weiter bedeutend gesunken ist, und dass sie im Jahre 1892 sich förmlich auf Null reduciert hat. Diese Erscheinung wird damit begründet, dass eben von Seite des hohen Ministeriums bisher eine Entscheidung über die Petition der Gemeinde Wien wegen

Gewährung der Steuerfreiheit nicht erflossen ist. Es wird in diesem von einem liberalen Gemeinderathe erstatteten Berichte weiter gesagt, insolange das Ministerium über diese Petition nicht entschieden habe, werde sich die Bauthätigkeit nicht heben, und Ihr Bürgermeister Herr Dr. Johann Nepomuk Prix hat im Landtage das Wort ergriffen und erklärt, dass es geradezu unerhört ist, dass die Regierung nicht endlich an die Entscheidung der Frage gehe. Er hat hervorgehoben, dass er selbst viele Personen kenne, welche angeblich bauen wollen und dass die Betreffenden dadurch gehindert sind, mit einem Wort, dass die Regierung Schuld ist an der jetzigen Lage. Meine Herren, wenn das richtig ist, dann werden Sie mir auch zugeben, dass der Wert der Gründe derzeit unter ihren wirklichen Wert gesunken ist (Rufe: Sehr richtig!), und dass man jetzt Gründe nur dann verkaufen kann, wenn man sie unter dem Werte verkauft. Nun frage ich Sie: Warum wollen Sie nicht warten, bis die Entscheidung des Ministeriums über die Frage der Steuerfreiheit erflossen ist? Warum muss denn dieser Grund jetzt sofort verschachert, sofort verkauft werden? Brauchen Sie das Geld heute oder morgen schon, ich glaube nicht, dass es so schlecht mit den Finanzen der Gemeinde Wien bestellt sein wird. Also warum thun Sie das? (Rufe rechts: Damit der Baumeister baut!)

Ich bin der Meinung, Sie sollten derzeit mit dem Verkaufe der Gründe innehalten, bis eben die Entscheidung des Ministeriums erflossen ist. Ich stelle auch demgemäss den Antrag: „Der löbl. Gemeinderath beschließe, mit dem Verkauf von Gründen insolange innezuhalten, bis die Entscheidung des hohen Ministeriums über die Frage der Steuerfreiheit, beziehungsweise über die bezügliche Petition der Gemeinde Wien erflossen ist."

Nun komme ich zu einem zweiten Antrag. Es nimmt mich immer wunder, wenn von Seite der Gemeinde und ihrer Organe der Wert der Gründe so außerordentlich niedrig taxiert wird. Ich habe gelesen, dass Sie (rechts), wenigstens einzelne Mitglieder der Majorität, angegeben haben, Sie werden nicht dafür stimmen, dass die Gründe, für welche ein Minimalpreis von 110 fl. bestimmt ist, hintangegeben werden.

Wenn Sie das wollen, dürfen Sie den Grund, welcher unmittelbar daran anstoßt, nicht um 110 fl. verkaufen. Wenn Sie sagen, es ist ein Eckplatz, so sage ich, die Differenz des Wertes ist nicht so bedeutend. Die unmittelbar anstoßende Eckbaustelle ist um 125 fl. per Quadratmeter verkauft worden. Sie werden für die Mittelbaustelle, bezüglich welcher eine Arcaden-Verpflichtung nicht besteht, gewiss 115 bis 120 fl. per Quadratmeter bekommen, wenn Sie die kurze Zeit warten, bis die Entscheidung des Ministeriums erflossen ist.

In der Weise, wie Sie vorgehen, meine Herren, geht man bei Grundverkäufen nicht vor. Man bekämpft uns nicht in der Form, wie sie hier vorliegt. Man sagt nicht, dass wir die Gründe zu hoch bewerten. Man reiße nicht den Wert der Gründe herunter, wie Sie es thun, man verschleudere die Gründe nicht, wie Sie es thun, sondern warte ruhig, bis die geeignete Zeit kommt, und Sie werden sehen, dass die Gründe um einen entsprechenden Preis verkauft werden.

Ich stelle daher den zweiten Antrag, dass, wenn die Entscheidung des Ministeriums über die Frage der Steuerfreiheit, beziehungsweise über die Petition der Gemeinde Wien erfolgt ist, eine neue Offertverhandlung bezüglich der beiden Baustellen, bezüglich der jetzt in Frage stehenden, sowie der anderen Baustelle eingeleitet werden möge. Ich bitte um die Annahme dieser meiner Anträge.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren, es ist im hohen Grade peinlich, dass bei jedem Grundverkaufe, welcher hier zur Sprache kommt, immer und immer die Worte „Verschacherung" und „Verschleuderung" u. s. w. von allen Rednern, welche sprechen, uns zugerufen werden. Ich glaube, das trägt nicht dazu bei, jenes gute Einvernehmen anzubahnen, welches die Herren scheinbar hie und da anzustreben versuchen.

Sie glauben, meine Herren, es ist besser, wenn wir zuwarten. Es ist Ihre Meinung, dass wir später einen höheren Preis erzielen! (Dr. Lueger: Einen bedeutend höheren!) Gut! Wir sind der Meinung, dass es besser ist, wenn wir den Grund jetzt verkaufen, weil, wenn wir den Grund jetzt nicht verkaufen, es gar kein Vortheil für die Gemeinde ist. Wenn wir in der That im nächsten Jahre um 5 fl. mehr bekommen, haben wir inzwischen 5 fl. an Zinsen mehr verloren. (Widerspruch links.)

Mein unmittelbarer Herr Vorredner hat selbst gesagt, es könnte sein, dass wir später 115 fl. oder gar 120 fl. bekommen. Das ist also die Summe, die er sich in Aussicht stellt. Nun frage ich Sie, meine Herren, ist es gerechtfertigt, dass man, wenn man vielleicht ein Jahr oder zwei Jahre zuwarten muss und einen solchen Zinsenverlust hat, dann von Verschacherung und Verschleuderung spricht? (Rufe links: Jawohl!) Wie lange sind denn diese Gründe schon verkäuflich? Und wer kommt, wo sind die Käufer? Es wäre etwas ganz anderes, wenn uns drei oder vier Offerte vorliegen würden, da könnten wir etwas zuwarten. Wenn aber während einiger Jahre niemand gekommen ist, wenn niemand da ist und Sie in einer Zeit, wie die heutige, wo die Bauthätigkeit gehoben werden soll, wo wir etwas leisten sollen, sagen: O nein, wir behalten den Grund noch, dann ist das ein kleinlicher Standpunkt. Mindestens sollen Sie nicht immer diese geradezu beleidigenden Worte: „Verschacherung", „Verschleuderung" aussprechen. (Heiterkeit links.) Es wurde von einem Vorredner aus dem VII. Bezirke, ich will das nur der Illustration wegen erwähnen, gesagt, veröffentlichen soll man das durch die Blätter, da glaubt er doch, dass für diesen Zweck die Judenblätter recht wären, da hält er sie doch für praktisch. Er sagt aber, wir veröffentlichen das nicht in den Judenblättern, weil die Leute nicht erfahren dürfen, dass wir Gründe verkaufen. Das ist die Ansicht einer Großmutter, aber nicht eines Gemeinderathes der Reichshauptstadt. (Heiterkeit.) „Ja!" sagt der Führer der Opposition, „brauchen Sie das Geld denn schon, müssen Sie es schon morgen haben?" Das ist die reinste Kinderei! Der Führer der Opposition weiß ja recht gut, wie die Finanzen der Stadt Wien stehen, dass wir diesen Grund nicht brauchen; wir brauchen ihn nicht zu verkaufen, wir wollen ihn nur verkaufen, weil das gut ist.

Nun, was die Vorlesungen, die er in der Wählerversammlung halten wird über die Äußerungen des Herrn Collegen Rosenstingl, betrifft, — der wird sich übrigens gelegentlich selbst vertheidigen, — glaube ich, da wird uns nichts daranliegen. Der Führer der Opposition hat immer seinen Wählern soviel vorzulesen, dass es darauf gar nicht ankommt; er kann das auch vorlesen, und ich glaube, die Wählerschaft, soweit sie denkt, wird auch wissen, dass es nicht nothwendig ist, dass man in solcher Weise vorgeht. Das ist geradezu eine Denunciation. (Heiterkeit. — Rufe: Sie denuncieren!) Und ich hätte gedacht, der Führer der Opposition

würde sich zu so etwas nicht hergeben. Der Herr College Steiner schreit schon wieder, stellt sich aber ganz rückwärts. (Rufe: Naderer-thum im höchsten Flor!) Bei uns nicht, bei Ihnen vielleicht. (Ruf: Oho!) Wir kennen so etwas nicht. (Heiterkeit links.) Bei uns ist so etwas nicht zuhause. Ich bitte Sie daher, den Antrag des Referenten anzunehmen.

Gem.-Rath Weitmann: Zuerst muss ich dem Herrn Collegen aus dem VII. Bezirke erwidern, der die Behauptung aufgestellt hat, dass wir jedesmal, wenn es sich um den Verkauf von Baugründen handelt, von Verschleudern und Verschachern sprechen.

Es ist das wohl nicht richtig, diese Behauptung ist eine ganz falsche. In einer der letzten Sitzungen wurde das Referat erstattet bezüglich eines Baugrundes in der Burggasse im VII. Bezirke, und wir haben gegen diesen Grundverkauf gewiss gar nichts, weil uns der Preis vernünftig und genug hoch war. Wenn man eine derartige Behauptung aufstellt, soll man auch früher nachdenken, ob sie richtig ist, sonst sind das Ansichten eines schwachsinnigen Großvaters. (Beifall links.)

Was eigentlich recht charakteristisch bei dieser ganzen Angelegenheit ist, ist das, dass hier ein so wichtiges Referat, wie die Budgetberathung, von der Tagesordnung Knall und Fall abgesetzt werden musste, um nur recht geschwind einen Grund zu „vergitschen". Das begreife ich nicht, dass das gar so dringend nothwendig ist. Muss denn das so bald sein? Es wird vielleicht kein Unglück geschehen, wenn der betreffende Käufer uns nicht mehr im Worte bleibt. Es wäre ein Glück für Wien, weil der Grund dann jedenfalls theurer verkauft wird. Die Herren von Ihrer Partei haben von einem so riesigen Aufschwung gesprochen, der sich in Bälde in Wien vollziehen wird. Warten wir den Aufschwung ab, dann wird der Grund gewiss nicht im Werte sinken, sondern steigen. Haben sich die Herren geirrt, dann werden wir den Grund um den Preis noch immer los, da brauchen wir uns nicht zu beeilen.

Ich will heute nur ein Beispiel anführen über den Unterschied zwischen Grund und Grund. Gehen Sie hinaus auf die Lerchenfelder Gürtelstraße, und Sie sehen, dass — der Herr College Wimberger wird mir es bezeugen — dort Gründe zu 60, 70, 80 fl. per Quadratmeter verkauft werden (Widerspruch rechts), und hier im Herzen von Wien, in der nächsten Nähe, wollen Sie einen Baugrund um 110 fl. verschleudern? (Rufe rechts: Die Klafter, nicht das Quadratmeter!) Ich rufe den Herrn Gem.-Rath Wimberger zum Zeugen auf, das Quadratmeter kostet dort soviel. Ich glaube, wir vergeben uns gar nichts, wenn wir warten, sondern es liegt nur im Interesse der Commune, wenn wir vorläufig diesen Grund nicht um den Preis verschleudern, und ich schließe mich deshalb dem Antrage des sehr geehrten Herrn Führers Herrn Dr. Lueger an.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Redner hat offenbar dem Referate seine Aufmerksamkeit nicht gewidmet, sonst würde er erfahren haben, dass der Offerent heute aus dem Worte kommt, und es kann niemand die Verantwortung dafür tragen, ob sein Offert auf diese Weise erlischt oder nicht, als der Gemeinderath selbst. Daher musste das Referat heute vor die competente Instanz, das ist vor den Gemeinderath, kommen.

Gem.-Rath Hawranek: Das wäre wirklich ein Glück, wenn der Verkäufer nicht im Worte bliebe und auf den Verkauf verzichtete, denn ich weiß bestimmt, dass wir vielleicht in einem Jahre das Doppelte bekommen werden. (Gelächter rechts.) Ich muss nur auf den Herrn St.-R. Neumann zurückkommen, der gesagt hat: „Es ist ein Mittelbau, der nicht soviel wert ist wie das Eckhaus." Nun hat er aber neulich gesagt: „Das Eckhaus bekommt Arcaden, und dafür bekommt man nichts." Wo ist da die Consequenz? Mir kommt das vor wie ein jüdischer Ausverkauf, ein 27 kr.-Bazar: Weg mit Schaden für 110 fl.! Das geht so fort.

Der Herr Vice-Bürgermeister hat mich wegen des Wortes „geistreich" zurechtgewiesen. Wenn es schon soweit gekommen ist, dass das Wort „geistreich" für die liberale Partei schon eine Beleidigung ist, dann haben Sie es weit gebracht. (Lebhafte Heiterkeit links.) Ich muss mich nur wundern, dass der Herr Vice-Bürgermeister nicht auch den Gem.-Rath Frauenberger zur Ordnung gerufen hat, als er ein ganz anderes Wort, betreffend die Großmutter, gebraucht hat. Das thut er nicht. Und damit schließe ich.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe dem Herrn Gemeinderathe nur zu bemerken, dass der Ausdruck „geistreich" an sich gewiss keine Beleidigung ist; wie er ihn aber gebraucht hat, war er beleidigend. Herr Gem.-Rath Geitler hat nur von dem Rechte Gebrauch gemacht, welches jedem Mitgliede der Versammlung zusteht; das ist nicht zu leugnen. Solche Unterbrechungen sind Beleidigungen; daher habe ich ihm den Ausdruck verhoben, und zwar mit Recht.

Gem.-Rath Noske: Ich habe letzthin die Ehre gehabt, dem Plenum des Gemeinderathes über einen Antrag des Stadtrathes zu referieren, welcher dahin gieng, einen Platz, der in der Annagasse in unmittelbarer Nähe der Kärnthnerstraße, also zweifellos der lebhaftesten Verkehrsstraße von Wien, gelegen war, um den Preis von 120 fl. per Quadratmeter, den gesetzlichen Minimalpreis, zu verkaufen, und ich bin mit diesem Antrag auch mit Zustimmung der Mitglieder der Opposition durchgedrungen; der Verkauf wurde, wenn ich nicht irre, nahezu einstimmig beschlossen. Es liegt darin gewiss für mich die Berechtigung, an diesen Preis anknüpfend einen Vergleich zu ziehen, ob der Preis von 110 fl. im Rathhausviertel dem von 120 fl. entspricht, welcher in der nächsten Nähe der Kärnthnerstraße verlangt und, wie gesagt, ohne Widerspruch seitens der Opposition als richtig erkannt wurde. Wenn ich nun darauf hinweise, dass in einer Richtung die Verhältnisse gleich liegen, dass nämlich sowohl bei diesem Baugrunde in der Annagasse als bei demjenigen, um dessen Verkauf es sich jetzt handelt, von einer Verwertung durch Gewölbe kaum in nennenswerter Weise die Rede sein kann, und ich auf der anderen Seite darauf hinweise, dass das Rathhausviertel zweifellos im Vergleich zur Kärnthnerstraße und einem Bauplatze, der wenige Schritte von der Kärnthnerstraße entfernt ist, weitaus weniger belebt ist, und dass die Aussicht, dass das Rathhausviertel in einer solchen Weise wie die Kärnthnerstraße belebt sein werde, leider — ich sage leider! — eine noch auf lange hinaus gerückte ist, so muss man gewiss sagen, dass der Preis von 110 fl. per Quadratmeter gegenüber dem Preise von 120 fl. in der inneren Stadt, im Herzen des Verkehrs, als gerechtfertigt erscheinen muss, wenn man sich bei dieser Erwägung rein von sachlichen Momenten, von einer objectiven Vergleichung der beiden Baustellen leiten lässt. Es ist da noch zu erwähnen, dass es sich hier, wie schon erwähnt wurde, nicht um jene Eckbauplätze handelt, bezüglich deren vielleicht die Mitglieder der Opposition — ich würde in diesem Falle wirklich mit ihnen übereinstimmen — den Wunsch hegen könnten, dass sie nicht verkauft werden sollen, weil sie eventuell zu einem Gebäude, das in den Gemeindedienst gestellt werden soll, verwendet werden könnten.

Ich widerspreche aber der Anschauung, welche hier geäußert worden ist, dass man dadurch, wenn man diese Mittelbauplätze um einen gewissen Preis verkauft, der dem einen oder anderen zu gering erscheinen mag, einen anderen Platz entwertet. Ich bin vielmehr der Meinung, dass, wenn einmal das Bauwesen angefangen hat, in der Gegend sich zu entwickeln, dann die anderen Plätze, welche daranstoßen, besser verwertet werden können. Denn es ist doch begreiflich, dass jemand lieber in einer schon verbauten Gegend baut und in diesem Falle auch mehr für den Grund bezahlt, als wenn er auf grünem Anger bauen muss.

Bei dieser Gelegenheit sei es mir gestattet, einschaltungsweise zu bemerken, dass die Frage der Steuerfreiheit, wenn ich nicht irre, in diesem Falle keinen Einfluss hat, weil es sich um einen Bau auf grünem Anger und nicht um eine Veränderung der Baulinie handelt. Einer der Herren Collegen, ein bauverständiger Schätzmeister, hat mir eine Berechnung übergeben, wonach sich die Kosten dieses Baues sammt dem Grunde zu diesem Preise mit 186.000 fl. beziffern würden, während nach einer Rentabilitätsberechnung, welche den in der Gegend geltenden Verhältnissen entsprechend aufgestellt ist, sich ein Schätzungswert von etwas weniger als 186.000 fl. herausstellen würde. Es geht auch daraus, wenn ich die Frage objectiv behandeln will, hervor, dass der Grund nicht, wie es hier gesagt wurde, verschleudert werden soll. Übrigens sind wir ja gewohnt, dass die Herren mit scharfen Ausdrücken ohne besondere Bedenklichkeit um sich werfen, und mich verblüfft in dieser Richtung nichts mehr von Seite der geehrten Opposition.

Ich möchte aber noch darauf aufmerksam machen, dass ja die Kasernenfrage in Schwebe ist, und es zweifellos ist, dass durch die Demolierung der Kasernen in den belebteren und sehr schönen Stadtvierteln eine große Anzahl von Bauplätzen frei werden wird, dass es daher immer schwieriger werden wird, Bauplätze, welche in weniger belebten, wenn auch eleganten Stadtvierteln liegen, zu verwerten, dass man darin einen Grund finden muss, ein Offert, das heute nach einer langen Pause eingelangt ist, anzunehmen. Ich verweise noch darauf, dass, wenn man die Zinsen des in Schwebe befindlichen Capitals dazurechnet, der Preis natürlich späterhin immer höher werden muss und dadurch die Verwendbarkeit, beziehentlich die Verkäuflichkeit des Grundes eine uneingeschränkte werden wird.

Das sind, glaube ich, kurz angeführt die sachlichen Momente, welche dafür sprechen, dass der Stadtrath in dieser Richtung nicht einen leichtsinnigen Antrag gestellt hat, sondern mit sorgfältiger Erwägung aller Factoren, welche hier in Betracht kommen, und dass daher der Antrag des Stadtrathes angenommen werden kann, ohne dass irgend einer der Herren sein Gewissen zu belasten braucht.

Ich muss noch auf einige Äußerungen zurückkommen, die im Laufe der Debatte gefallen sind, und da ist es insbesondere die Art und Weise, in welcher ein Herr, von dem ich leider nicht irre, wenn ich sage, dass er ein Mitglied des Gemeinderathes ist (Sehr gut! rechts), sich darüber ausgesprochen hat, dass ein anderes in diesem Falle sachverständiges Mitglied des Gemeinderathes sich, wie der Betreffende gesagt hat, in der letzten Zeit in alle möglichen Sachen hineinmengt, auf die ich zurückkomme. Ich muss sagen, dass mich diese Äußerung von einem Manne umsomehr überrascht, welcher in der letzten Zeit ungeheuer empfindlich geworden ist, wenn seine Äußerungen kritisiert werden. Er wird sich einer Scene aus der jüngsten Zeit erinnern, wo er, der offenbar von dem Lorbeerduft, der ihn in neuester Zeit umschwebt (Heiterkeit), etwas eingenommen ist, darüber höchlich entrüstet war, dass ich eine Äußerung von ihm einfach langweilig und als nicht zur Sache gehörig bezeichnet habe, und er sich dort ganz unnöthigerweise das Recht wahren wollte, das ich ihm nicht bestritten habe, zu reden, was er wolle. Er macht von diesem Rechte den ausgiebigsten Gebrauch. (Rufe rechts: Gewiss!) Das kann ich ihm — zwar nicht dankend — aber doch bestätigen.

Es ist nun höchst sonderbar, dass dieser Herr Redner einem, wenn ich nicht irre, seinem früheren Berufe nach bauverständigen Gemeinderathe einen Vorwurf macht, wenn er sich in eine Bausache hineinmengt, wie er sich ausdrückte. Soll denn vielleicht ein Bauverständiger bei einer Bausache über das Plebiscit bei Gemeindesachen reden? Ich glaube, ein Bauverständiger hat das Recht, bei einer Debatte über Bausachen mitzusprechen.

(Gem.-Rath Dr. Lueger unterbricht).

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte Herrn Gem.-Rath Dr. Lueger, nicht fortwährend zu unterbrechen, Ihnen ist es ja auch nicht angenehm. Außerdem erlaube ich mir die Bemerkung, dass für Herrn Dr. Lueger dieselbe Geschäftsordnung gilt, wie für die anderen Sterblichen; er scheint davon nicht überzeugt zu sein. Ich bitte Herrn Gem.-Rath Noske, fortzufahren.

Gem.-Rath Noske (fortfahrend): Ich muss also — und ich glaube, da den Intentionen des betreffenden Herrn Redners zu entsprechen — dagegen Verwahrung einlegen, dass eine vollkommen berechtigte, zur Sache gehörige Äußerung eines Mitgliedes des Gemeinderathes in einer solchen ganz unzulässigen Weise glossiert wird. Es ist das eine ganz merkwürdige Empfindlichkeit gegen die Interessen der Gemeinde, gegen die Herabsetzung der Werte, die in den Äußerungen des Herrn Gem.-Rathes Rosenstingl begründet sein soll, und die auf einmal von Seite derjenigen Herren geltend gemacht wird, welche keine Gelegenheit vorübergehen lassen, von dem Bankerotte der Gemeinde (Hört! und Bravo! rechts), den miserablen Zuständen, von der schlechten Wirtschaft in der Gemeinde auch in öffentlicher Gemeinderathssitzung ganz ungeniert zu reden. Wenn man das thut, dann darf man sich nicht darüber aufhalten, wenn ein Mitglied des Gemeinderathes die Anschauung hat, dass ein Baugrund mehr oder weniger wert sein mag, und wenn man schon empfindlich sein will für die Interessen der Gemeinde — was ich wünsche, und ich würde es lebhaft begrüßen, wenn es einmal von Seite der Opposition geschähe —, so möge man zuerst bei sich selbst anfangen. (Beifall rechts.)

Es ist ungeheuer schwer — und da komme ich darauf zurück, dass der Führer der Opposition sich auf die Debatte, die heute im Landtag stattgefunden, beruft — für den Stadtrath, es den Herren recht zu machen. Im Landtag haben die Herren erst heute . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich erlaube mir, dem Herrn Redner zu bemerken, dass er meiner Ansicht nach viel zu weit vom Gegenstande der Verhandlung abschweift; ich bitte sich kürzer zu fassen.

Gem.-Rath Noske (fortfahrend): Im Landtage haben heute die Herren anlässlich der Debatte über die Frage der Bauinteressen den Aufschwung der Stadt Wien geleugnet. Das ist ein Argument, welches im Laufe der Debatte vorgekommen ist und bezüglich dessen es mir vielleicht gestattet sein wird, deswegen, weil es im Laufe der Debatte gebraucht wurde, darauf zurückzukommen.

Wenn es also den Herren passt, den Aufschwung der Gemeinde Wien zu leugnen, dann geschieht es mit Vehemenz, und

daraus müsste man schließen, dass man froh sein müsste, wenn jemand kommt und einen Grund verbauen will, um diese Stagnation zu unterbrechen. Auf der anderen Seite aber steifen Sie sich, wenn es ihnen passt, so wie es heute geschehen ist, darauf, dass man deswegen nicht theuer genug verkaufen könne, weil ein Aufschwung zu erwarten sei oder wenigstens von uns behauptet wird. So benützen also die Herren, welche den Aufschwung einmal leugnen, denselben, wenn es ihnen passt, als Argument für ihre Zwecke. Wie man es aber dann den Herren rechtmachen und den Preis finden soll, der ihnen entspricht, das weiß ich nicht. Das Eine aber weiß ich, dass ich aus den Äußerungen der Mitglieder der Opposition die Überzeugung, dass es sich hier um eine Verschleuderung des Gemeindevermögens handelt, nicht habe gewinnen können, sondern vielmehr meine, dass alle sachlichen Momente für die Annahme des Antrages sprechen, wenn man nicht vielleicht den etwas semitisch klingenden Namen des Käufers beanständen will. Darum bin ich für den Antrag des Stadtrathes eingetreten und werde auch dafür stimmen. (Beifall und Händeklatschen rechts.)

Referent: Nun, meine Herren, es ist in dieser Angelegenheit soviel von Verschleudern und Verklopfen die Rede gewesen, dass man wirklich, wenn man an den Referententisch mit einem Grundverkauf tritt, darauf gefasst sein muss, dass man dieses Lexikon wenigstens von dieser Seite her (links) zu hören bekommt, und doch ist nichts ungerechtfertigter, als dass das Wort Misswirtschaft ausgesprochen worden ist. Misswirtschaft ist eine absichtliche schlechte Wirtschaft, und die imputiert man uns, weil wir einen städtischen Grund, der seit Jahren brach liegt und für den sich kein einziger Käufer gefunden hat, jetzt, nachdem ein Käufer kommt und ein Anbot stellt, welches den wirklichen Schätzungswert übertrifft (Oho-Rufe links), den wirklichen Schätzungswert übersteigt, verkaufen wollen. Die Herren haben schlecht gehört, oder glauben Sie nur dem Herrn Collegen aus dem VII. Bezirk, wenn er etwas spricht? Ich habe gesagt, der Schätzungswert ist 105 fl. und der Minimalwert 100 fl., das Angebot ist 110 fl. Das ist die Wahrheit, was ich sage; ich befasse mich nicht mit solchen Einschmuggelungen von Unwahrheiten, wie das häufig hier vorkommt. (Unruhe links.) Es ist also die Wahrheit, was ich gesagt habe, und wenn Sie das Misswirtschaft nennen, so behaupte ich das Gegentheil. Meine Ansicht ist, das Capital, welches uns geboten wird, ist 67.980 fl., also nahezu 70.000 fl. — da weiss ich aber, was man mir für einen Zwischenruf machen wird — das trägt doch in jedem Jahre Zinsen — kommt der Zwischenruf noch nicht? (Heiterkeit links) — und die Zinsen betragen nach meinem Dafürhalten mindestens, wenn man nur vier Percent rechnet, 3000 fl.

In einem Jahre macht das schon soviel, und wollen Sie das sich so aufhäufen lassen? Glauben Sie wirklich, wenn wir so fortwirtschaften, bis es den Herren genehm ist, bis der richtige Preis erreicht ist, — und wir dann an Zinsen soviel verloren haben werden, dass wir um soviel mehr bekommen werden, dass wir für diese Zinsen entschädigt sein werden? Dann ist noch ein anderer Umstand in Betracht zu ziehen. Wenn diese Baustelle nicht verkauft wird, wird natürlich auch die andere nicht verkauft. Denn wenn ein Käufer für die zweite Baustelle vis-à-vis kommt und 110 fl. bietet — und das ist eine Mittelbaustelle, keine Eckbaustelle — *so wird* er kaum so sagen, wie der Baumeister zu dem Herrn Gemeinderathe aus dem VII. Bezirke gesagt hat, dass er dabei 70.000 fl. profitiert. Wenn die eine Baustelle nicht verkauft wird, werden sich die anderen, die ein Anbot stellen wollen, sagen, die kann man nicht kriegen, wenn man schon Anbote mit 110 fl. abweist, gehen wir anderswo hin und suchen wir uns etwas anderes. (Rufe links: Wäre so gescheiter!) Wenn von Verlautbarung in den Journalen gesprochen wird — es ist das leider auch gestreift worden, — dann frage ich, ob Sie die Güte haben wollen, zu sagen, in welchen Journalen? In den meist gelesenen? (Rufe links: Volksblatt!) Oder glauben Sie vielleicht, dass man so etwas in Ihre Journale geben soll, die niemand liest? (Heiterkeit rechts.) Wenn alle Herren so sind wie Sie, dann wird auch keiner einen Grund kaufen. Ich will übrigens nicht länger polemisieren, aber es wurde der Vergleich zwischen der Burggasse und der Ebendorferstraße gemacht. Die Hausstelle in der Burggasse ist das dritte Haus.

Das zweite Haus nach dem Hotel Höller, ganz nach der Stadt zu gelegen, ist in einer großen Verkehrsstraße, welche eine Zukunft hat; dort sind Gassenladen, Verkaufs-Magazine u. s. w. im Erdgeschosse möglich. Glauben Sie denn, dass in der Ebendorferstraße ein Gewölbe aufgemacht werden wird? Haben wir denn nicht ein abschreckendes Beispiel an allen Gewölben, welche hier sind? Ich könnte Ihnen von Zinsen erzählen, welche die Kaffeehaus-Localitäten in der nächsten Nähe des Rathhauses bezahlen. An einem guten Posten, in einer Hauptstraße oder in einer Radialstraße zahlt man das sechs- und achtfache an Zins für derlei Localitäten. Geradezu aber Heiterkeit hat in mir das erregt, wie ein geehrter Herr, welcher immer zur Heiterkeit beiträgt, gesagt hat, wir lassen die Gründe ein bis zwei Jahre liegen, wir bekommen dann das Doppelte. Wenn ich das gewiss wüsste, würde ich mit Vergnügen dem Herrn folgen, aber ich glaube es nicht, dass wir statt 110 fl. 220 fl. bekommen. Dass wir die Sache so dringend behandelt haben, hat den Grund darin, dass es ein Terminstück ist und der 23. März der Schlusstermin ist und der Herr Bürgermeister oder das Präsidium die Verpflichtung hat, solche Gegenstände zur Abstimmung zu bringen.

Den Herrn vom VII. Bezirke möchte ich noch fragen, ich verstehe die mysteriösen Bemerkungen, die er zu machen gewohnt ist, nicht, aber die gerade, offene, ehrliche Sprache verstehe ich von jedermann. Ich möchte ihn bitten, mir zu sagen, was er denn eigentlich gemeint hat, warum man den Platz nicht um 147 fl. verkauft hat. Ich weiß es nicht, und wenn er die Güte hat, mir das zu sagen, was das bedeutet, werde ich seine Bemerkungen beantworten, aber so verstehe ich es nicht; und dann hat er gesagt, wir kommen bei Philippi zusammen. Ich fürchte den Herrn nicht. Auch wenn Sie mich in ein Glashaus hineinstellen, fürchte ich mich nicht und den Herrn am wenigsten. Ich bitte die Anträge anzunehmen, sie sind wohl überlegt.

Gem.-Rath Weitmann (zu einer persönlichen Berichtigung): Der Herr Vice-Bürgermeister hat mir den Vorwurf gemacht, dass ich dem Referate zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe, indem es sich darum handelte, dass der Mann nicht aus dem Worte kommt. Ich habe es schon in meiner Rede betont, dass ich weiß, dass der Mann aus dem Worte kommt, und es ist ein Glück, wenn er aus dem Worte kommt. Es war daher dieser Vorwurf überflüssig, Herr Vice-Bürgermeister.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Er war nicht überflüssig, weil Herr Redner nicht einsehen wollen, dass die Verantwortung nur der Gemeinderath trägt und das Präsidium eine Pflichtver-

letzung begehen würde, wenn es solche Stücke nicht rechtzeitig vor den Gemeinderath bringen würde.

Gem.-Rath Steflik (zu einer Berichtigung): Was der Herr St.-R. Vaugoin zu wissen wünscht, steht heute nicht auf der Tagesordnung, wenn es auf die Tagesordnung kommen wird, werde ich so frei sein, das Gewünschte dem Herrn Stadtrathe zu präsentieren. Es handelte sich einmal hier von einem Grund in der Johannesgasse; da wurde auch nicht gesagt, dass man dort 4 m tief mit der Grundfundierung gehen musste, das haben uns die weisen Herren nicht gesagt. Deshalb ist der Grund nicht verkauft worden. Sehen Sie, dass man auch was weiß, und nicht Sie allein.

Gem.-Rath Eigner (zu einer Berichtigung): Ich erlaube mir eine Bemerkung des Gem.-Rathes Rosenstingl zu berichtigen. Er hat angeführt, dass in dieser Lage des Bezirkes oder in diesem Viertel, Häuser sehr billig verkauft wurden, das kann ja möglich sein. Wenn jemand auf Speculation ein Haus baut und nicht so viel Geld hat . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (einfallend): Wozu wünschen Herr Redner zu sprechen?

Gem.-Rath Eigner: Zur Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir haben jetzt nicht mehr die Debatte über den Gegenstand. Die Debatte ist längst geschlossen. Wir schreiten zur Abstimmung.

Gegen den Antrag des Referenten sind zwei Anträge von Herrn Gem.-Rath Dr. Lueger gestellt worden, welche lauten:

1. „Der Verkauf der städtischen Gründe ist insolange zu sistieren, bis die Entscheidung der Ministerien über die Petition wegen Gewährung der Steuerfreiheit von Neubauten oder Umbauten erflossen ist."

2. „Sobald diese Entscheidung erflossen ist, ist eine öffentliche Offertverhandlung behufs Verkaufes des in Rede stehenden Grundes und der Nachbarparcellen auszuschreiben."

Diese Anträge kommen zuerst zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche diesen beiden Anträgen zustimmen, die Hand zu erheben. Ich bitte zu zählen! (Geschieht.) — Ist abgelehnt.

Ich bringe nun den Antrag des Referenten zur Abstimmung und bitte jene Herren, welche demselben zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) (Gem.-Rath Reichert ruft: Wenn der Grund nur den Herren gehörte!) Herr Gem.-Rath Reichert wollen Sie sich doch etwas ruhiger verhalten! . . . 60 Stimmen sind dafür.

Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause.) 29 sind dagegen; der Antrag des Referenten ist angenommen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wie viel sind dafür?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: 60 sind dafür.

Es wurde daher beschlossen, den Verkauf der Baustelle V der Gruppe K auf dem ehemaligen Paradeplatze (Ebendorferstraße) an Eduard Schweinburg um den Preis von 110 fl. per m² zu genehmigen.

5. Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Fortsetzung der General-Debatte über das Budget. Ich bitte die Herren Referenten, auf die Tribüne zu treten. (Gem.-Rath Boschan und Mayer treten an den Referententisch.) Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Grübl.

Gem.-Rath Dr. Grübl: Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, in der General-Debatte das Wort zu ergreifen, weil ich geglaubt habe, es sei die Aufgabe der Stadträthe, auf die Anregungen zu warten, welche ihnen vom Gemeinderathe werden gegeben werden, und diese Erwägungen dann in Berathung zu ziehen. Nur der Grund, dass ich wiederholt von verschiedenen Collegen angegriffen worden bin, hat mich veranlasst, mich zum Worte zu melden. Ich werde mich bei der Besprechung der verschiedenen Bemerkungen, welche bis jetzt im Laufe der General-Debatte vorgekommen sind, auf das äußerste und nothwendigste beschränken, ich werde die Bemerkungen der Herren Redner der Majorität übergehen, weil es ja Sache des Stadtrathes sein wird, die Anregungen, die sie gegeben haben, in Berathung zu ziehen, z. B. die Bemerkungen des Herrn Collegen Herold in Betreff eines zu errichtenden Mädchen-Lyceums, seine Wünsche in Betreff der Verbesserung der Approvisionierung, die Anregung des Herrn Collegen Friedjung in Betreff der Erforschung der Rückwirkung der Progressiv-Einkommensteuer auf das städtische Budget, und die Wünsche und Anregungen, welche Herr Collega Geitler in Bezug auf eine Veränderung in der Arbeitsvertheilung im Wiener Gemeinderathe ausgesprochen hat. Es wird gewiss dem Stadtrathe zur Freude gereichen, wenn er in der Lage sein wird, im Sinne dieser Anregungen positive Anträge zu stellen.

Ich werde mich zunächst mit ein paar Bemerkungen der Herren Redner dieser (linken) Seite beschäftigen, und zwar zunächst mit denjenigen Bemerkungen, welche direct an meine Adresse gelangt sind; da ist es ja meine Pflicht, zu antworten. Die Unterlassung dieser Pflicht könnte als Geringschätzung oder Fortsetzung jenes Standpunktes, den man mir vorwirft und den ich als durchaus nicht angemessen erachte, angesehen werden.

Herr College Latschka hat gesagt, er könne dem Stadtrathe kein Vertrauen zuwenden, weil ein Mitglied desselben ihm bei irgend einer feierlichen Gelegenheit gesagt hat: „Dasjenige, was die Opposition wünscht, ist mir Wurst". Ja, meine Herren, er sollte als Mann der Milde doch auf die Verhältnisse mehr Rücksicht nehmen, unter welchen etwas geschieht, und die mildernden Umstände, die sich aus der Situation ergeben, auch in Berücksichtigung ziehen. Das war jene Wahl in die Budget-Commission. Da ist zum größten Schmerz der Opposition ein Mitglied derselben nicht gewählt worden, welches von ihr vorgeschlagen war. Eine Zusicherung, dass das geschehen werde, ist von gar keiner Weise gemacht worden, das constatiere ich auf das allerbestimmteste, weil die Majorität beschlossen hat, sich die Entscheidung vorzubehalten. Nun ist es geschehen, dass von sieben vorgeschlagenen Herren sechs gewählt worden sind und der siebente Gewählte war auch ein Parteigenosse; es war nur der eine Unterschied, dass an Stelle eines jungen Mitgliedes dieser Versammlung ein älteres gewählt wurde, ein Mitglied, das durch Jahre der Versammlung angehört hat und wiederholt durch ruhige, sachliche Darstellungen von verschiedenen Verhandlungsgegenständen gezeigt hat, dass es in der Lage ist, die Aufgaben eines Gemeinderathes zu erfüllen. Ja, meine Herren, man sollte glauben, dass das kein so kolossales Ereignis ist, welches einen so in Harnisch bringen kann. Der geehrte Herr College ist auf mich losgestürzt, wie der Sperber auf die Taube (Heiterkeit rechts), indem er rief: „Hat man Ihnen nicht gesagt, dass alle gewählt werden müssen?" Ich gestehe, ich bin in dem Augenblicke so erschrocken, dass es wohl möglich ist, dass ich den schrecklichen Ausdruck gebraucht habe, den man mir zur Last legt; man hat aber schon kräftigere Ausdrücke

gehört, sowohl unter vier Augen als öffentlich, in diesem Saale, und ich muss gestehen, dass mich diese außerordentliche Empfindlichkeit bei einem Mitgliede der Opposition außerordentlich gewundert hat. Es tritt eine merkwürdige Angst zutage. Ein anderes Mitglied der Opposition fürchtet sich jetzt angesichts der bevorstehenden Osterfeiertage um sein Leben (Schallende Heiterkeit rechts) und muthet seinen politischen Gegnern die Habsucht zu, dass sie — wahrscheinlich angesichts der bestehenden Lebensmittelteuerung — (Erneuerte Heiterkeit rechts) ihm nach dem Leben trachten und ein Festessen aus ihm machen wollen. Nun, da glaube ich, sollte man ....

Gem.-Rath Gregorig: Das ist zu dumm!

Gem.-Rath Dr. Grübl: Das macht nichts!

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gemeinderath, Sie werden selbst begreifen, dass hier derartige Ausdrücke nicht angehen, ich rufe Sie zur Ordnung!

Gem.-Rath Gregorig: Kommen Sie Ihrer Pflicht nach. Dulden Sie das nicht!

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich rufe Sie nochmals zur Ordnung!

Gem.-Rath Gregorig: Dulden Sie solche Äußerungen, solche Lügen nicht! (Rufe rechts: Sie haben es ja selbst gesagt!) Ich habe davon kein Wort gesprochen!

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte um Ruhe, sonst müsste ich Sie veranlassen, den Saal zu verlassen.

Gem.-Rath Gregorig: Thun Sie es nur!

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Entfernen Sie sich lieber, damit hier ruhig debattiert werden kann.

Gem.-Rath Dr. Grübl (fortfahrend): Ich habe nicht gedacht, dass das den Herrn Collegen so aufregen wird, nachdem er selbst den Gegenstand zur Sprache gebracht, übrigens hat er versichert, er fürchte sich nicht, er habe vier Söhne, die ihn bewachen werden. Ich habe nur darauf hinweisen wollen, dass die Mitglieder der Opposition außerordentlich ängstlich sind.

Der Herr Collega Latschka hat gesagt: Wir werden immer mitwirken, wenn man uns hiezu Gelegenheit bietet. Meine Herren! Ganz ist das nicht der Fall. Es war nahe daran, Ihnen Gelegenheit zu bieten, im Stadtrathe mitzuwirken. Zwei Mitglieder waren in Aussicht genommen. (Aha! links.) Die Wahl hatte ja zu dieser Zeit noch nicht stattgefunden. Sie waren diejenigen, welche die zwei Mitglieder, noch bevor es möglich war, sich zu einigen, und bevor Sie noch gewusst haben, ob sie die Wahl annehmen, schon gelyncht hatten. Es wäre dann allerdings ganz nutzlos und unzweckmäßig gewesen, auf diese Herren weiter zu reflectieren. Und wenn überhaupt ein Fehler gemacht worden ist, was ich entschieden bestreite, so sind Sie daran schuld, weil Sie jede Annäherung unmöglich machen. Ich erinnere Sie an die Commission, welche vor zwei Jahren gewählt worden ist, wo es sich darum gehandelt hat, zu prüfen, aus welchen Ursachen das Gewerbewesen in Wien immer mehr und mehr herabsinkt. Da haben wir lauter Antisemiten in die Commission gewählt, und da hätten Sie eine glänzende Gelegenheit gehabt, „mitzuwirken", wie der Herr Collega sagte. Sie haben nicht mitgewirkt, Sie haben die Wahl nicht angenommen, Sie haben bei dieser Gelegenheit eine außerordentliche Liebe zu uns bethätigt, indem Sie gesagt haben: Nur in Gemeinschaft mit Ihnen oder gar nicht! (Heiterkeit rechts.)

Der Herr College Dr. Lueger aber war aufrichtiger, er hat in diesem Falle die Wahrheit gesagt, und das muss man anerkennen. (Heiterkeit rechts.) Er sagte: „Es war gut, dass wir nicht in der Budget-Commission waren; so geht uns das, was die Budget-Commission beschlossen hat, nichts an. Wir haben keine Verantwortung dafür und sind hier im Plenum viel besser in der Lage, die Anträge der Budget-Commission zu bekämpfen und die Commission anzugreifen. (So ist es! rechts.) Das ist schwer, wenn wir in der Commission vertreten waren und mitgewirkt haben. Es hat dies auch früher schon wiederholt zu Schwierigkeiten geführt, weil die Minorität in der Commission für eine Sache war und im Plenum gezwungen war, dagegen zu stimmen, weil der oder die Führer es anders gewünscht haben. Das ist ja eine anerkannte Opportunität; in der Commission hört und sieht man nichts von ihrer geräuschvollen Thätigkeit, und hier haben sie ohnedies Zeit und Platz genug dafür." (Lebhafter Beifall rechts.)

Gegenüber einem zweiten Vorwurf muss ich gestehen, dass der hochwürdige Herr Collega Latschka sich nicht ganz genau an die Wahrheit gehalten hat. Wenn man Vorwürfe erhebt, sollte man die Thatsachen, auf die sich die Vorwürfe stützen, doch genau anführen. Es war dies um so leichter, als das gedruckte Protokoll des Gemeinderathes vom 12. December 1890 jedermann zur Verfügung steht; man braucht es nur aufzuschlagen und zu lesen. Aus diesem Protokolle ergibt sich, dass der Gemeinderath nicht beschlossen hat, für 1000 fl. Christusbilder anzuschaffen. (Widerspruch links.) Ich bitte, da steht eine so verfehmte Post von 75.000 fl.: „Instandhaltung der Schullocalitäten und deren Einrichtung".

Es ist selbstverständlich, dass diese 75.000 fl. nur ausgegeben werden könnten, wenn die einzelnen Arbeiten Gegenstand der meritorischen Behandlung sind und wenn die competente Körperschaft den Beschluss fasst, dass sie bewilligt werden, und ebenso verhält es sich mit den 1000 fl., die damals eingestellt worden sind.

Damit aber ja kein Zweifel über den Sinn der Beschlussfassung des Gemeinderathes besteht, erlaube ich mir darauf hinzuweisen, was der Herr Budget-Referent Collega Boschan, gegenüber dem Antrag Latschka bemerkt hat (liest): „Ich für meine Person habe nichts dagegen, wenn der Betrag bewilligt wird, will aber nur bemerken, dass mit der Einstellung des Betrages in das Budget die Sache noch nicht erledigt ist. Es muss noch ein bestimmter Antrag gestellt werden, welcher der Finanzsection zur Berathung zugeführt wird." (Hört! rechts.) Also es ist nicht richtig, dass der Gemeinderath beschlossen hat, es sollen die Christusbilder angeschafft werden, sondern er hat lediglich die Bedeckung in der Höhe von 1000 fl. für diesen Zweck eingestellt und dafür Vorsorge getroffen, dass, wenn die Ausgabe beschlossen werde sollte, Deckung dafür vorhanden ist. Also, hochverehrter Herr, das ist ein Unterschied! Und wenn man in öffentlicher Sitzung Vorwürfe macht, so sollte man sie sich vorher überlegen. Der Stadtrath hat in Ausführung dieses Beschlusses, wie der verehrte Herr College Matzenauer schon ausgeführt hat, erheben lassen, wie viel es kosten würde, wenn man für sämmtliche Schulen Christusbilder anschaffte. Diese Erhebungen sind im Zuge. Wieso man da behaupten kann, dass der Stadtrath die Beschlüsse des Gemeinderathes ignoriert, dass er sie nicht ausführt, und dass er deshalb kein Vertrauen verdient, ist mir unfasbar.

Aber der Herr College Latschka ist eben ein bisschen giftig über uns, er ist auf uns böse — darüber darf man sich nicht täuschen — und das ist der Grund, warum er bei jeder Gelegen-

heit auf uns loszieht und Vorwürfe erhebt, ob sie begründet sind oder nicht. Er hat mit Emphase gesagt: jetzt weiß er, warum wir die Gründe, die wir haben, gar so verschleudern. „Der Stadtrath kann kein Geld sehen." Ja, seine Parteigruppe hat anlässlich seiner Wahl ein Circular versendet und darin steht (liest:) „Man hört, dass die liberale Partei mit dem Plane umgeht, bei Gelegenheit der Vereinigung Wiens mit den Vororten" — ein neues Riesenanlehen von 100 bis 140 Millionen zu machen. Die Sache ist einfach die, der Gemeinderath hat die Absicht, dem nothleidenden Baugewerbe zu helfen. Infolge dessen benützt er alles, was in seiner Macht steht, um seine Absicht auszuführen. Gründe, welche gewünscht werden, um darauf Bauten auszuführen, werden, wenn ein entsprechender Preis angeboten wird, verkauft. Das ist ja nicht unnatürlich. Wie sich der große Nothstand unter den Arbeitslosen gezeigt hat, hat man sich an den allgemeinen Wohlthätigkeitssinn gewendet und gebeten, es mögen milde Gaben gespendet werden. Wer war es da wieder, der dreingefahren ist? Sie waren diejenigen, die sofort gerufen haben, Unwürdige werden betheilt, Unwürdige drängen sich vor, und in einer der letzten Sitzungen hat ein Mitglied Ihrer Partei sich veranlasst gesehen, diejenigen, die Beiträge gespendet haben, in einer Weise zu besudeln, dass man sagen muss, das ist überhaupt noch nicht vorgekommen. (Sehr gut! rechts.)

Ich staune, dass es möglich war, dass in der Reichshaupt- und Residenzstadt Leute, welche in dieser Weise ihre Opferwilligkeit an den Tag legen, wie es hier geschehen ist, in einer Versammlung in dieser Art beleidigt werden (Beifall rechts), und ich frage Sie, heißt es nicht geradezu den Gemeinsinn, den öffentlichen Wohlthätigkeitssinn unmöglich machen, wenn man in dieser Weise vorgeht. (Beifall rechts.) Wird sich in Zukunft nicht jeder hüten, mit Spenden an die Öffentlichkeit zu treten, wenn er riskiert, so angegriffen zu werden. Ich will über diese Rede weitere Bemerkungen unterdrücken, weil ich hoffe, dass der geehrte Herr sich das zur Witzigung dienen lassen wird. (Gelächter links.) Ich sage, es ist höchst an der Zeit, denn ich fürchte, dass, wenn er es sich nicht zur Witzigung dienen lassen wird, er einmal sich doch den Mund verbrennen werde. (Rufe links: Denuncieren!) Das ist nicht nothwendig. Man kann die Rede auffassen wie man will. Es ist eine Barricadenrede im vollsten Sinne des Wortes.

Um Abschied zu nehmen von dem geehrten Herrn Collegen Latschka, biete ich ihm folgende Wette an: Er hat erklärt, der Liberalismus sei der Ruin Österreichs, unserer wirtschaftlichen Verhältnisse; er möge nun in einem mündlichen Vortrage oder in einer schriftlichen Arbeit jetzt oder später, wenn er seine wirtschaftlichen Studien noch vervollständigt hat — wann er will — das darthun und an Stelle der heutigen Wirtschaftsordnung eine andere mögliche stellen, und wenn das Resultat seiner Arbeit ein solches sein wird, dass er drei Schiedsrichter findet, welche sagen, diese Weltordnung des Herrn Gem.-Rathes Latschka ist möglich, nach der können wir existieren — dann habe ich meine Wette verloren. Ich bitte, die Wette zu acceptieren. Aber hier und bei jeder Gelegenheit derlei Phrasen vorzubringen, wie: der Liberalismus ist ein Unglück — wenn man nicht weiß, was man an dessen Stelle setzen kann, das ist, glaube ich, nicht ein Beruf, der einem gebildeten Manne entspricht.

Meine Herren, es wurde von einigen Collegen der Wunsch ausgesprochen, es möge gespart werden. Der Herr College Kaspar hat gesagt: Sparen! Es ist zu sparen, die Personalzulagen der Beamten müssen entfallen, die Diäten sind zu hoch. Kaum hat er das ausgesprochen, hat er mit strenger Miene gesagt, wenn nicht bis letzten März die Gehaltserhöhung der Beamten ausgearbeitet ist, werde er auftreten. (Heiterkeit rechts.)

Endlich hat er noch ein Mittel vorgeschlagen, das aber gleich nicht recht gefallen hat, denn er hat gesagt, dabei wird nicht viel herausschauen — das sind die Ersparnisse bei den Lernmitteln für arme Kinder. Nun, meine Herren, die Sache ist in Verhandlung, und es werden demnächst die Anträge hierherkommen; wissen Sie aber, was man sagen wird? „Bei den Ärmsten der Armen wollen Sie sparen, da fangen Sie an?"

Einen gleichen Wunsch hat auch College Pursch ausgesprochen, der auch sehr bös ist. Er hat angefangen darzuthun, wie bei uns das Geld hinausgeworfen wird, aber die einzelnen Fälle, in welchen er uns diesen Vorwurf machen kann, nicht angeführt. Unter anderem hat er gesagt: Die Juden legen sehr häßliche Eigenschaften an den Tag, bei den Licitationen nehmen Sie immer nur die eisernen Cassen und die Christen stürzen sich mehr auf die Kochlöffel, weitere Bemerkungen hat er zum Budget nicht gemacht. (Lebhafte Heiterkeit rechts.)

Endlich hat er zum Schluss gesagt: Die Majorität befindet sich in einem „Dunst". Nun, dies wäre gar kein Wunder; aber es fragt sich nur, wer den Dunst macht. (Heiterkeit rechts.) Herr College Grünbeck hat gleichfalls den Wunsch nach Sparsamkeit ausgesprochen, aber gleich hinzugefügt: „Nur nicht bei den Vororten!" Ich fürchte, dass das Resultat unserer Verhandlungen so sein wird, wie es meistens der Fall ist, dass nämlich die Ausgaben bedeutend höher sein werden, als sie präliminiert waren.

Nun möchte ich mich aber auch mit dem Herrn Collegen aus dem III. Bezirke beschäftigen. Sein charakteristisches Moment — ich kenne ihn doch schon ziemlich lange und habe meine Erfahrungen und Wahrnehmungen gemacht — ist, dass er einfach heute dasjenige ignoriert, was er gestern gesagt hat; das geht ihn nichts mehr an. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts.) Er hat doch jetzt fünfzehn Jahre lang über unsere Finanzen geschimpft und neulich hat er ganz wehmüthig über den Rechnungsabschluss pro 1890 gesprochen und gesagt: „Das wird der letzte gute Rechnungsabschluss sein." (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Er hat durch Jahre gegen den Nationalitätenstreit und die Nationalitätenfrage gedonnert und gesagt: Nur die Judenpresse ist es, die die Nationalitäten gegeneinander hetzt, die sich ja sehr gerne haben und gut miteinander vertragen, aber durch die Presse wird immer gehetzt und so kommen sie zu keiner Einigung. (Rufe links: Das ist wahr!) Dr. Lueger hat diese Worte dadurch bethätigt, dass er seinem damaligen Freunde Fischhof, der die Nationalitätenfrage auch beseitigt wissen wollte, um den Hals gefallen ist. Und was hat er in seiner letzten Rede gesagt?

„Wenn Sie eine ordentliche Wirtschaft wollen, so muss sie christlich und national sein." (Heiterkeit rechts. — Unruhe links. — Gem.-Rath Dr. Lueger: Das hat mit der Nationalitätenfrage nichts zu thun, mein lieber Grübl, davon verstehen Sie nichts!) Es ist wahr, davon verstehe ich nichts; das ist wieder richtig (Erneuerte Heiterkeit rechts), aber das werden auch die anderen Herren nicht verstehen. Nun, meine Herren, neu war ja diese Rede nicht — das wird mir der Herr College nicht übelnehmen, wenn ich das sage — aber Eines hat er bewiesen, dass er nämlich, wenn er durch Zufall in die schauspielerische Laufbahn gekommen wäre, zweifellos große Erfolge erzielt hätte, und ich

bin überzeugt, dass er heute würdig neben Kraftel und Robert stehen würde. (Unruhe links. — Rufe: Sie werden ihm Concurrenz machen! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Sie als Clown! — Heiterkeit links.) Wir haben ihn wiederholt gehört als Heldendarsteller und Liebhaber, wie er zum Volke sprach, wie er dem Volke auseinandersetzte, dass nur er derjenige sei, der es liebt und zu dem es Vertrauen haben sollte. Er hat auch eine ähnliche Relation — das ist jetzt ein beliebter Ausdruck — zur Gallerie, wie die Liebhaber im Theater.

Wenn eine große Rolle gespielt wird, ist die Gallerie besetzt, insbesondere ist auch das schöne Geschlecht vertreten, welches gestern in einer Weise vertreten war, wie man es nicht glauben sollte. (Rufe rechts: Sehr gut! — Gelächter links.) Aber gestern, meine Herren, hat er sich nicht als Heldendarsteller und Liebhaber gezeigt, sondern ein bischen als Intriguant. Er hat eben die Eigenschaft, dass er für verschiedene Rollenfächer in ganz gleicher Weise befähigt ist. (Heiterkeit rechts.) Er hat der Majorität gesagt: Bei dem Antrage des Collegen Geitler höre er das Klirren der Ketten, er wollte (zur Rechten gewendet) Ihre Freundschaft sich erreden, und darin besteht ja die kleine Intrigue; er hat gesagt: „Die Majorität wird geknechtet; es braucht nur Einer ein bischen etwas zu reden, gleich bekommt er eine Verwahrung." (Rufe links: Das ist ja bekannt!) Wenn man das hört, glaubt man, dass so ähnliche Dinge auf der Seite (links) gar nicht vorkommen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Gar nie!) Ich erinnere an den Fall bei der Stadtrathswahl. (Rufe rechts: Garber! Himmelbauer! Kupka!) Das war keine Strafamtshandlung, das war gelyncht, ohne jedes Verfahren, ohne jeden Proceß. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Wo denn?) Ich erinnere an einen Collegen von uns im III. Bezirke, der versucht hat, zu uns zu kommen — so habe ich gehört — um seine Wahl zum Bezirksvorsteher zu erreichen. Meine Herren, er ist seit der Zeit verschollen, verschollen für alle Welt. Ich erinnere Sie an die Affaire Schönerer, Vergani. Da werden ja Processe durchgeführt und Straferkenntnisse gefällt, wie es unglaublich ist. Wenn man so rücksichtslos vorgeht, wie Sie gegen Ihre Collegen, so haben Sie keinen Grund, unseren Herren um den Bart zu gehen und zu sagen, dass bei uns die Ketten klirren. Er hat weiter gesagt: „Sehen Sie, meine Herren, Sie haben geglaubt, bei der Berathung des neuen Statutes die Opposition in Ketten zu legen, Sie haben sich aber geirrt. Ich bin allein der freie Hecht, während Sie in Ketten geschlagene Karpfen sind." Das Gleichnis finde ich nicht sehr bescheiden, und wenn er sagt, dass ich ein Majoritäts-Protzenthum an den Tag lege, so habe ich, wie ich glaube, in meinen Reden und Handlungen noch keinen Beweis dafür geliefert, aber der Herr Vorredner, der in der Weise zur Majorität spricht, der, glaube ich, dürfte das für sich schon bewiesen haben.

Schließlich hat gestern der Herr Vorredner noch eine Rolle gespielt und zwar die Rolle einer Sentimentalen; er hat fast geweint, es sind ihm faustdicke Thränen herabgeronnen (Rufe links: Das ist eine schöne Budgetgeschichte! — Gem.-Rath Latschka: Aber so faustdick auftragen!) und hat sich an den Herrn Vorsitzenden gewendet und hat gemeint, er möge den Ordnungsruf gegen Steiner zurücknehmen. Er hat aber die Antwort, den Erfolg seiner Thränen nicht abgewartet und schon ist die Tigertatze gekommen, indem er gesagt hat: „Oder hinaus". (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Ich wollte damit nur zeigen, dass so eine Rede wirklich nur eine Galavorstellung, eine Komödie ist. (Lebhafte Heiterkeit rechts. — Rufe links: Das sieht man jetzt! — Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.) Endlich am Schlusse hat der Herr Redner gesagt, was die Majorität der Bevölkerung von Groß-Wien alles bieten wird. Das war so ein prophetischer Seherblick. Er hat gesagt: „Wasser bekommen Sie nicht, eine Gasbeleuchtung wird in Zukunft nicht bestehen, die Straßen werden nicht mehr gereinigt werden, dafür dürfen Sie mehr Steuer zahlen." Und dann hat er liebevoll gefragt: „Haben Sie schon jemand gesehen, der über den Bierkreuzer entzückt ist?" Natürlich mit „Ja" hat niemand geantwortet. Selbstverständlich hat er wieder recht gehabt. (Heiterkeit rechts.)

Meine Herren! Ich wende mich nun einem ernsten Thema zu: Dem Bierkreuzer, der Frage der Steuern, die fast jeder der Redner in der Budget-Debatte aufgeworfen hat, in Verbindung mit einer zweiten Frage (zur Linken gewendet), die auch jeder Redner von Ihnen berührt hat, dem sogenannten Capitalismus, respective — von Ihrem Standpunkte aus — dem Anti-Capitalismus.

Ich schicke da folgende Bemerkung voraus. Es ist eine merkwürdige Erscheinung bei Ihnen, meine Herren, dass Sie, sehr viele wenigstens von Ihnen, über recht angenehme und geordnete Verhältnisse verfügen — sagen wir, um das Wort zu gebrauchen, über Capital — dass Sie das Capital sorgsam hüten, so sorgsam, dass es Ihnen oft bei den Wahlen, wo es sich darum handelt, Mittel zu bekommen, recht schlecht geht. Ich habe wiederholt gehört, dass es da starker Mittel bedarf, damit der eine oder andere schwitzt. (Unterbrechung und Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, meine Herren, gerade jene Herren, welche sich sonst nie zum Worte melden, haben den unwiderstehlichen Drang, zu sprechen, wenn jemand anderer spricht. (Heiterkeit rechts.) Ich bitte doch, den Herrn Redner ausreden zu lassen.

Gem.-Rath Dr. Grübl (fortfahrend): Ich will damit nur sagen, dass Sie geradeso capitalistisch sind, wie irgend jemand, (Sehr gut! rechts); auch so wie die Juden (Heiterkeit und Sehr richtig! rechts). Sie erwerben mit Vergnügen Geld, Sie hüten es und freuen sich ungemein, wenn es sich mehrt; Sie stehen auf demselben Standpunkte, wie alle anderen Leute, die da sagen: der Reichthum ist keine Schande, nur muss man ihn besitzen. (Gem.-Rath Frauenberger: Nur hergeben wollen Sie nichts!)

Nun kommt die Steuerfrage; da wird auch gesagt, nur nicht den kleinen Mann belasten, er verträgt das nicht. Ganz richtig, es muss auch das Streben einer jeden geordneten Verwaltung sein, den kleinen Mann zu entlasten. Wer soll nun die Steuer bezahlen? Das Capital wollen Sie nur bekämpfen. (Widerspruch links.) Ich möchte Ihnen sagen, was es heißt, in der Gemeindestube einen anticapitalistischen Standpunkt einzunehmen. Ich möchte Ihnen zeigen, woher die Gemeinde die Steuer bekommt und woher der Staat die Steuer bekommt. Es existiert da ein Ausweis zum Budget des Abgeordnetenhauses, daraus entnimmt man, dass im Jahre 1889 in Österreich 703.000 Erwerbsteuerpflichtige bestanden haben, und dass dieselben nur vier Millionen Gulden, d. i. nicht einmal ein Drittel bezahlt haben. Es geht ferner aus diesem Ausweise hervor, dass der allergrößte Theil der Einkommensteuerpflichtigen auch einen verhältnismäßig kleinen Theil der Einkommensteuer bezahlt hat, dass dagegen im Jahre 1890 3000 Unternehmungen allein 15 Millionen Gulden Steuer bezahlt haben (Rufe links: Das beweist noch gar nichts!), so dass daraus zu ersehen ist, dass der allergrößte Theil der Steuerleistung eigentlich

von den Höchstbesteuerten getragen wird. Wenn Sie diese Steuer nicht bekämen, so ist es ganz evident, dass man nicht in der Lage wäre, entweder die großen Arbeiten, welche die Gemeinde jährlich ausführt, auszuführen ohne sehr große Umlagen, oder dass sie gezwungen wären, Anleihen zu machen und einfach diese Auslagen auf viele Jahre zu verschieben. Es ist ein großer Irrthum, wenn man glaubt, dass die großen Steuerträger und die Capitalisten ein Unglück für eine Stadt sind. Es ist klar, dass es nur mit Hilfe dieser großen Steuerträger möglich ist, den kleinen Steuerträger zu entlasten und alle diese Anstalten, die zu seiner Wohlfahrt nöthig sind, zu errichten. Wenn die Herren Vertreter der Vororte über die Vereinigung mit Wien und über die daraus entstehende Belastung mit dem Bierkreuzer klagen, so möchte ich in aller Kürze erwähnen: Der Bierkreuzer wäre Ihnen nicht entgangen, beziehungsweise Sie wären dem Bierkreuzer nicht entgangen. Es ist evident und unbestreitbar, dass die Reform der Verzehrungssteuer in dieser oder jener Form durchgeführt worden und dass der Bierconsum in den Vororten besteuert worden wäre. Nun ist diese Reform der Verzehrungssteuer in der Weise durchgeführt worden, wie sie Gesetz geworden ist, und es hat sich darum gehandelt, ob die Vororte mit Wien vereinigt worden wären oder nicht und wenn sie mit Wien nicht vereinigt worden wären, wäre das für sie kein Vortheil gewesen, denn sie hätten einfach nicht participiert an den großen Fundationen, über welche die Stadt verfügt, sie wären nicht in eine Gemeinschaft gekommen mit den großen Steuerträgern, die Wien hat, und sie wären nicht in die Lage gekommen, alle diese Sachen durchzuführen, die sie durchführen müssen, die Hereinschaffung von Hochquellenwasser, die Herstellung der großen Communicationen u. s. w. (Rufe links: Das haben wir noch nicht!) Sie haben es noch nicht, aber Sie werden es bekommen. (Rufe rechts: Sie haben schon jetzt mehr, als Sie vor der Vereinigung mit Wien gehabt haben!)

Meine Herren, ich nehme Rücksicht auf die vorgerückte Stunde. Ich möchte bis zu einem gewissen Grade persönlich Folgendes bemerken. Es sind im abgelaufenen Jahre alle möglichen Anklagen gegen den Stadtrath geschleudert worden. Ja, die linke Seite des Hauses hat sich geradezu die Aufgabe gestellt, den Stadtrath principiell zu bekämpfen. Meine Herren, ich kann Ihnen nur darauf erwidern, dass der Stadtrath auf alle diese Nadelstiche nicht reagiert. (Rufe links: Man hats bemerkt!) Der Stadtrath wird nach wie vor mit allem Aufgebot von Kraft, von Fleiß und Hingebung die Aufgabe erfüllen, die er sich gestellt hat und er wird . . . (Ruf links: auf Ferien gehen!) — er wird auch auf Ferien gehen, wie der Herr College — und er wird sich durch alle diese — fast möchte ich sagen — Beschimpfungen nicht irre machen lassen. Das Eine aber kann ich, glaube ich, mit Befriedigung constatieren, dass die Construction des Stadtrathes, wie sie im Gesetze vorgesehen ist, eine glückliche ist, und dass das Richtige getroffen worden ist. Und ich zweifle nicht, dass die Zeit kommen wird, in welcher es dem Stadtrath möglich sein wird, sich noch weiter in die communale Administration zu vertiefen und jene fruchtbringenden Anträge zu bringen, welche das Gemeindewohl erheischt, ferner möchte ich mit Befriedigung constatieren, dass die Majorität des Hauses den Anträgen und der Thätigkeit des Stadtrathes jederzeit Wohlwollen und Anerkennung entgegengebracht hat, und wenn zeitweise von Fall zu Fall Anträge des Stadtrathes abgelehnt worden sind, so waren es immer minder wesentliche Anträge, Angelegenheiten, in denen man ja sagen kann, dass man da verschiedener Meinung sein kann; und wenn da der Stadtrath mit seinen Anträgen nicht durchgedrungen ist, so hat das gar nichts zu bedeuten. Es ist aber in allen größeren Fragen constatierbar gewesen, dass der Stadtrath und die Majorität vollkommen eines Sinnes waren.

Und wenn man sogar soweit gegangen ist, dem Stadtrath vorzuwerfen, dass er Diäten bezieht, so möchte ich Ihnen Folgendes vorhalten. Aus Ihrer Mitte sind ja auch verschiedene Herren Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Landtages und beziehen auch Diäten, auch nicht weniger als die Mitglieder des Stadtrathes. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Bedeutend weniger!) Es ist aber weder in einer Volksversammlung, noch sonst irgendwo auch nur dem Mindestgebildeten eingefallen, daraus einem Abgeordneten einen Vorwurf zu machen, weil das Volk eben gesunden Sinn genug hat, um einzusehen, dass es nicht möglich ist, eine größere Leistung von jemanden zu verlangen, ohne ihn dafür zu entschädigen. Ich constatiere mit Vergnügen, dass mir niemals in einer Versammlung ein solcher Vorwurf vorgekommen ist, auch nicht von Seite des kleinsten Mannes. Ich bin auch überzeugt, dass die große Mehrheit der Versammlung, wenn es jemand gethan hätte, einem solchen Ansinnen entgegengetreten wäre und es für läppisch und abgeschmackt gehalten hätte.

Wenn auch in Zukunft solche Sticheleien vorkommen werden, so wird mich das nicht genieren; ich bin überzeugt, meine Herren Collegen im Stadtrathe wird das auch nicht genieren. (Rufe links: Natürlich!) Man kennt ja die Absicht und wird nicht verstimmt; es ist der Neid (Gelächter links), die Sucht zu nergeln und gehässig zu machen, und darüber müssen sich Leute, welche sich einer höheren Aufgabe widmen, hinwegsetzen. (Beifall rechts.)

Wenn heute ein Mitglied der Versammlung es für gut befunden hat, den Stadtrath eine Agentur für Einzelinteressen zu nennen, so muss ich sagen, es fehlt mir geradezu die Gabe, das entsprechend zu qualificieren. (Gem.-Rath Rauscher: Das habe ich auch nicht gesagt!) Bitte, ich habe mir das notiert: „Agentur für Einzelinteressen." (Gem.-Rath Rauscher: Aber der Sinn!)

Ich kann nicht anders, als annehmen, dass der Herr nicht versteht, was er gesagt hat. (Gem.-Rath Rauscher: Ich werde zum Dr. Grübl in die Schule gehen!) Wenn Sie einige Zeit zu mir in die Schule gingen, könnten Sie viel profitieren und würden dies in Zukunft gewiss nicht mehr sagen. (Heiterkeit.)

Auf ganz gleicher Stufe steht dasjenige, was er uns über die Beamten der Stadt Wien gesagt hat. Wenn ein Lehrer in dieser Weise hier spricht (Rufe links: Er ist Gemeinderath!) — aber auch Lehrer — so ist das ja fürchterlich traurig. Ich kann nur wünschen, dass es nicht viele Lehrer gibt, die in gleicher Weise denken und sprechen. Wenn ein Lehrer, also auch bis zu einem gewissen Grade ein Communalbeamter, sagt, die Communalbeamten werden mit Brutalität ausgenutzt, so stehen einem ja die Haare zu Berge. Wenn es weiters heißt, diejenigen, welche für die Commune arbeiten, sollen menschenwürdig behandelt werden, und wenn man in dieser Weise den Beamten um den Bart geht, um ihre Stimme zu bekommen (Widerspruch links), ja, meine Herren, dann hört sich alles auf. Der Herr College rennt ja offene Thüren ein; er weiß ja ohnedies, dass man sich mit dieser Sache beschäftigt hat und der Bürgermeister beabsichtigt, demnächst mit Anträgen vor den Gemeinderath zu kommen (Rufe links: beabsichtigt!), ja dass auf Veranlassung des Bürgermeisters eine ent-

sprechende Budgetpost eingestellt worden ist — und hält eine solche Rede, als wenn er die Sclaverei abschaffen wollte. Er sagt, es wäre bei der Schaffung von Groß-Wien Gelegenheit gewesen, mit der Diurnisten- und Praktikantenwirtschaft zu brechen, und wir haben noch eine Masse Praktikanten aufgenommen. Weiß der geehrte Herr College nicht, dass die Beamten mit aller Macht dagegen sind, dass man höher gestellte Beamte aufnehme und haben sie nicht gewünscht, dass Praktikanten aufgenommen werden?

Weiß der Herr College nicht und erinnert er sich nicht an die Petition der Steuerbeamten, wie die größte Erregung über sie gekommen ist, als davon die Rede war, man wolle aus dem Staatsdienste 24 Beamte herübernehmen? Wissen Sie nicht, wie diese Steuerbeamten dagegen aufgetreten sind, wie sie dagegen gekämpft und uns beschworen haben, nur das sollen wir nicht thun, wie sie erklärt haben, sie wollen Tag und Nacht die Praktikanten, die man aufnimmt, einüben, damit sie in einer entsprechenden Zeit in den städtischen Dienst eingeführt sind, wir sollen ihnen ja nicht Beamte aus einem anderen Status einsetzen. Das ist ganz begreiflich. Also was geschieht, geschieht im Interesse und zum Wohle der Beamten, und wenn heute die einzelnen Status noch nicht geregelt sind, so muss jeder vernünftig und gerecht denkende Mensch anerkennen, dass dies noch nicht möglich war. Wie lange sind denn die Bezirksämter überhaupt statuiert, wie lange hat man denn Gelegenheit gehabt, die Thätigkeit der Ämter zu beurtheilen, die Bedürfnisse der einzelnen Ämter zu constatieren, um zu wissen, wieviel Beamte in den einzelnen Status nöthig sind. Es ist nun klar, dass es ein Fehler wäre, zuviele Beamte anzustellen. Aber ein viertel Jahr muss man dem Bürgermeister, den ich nicht zu vertheidigen brauche, wozu ich auch nicht den Beruf habe, Beobachtungszeit lassen, damit er sagen kann, jetzt ist der Moment gekommen, in den einzelnen Verwaltungsbranchen das Bedürfnis zu constatieren und jetzt gehen wir an die Regelung des Status und die Schaffung der Rangsclassen. Bei einem solchen Mangel an Einsicht und Gerechtigkeitsgefühl sich hier als jemanden aufzuwerfen, der die in Ketten schmachtenden Beamten befreien und für sie eintreten muss, ist, meine ich, so kindisch, dass man nur sagen muss, es ist traurig, dass so etwas vorkommt.

Zum Schlusse will ich eine Frage besprechen, welche aufgeworfen worden ist, eine staatsrechtliche, ob die Bewilligung des Budgets eine Vertrauensfrage ist. Eigentlich nicht, denn der Gemeinderath muss das Budget bewilligen, wenigstens den größten Theil desselben. (Unruhe links.) Ich bitte, hören Sie nur zu, nur nicht so giftig! Er muss einen großen Theil dieser Ausgaben deshalb bewilligen, weil er dazu gesetzlich verpflichtet ist.

Es ist da ein Unterschied gegen das, was das Parlament macht. Wenn das Parlament das Budget-Gesetz nicht beschließt, ist kein Mensch berechtigt, einen Kreuzer zu nehmen. Wir sind aber *nach* dem Gesetze verpflichtet, diese und jene Ausgaben zu bestreiten, wir müssen es thun, und deswegen ist das eigentlich keine Vertrauensfrage, so wie im Parlamente.

Es wäre aber, glaube ich, ein Fehler seitens des Stadtrathes, sich auf den Standpunkt zu stellen, dass der Gemeinderath das Budget bewilligen muß und dass er sich nicht weiter um den Sinn und Geist zu kümmern hat, in dem das geschieht. Es ist selbstverständlich, dass der Stadtrath die Bewilligung des Budgets in einem gewissen Sinne, in der Hauptsache, und vom Standpunkte der Moral als *Vertrauensfrage ansehen wird und dass er erkennen wird, dass,* wenn der Gemeinderath das Budget bewilligt, dies ein Ausdruck des Vertrauens, des Wohlwollens ist. Das, meine Herren, braucht auch der Stadtrath gegenüber den Angriffen der Opposition, er braucht es wegen seines Ansehens nach außen. Ich bin nun überzeugt, die geehrten Herren werden für das Budget stimmen, und auch in dem Sinne, dass Sie anerkennen, dass der Stadtrath bisher gethan hat, was er konnte, dass er seine Pflicht erfüllt hat, und dass vorauszusetzen ist, er werde seine Pflicht auch in Zukunft erfüllen. In diesem Sinne bitte ich Sie, für das Budget zu stimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr 15 Min. abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 29. März 1892.
Mittwoch, den 30. März 1892.
Donnerstag, den 31. März 1892.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 17. März 1892.

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Müller,
Boschan,	v. Neumann,
v. Götz,	Noske,
v. Goldschmidt,	Rückauf,
Dr. Grübl,	Schlechter,
Dr. Hackenberg,	Schneiderhan,
Dr. Huber,	Dr. Stenzl,
Kreindl,	Vangoin,
Dr. Lederer.	Dr. Vogler,
Matzenauer,	Witzelsberger,
Meißl,	Wurm.

Experte: Magistratsrath Siegl.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke eröffnet die Sitzung.

St.-R. Kreindl referiert über die Sicherstellung der Pflastersteinlieferung und beantragt:

a) Bezüglich der Mauthausener Steine die Lieferung zu übertragen dem Josef Straßer, und zwar:

60.000 Stück 7/7″ Granit-Würfel zum Preise von 260 fl. per mille;

12.000 Stück 5/7/9″ doppelt geritzte Steine zum Preise von 285 fl. per mille;

2000 Stück 7″ Zwickelsteine zum Preise von 180 fl. per mille;

600 Current-Meter gerade Randsteine zum Preise von 4 fl. 70 kr. per Current-Meter.

b) Bezüglich der Schärdinger- und Vilshofenersteine zu übertragen:

1. Der bairischen Granit-Actiengesellschaft die Lieferung von:

180.000 Stück 7/7" Schärdinger Würfeln zum Preise von 320 fl. per mille;

245.000 Stück 7/7" Vilshofener Würfeln zum Preise von 330 fl. per mille;

75.000 Stück 5/7/7" Vilshofener Rechtecksteinen zum Preise von 255 fl. per mille;

5000 Stück 7" Vilshofener Zwickelsteinen zum Preise von 225 fl. per mille;

5000 Stück 7" Schärdinger Zwickelsteinen zum Preise von 225 fl. per mille.

Das Anerbieten dieser Gesellschaft rücksichtlich der Lieferung von 30.000 Stück 5/7/9" doppelt geritzten Vilshofener Steinen zum Preise von 360 fl. per mille jedoch abzulehnen.

2. Dem Ant. Poschacher zu übertragen die Lieferung von:

120.000 Stück 7" Schärdinger Würfeln zum Preise von 317 fl. per mille;

3000 Stück 7" Schärdinger Zwickeln zum Preise von 220 fl. per mille;

100.000 Stück 7" Vilshofener Würfeln zum Preise von 328 fl. per mille;

5000 Stück 7" Vilshofener Zwickelsteinen zum Preise von 220 fl. per mille;

78.000 Stück 5/7/7" Vilshofener Rechtecksteinen zum Preise von 255 fl. per mille.

Den weiteren Antrag, bezüglich der fehlenden 60.000 Stück Mauthausener Würfelsteinen den Magistrat zu beauftragen, neuerdings mit Heindl und Poschacher in Unterhandlung zu treten, zieht Referent zurück und beantragt, nach dem Magistrats-Antrage die Anbote des A. Poschacher und L. Heindl bezüglich der Mauthausener Steine abzulehnen.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

Die Anträge des St.-R. Rückauf, bezüglich der letztgenannten 60.000 Steine eine Offertverhandlung auszuschreiben, wird abgelehnt.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Zimmermeisters Joh. Anderl um Bewilligung zur Herstellung eines offenen Schupfens für sein Sägewerk auf dem von ihm gepachteten städtischen Grunde, III. Bezirk, Parcelle $\frac{2188}{1}$, $\frac{2188}{2}$, $\frac{2188}{3}$ und beantragt die Genehmigung unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des VII. Bezirkes wegen Entfernung des Pissoirs an der Feuermauer des Hauses Or.-Nr. 101, Lerchenfelderstraße und beantragt, dies Ansuchen auf die Dauer der dermaligen Verhältnisse, das ist bis zum Umbaue des Hauses Or.-Nr. 101, Lerchenfelderstraße abzulehnen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Schotterbeschaffung zur Instandhaltung der Straßen im XIII. Bezirke und beantragt, die neuerliche Anschaffung von 500 m³ Wienfluss-Schlögelschotter zum Preise von 1 fl. 64 kr. per Cubikmeter und von 200 m³ Wienfluss-Rieselschotter zum Preise von 1 fl. 64 kr. per Cubikmeter bei der Firma Karl Ast in Penzing und ferner von 300 m³ Gebirgsschlögelschotter zum Preise von 2 fl. 70 kr. per Cubikmeter bei der Firma L. Tichy in Kaltenleutgeben, demnach um den Gesammtkostenbetrag von 1958 fl. zu genehmigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert bezüglich der Abschreibung einer Wassermehrverbrauchsgebür und beantragt, die Abschreibung der Gebür von 109 fl. 13 kr. für den im Hause IV. Bezirk, Theresianumgasse 4 im vierten Quartale 1891 constatierten, infolge eines Gebrechens an der Hausleitung entstandenen Wassermehrverbrauch aus Billigkeitsrücksichten zu genehmigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bewilligung eines Futterpauschales für die zwei Wachhunde im Maxing-Parke in Hietzing und beantragt, ein monatliches Futterpauschale von 2 fl. 50 kr. zu bewilligen und die Jahresausgabe pro 1892 per 30 fl. auf den Reservefond zu verweisen.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen der Wiener Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft um Bewilligung einer Subvention für die Jahre 1890, 1891 und 1892 und beantragt, es sei der Wiener Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft für die Jahre 1892, 1893 und 1894 eine Subvention von je 5000 fl. ö. W. mit dem Vorbehalte zu bewilligen, dass diese Subvention für die Jahre 1893 und 1894 widerrufen werden kann, wenn sich in den Verhältnissen oder in dem Gebaren des Vereines eine hiezu Veranlassung bietende Veränderung ergeben sollte.

Der Verein hat alljährlich der Gemeinde seinen Rechenschaftsbericht und Rechnungsabschluss vorzulegen.

St.-R. Schlechter beantragt, die Subvention nur für das Jahr 1892 zu bewilligen.

Der Antrag auf Bewilligung der Subvention von 5000 fl. wird einstimmig, der Antrag auf Bewilligung dieser Subvention für die Jahre 1892, 1893 und 1894 wird mit Majorität angenommen.

(An den Gemeinderath);

— **derselbe** referirt über das Ansuchen des Dr. Moriz Ed. Weiser, gewesenen städtischen Arztes um Anweisung eines Ruhegehaltes und beantragt die Ablehnung.

(Angenommen.)

St.-R. Müller referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis bezüglich der Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Hauptcanals aus Beton in der Julienstraße in Pötzleinsdorf im XVIII. Bezirk in der Strecke von Or.-Nr. 16 bis 58 im veranschlagten Kostenbetrage von 6491 fl. 59 kr. und 700 fl. Pauschale und beantragt, diese Arbeiten dem Ed. Rzehaczek mit dem angebotenen 14·6percentigen Nachlasse zu übertragen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, bezüglich der Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Hauptcanales aus Beton in der Badgasse in Pötzleinsdorf im XVIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2600 fl. 48 kr. und 300 fl. Pauschale und beantragt, diese Arbeiten dem Ed. Rzehaczek mit dem angebotenen Nachlasse von 11·6 Percent zu übertragen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Frz. R. v. Neumann noe. Moriz Edler v. Kuffner um Consens für einen Zubau XVI., Ottakring, Hauptstraße 126 und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung des Bauconsenses und Genehmigung der Risalitanlage gegen Abzug von der abzutretenden und seinerzeit schadlos zu haltenden Grundfläche zu bestätigen.

(Angenommen.)

Während des vorstehenden Referates war St.-R. v. Neumann im Saale nicht anwesend.

— **Derselbe** referiert über die Herstellung von Linienwall-Durchbrüchen in der verlängerten Starhemberg- und Hungelbrunngasse im IV. Bezirke und beantragt:

1. Von der Herstellung eines Linienwall-Durchbruches in der Starhemberggasse behufs Verlängerung der Starhemberggasse bis zur Favoritenstraße insolange Umgang zu nehmen, bis im Verhandlungswege oder auf andere Weise die Abtretung des Hahn'schen Grundes erreicht wird.

2. Das Anerbieten des Karl Rieß, auf käufliche Überlassung seines in die Starhemberggasse und in die Schelleingasse fallenden Grundes um den Preis von 4000 fl. abzulehnen.

3. Den Linienwall-Durchbruch in der Verlängerung der Hungelbrunngasse vorläufig nicht in Ausführung zu bringen.

St.-R. R. v. Goldschmidt beantragt bezüglich des Durchbruches der Starhemberggasse:

Es soll der Durchbruch in der Richtung der verlängerten Starhemberggasse insoweit sofort zur Durchführung gelangen, als es durch Nivellierung der Linienwälle und der bereits im Besitze der Gemeinde Wien befindlichen Gründe möglich ist. Innerhalb der Grenzen des Herrn Ritter von Hahn soll der Durchbruch vorläufig unausgeführt verbleiben.

Bezüglich des Durchbruches Hungelbrunngasse beantragt St.-R. Dr. Hackenberg:

Den Durchbruch, soweit es nach den privatrechtlichen Verhältnissen möglich ist, durchzuführen.

St.-R. Matzenauer beantragt den Zusatz, den Magistrat zu beauftragen, mit den Holzhändlern in der zwischen dem Durchbruch und der Marx-Meidlingerstraße gelegenen Strecke wegen Durchbruches in Verhandlung zu treten.

Der Referent erklärt sich mit den drei Anträgen einverstanden und werden dieselben angenommen.

St.-R. Müller referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Ziegelwanger wegen Canalisierung von Penzing, Einhebung einer Canaleinmündungs-Gebür, Fortsetzung des Sammelcanales flussaufwärts vom Ameisbache und Verhandlungen wegen Leistung von Beiträgen zur Herstellung der Sammelcanäle am linken und rechten Ufer des Wienflusses seitens der interessierten Fabriksbesitzer und des Obersthofmeisteramtes und ferner über das vom Bauamte vorgelegte Project für die Canalisierung von Penzing im XIII. Bezirke und beantragt:

Die Canalisierung des von dem Wienflusse, dem Bahnkörper der Westbahn, der Ameisengasse und der Schönbrunner Allee begrenzten Gebietes von Penzing im XIII. Bezirke nach den Anträgen des Stadtbauamtes mit dem Kostenerforderniße von 95.000 fl. zu genehmigen, die im vorgelegten Plane B mit rothen Linien bezeichneten Canäle, deren Kosten 44.000 fl. betragen, im Jahre 1892 zur Ausführung zu bringen, die übrigen Canäle dieses Gebietes im Jahre 1893 auszuführen, zur Bedeckung der Baukosten der im laufenden Jahre auszuführenden Canäle in das Budget des Jahres 1892 den Betrag von 44.000 fl. einzustellen und die auf das Jahr 1893 entfallenden Kosten per 51.000 fl. in das Präliminare des Jahres 1893 einzusetzen, endlich über die übrigen Punkte des Antrages Ziegelwanger aus den im Magistrats-Referate vom 17. Februar 1892, Z. 269104, entwickelten Gründen nichts weiter zu verfügen.

St.-R. Boschan beantragt, hinsichtlich der Kostenbedeckung für das Jahr 1892 den für die Canalneuherstellungen in den einbezogenen Vororten unter Ausg.-Rubr. XXVII 1 b veranschlagten Pauschalbetrag von 150.000 fl. um 40.000 fl. zu erhöhen.

Hiermit erklärt sich der Referent einverstanden.

St.-R. Matzenauer beantragt, die Post bei 150.000 fl. zu belassen und eventuell seinerzeit nicht bedeckte Kosten auf den Reservefond zu verweisen.

St.-R. v. Götz beantragt: a) das Stadtbauamt zu beauftragen, das bereits bestehende Sammelcanal-Project von Hütteldorf über Baumgarten nach Penzing im Anschlusse beim Ameisbach einer Prüfung zu unterziehen und mit thunlichster Beschleunigung zur Genehmigung vorzulegen; b) gleichzeitig die Pläne für die Canalisierung von Hütteldorf nach Baumgarten auszuarbeiten und sammt der Kostenberechnung schleunigst zur Berathung und Genehmigung in Vorlage zu bringen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, das Bauamt zu beauftragen, das Project für die Fortsetzung des Lateralcanales in Penzing bis zum Hütteldorfer Brauhause, eventuell zur Gemeindegrenze, sammt Kostenanschlägen vorzulegen, und den Magistrat zu beauftragen, mit den Eigenthümern der Fabriken wegen besonderer Beitragsleistung zu den Herstellungen sich ins Einvernehmen zu setzen.

Der durch den Antrag des St.-R. Boschan modificierte Referenten-Antrag, ferner der erste Antrag des St.-R. v. Götz und die Anträge des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter werden angenommen, der zweite Antrag des St.-R. v. Götz wird abgelehnt. Project der Canalisierung an den Gemeinderath.

St.-R. Dr. Vogler referiert über das Begehren der Wiener Tramway-Gesellschaft um Ausbezahlung des nach dem Nachtragsübereinkommen derselben zugesicherten Pauschalbetrages von 550.000 fl. für den Bau der Tramwaylinien „Burggasse und Gumpendorferstraße" und beantragt, den Betrag von 140.000 fl. für die Straßengrund-Abtretung in der Gumpendorferstraße auszubezahlen, das Begehren um Bezahlung der Verzugszinsen abzulehnen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, den ganzen Betrag von 150.000 fl. auszubezahlen, zieht jedoch später den Antrag zurück.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, den Magistrat aufzufordern, den auf die Wiener Tramway-Gesellschaft entfallenden Antheil der Regulierungskosten zu berechnen und sodann den Act wieder vorzulegen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt als Zusatz zum Referenten-Antrage: „von dem Restbetrage per 10.000 fl. den der Wiener Tramway-Gesellschaft noch zukommenden Betrag nach erfolgter Abrechnung über die Regulierungsarbeiten auszubezahlen".

St.-R. Schlechter beantragt, den Betrag auszubezahlen, wenn seitens der Eigenthümer des Hauses Or.-Nr. 50 Gumpendorferstraße keine Forderung an die Gemeinde Wien gestellt wird; zieht diesen Antrag jedoch zurück.

Der Referent erklärt sich mit dem Zusatz-Antrage des St.-R. Dr. Lederer einverstanden.

Der Antrag des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter wird abgelehnt, der Referenten-Antrag mit dem Zusatz-Antrage des St.-R. Dr. Lederer wird angenommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.

St.-R. Vaugoin referiert über das Ansuchen des Eduard Schweinburg um käufliche Überlassung der Baustelle V Gruppe K am ehemaligen Paradeplatze (Ebendorferstraße) im Ausmaße von 618·181 m² und beantragt die Genehmigung des Verkaufes um den Preis von 110 fl. per m².

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Noske referiert über die Verpachtung der Kalt- und Warmbadeanstalt im XIII. Bezirke, Hütteldorf, und beantragt, das Offert des Fechtschul-Inhabers Johann Hartl, I., Wallfischgasse 4, auf Pachtung um den Jahrespachtzins von 1400 fl. zu genehmigen.

St.-R. v. Götz beantragt, das Offert der Leopoldine Bollinger, Hütteldorf, Flötzersteig 5, auf Pachtung um den Jahreszins von 1400 fl. zu genehmigen.

Letzterer Antrag wird angenommen.

St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen des Fleischhändlers Ignaz Preiß in der Großmarkthalle um Bewilligung zur Aufstellung einer zerlegbaren, transportablen Eiskammer im Hofraume der Großmarkthalle, und beantragt, dem Genannten die Bewilligung auf Widerruf gegen einen monatlichen Platzzins von 6 fl. 40 kr. unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen zu bewilligen.

(Angenommen.)

St.-R. Matzenauer referiert über das Ansuchen des Josef Schmelzer, beziehungsweise der Firma M. H. Funkenstein um pachtweise Überlassung der Parcellen 1 a und b Consc.-Nr. 260 in Simmering an M. H. Funkenstein und beantragt, die Weiterverpachtung der vom 1. Jänner 1890 bis Ende September 1892 an Josef Schmelzer verpachteten Parcellen 1 a im Ausmaße von 731·36 □⁰ und 1 b im Ausmaße von 1029·52 □⁰ um den jährlichen Pachtzins von 73 fl. 16 kr. und 102 fl. 96 kr. ab 1. October 1892 auf sechs Jahre an M. H. Funkenstein und ferner die Afterverpachtung seitens des bisherigen Pächters Josef Schmelzer bis zum obigen Zeitpunkte an M. H. Funkenstein zu genehmigen.

(Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über die Vornahme von Adaptierungen im Gemeindehause des IV. Bezirkes, Schäffergasse 3, und beantragt, die Kosten für die Adaptierungen im Parterre mit 774 fl. 62 kr. und die Kosten für die Möbel per 50 fl. 96 kr. zu bewilligen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Ed. Springer um Consens zum Umbaue des Hauses, II., Kleine Sperlgasse 6 — Lilienbrunngasse 21, und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung der Baubewilligung incl. der Risalitanlage gegen Einlösung des beanspruchten Straßengrundes von 1·746 m² zum Preise von 60 fl. per m² zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 25. Februar 1892, Z. 3619, wornach der Bericht des Magistrates vom 30. Jänner 1892, Z. 473573, betreffend die Einlösung des Hauses Or.-Nr. 2 Minoritenplatz seitens der Gemeinde Wien und des Stadterweiterungsfondes zur Kenntnis genommen wird, und beantragt, denselben zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Adaptierungsarbeiten im städtischen Hause, XI., Dorfgasse 64, und beantragt, die Ertheilung des Bauconsenses für die zu Zwecken des k. k. Bezirksgerichtes Simmering im obgenannten städtischen Hause vorzunehmenden, mit Gemeinderaths-Beschluss vom 12. Jänner 1892, Z. 205, beziehungsweise Stadtraths-Beschluss vom 30. December 1891, Z. 3941, genehmigten Adaptierungsarbeiten. (Angenommen.)

St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über das Ansuchen der Mathilde Auspitz um Consens zum Baue eines Hauses auf der Baustelle II an der Seilerstätte Ecke der Schwarzenbergstraße im I. Bezirke, und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung der Baubewilligung und Genehmigung der Herstellung eines Risalites mit einem Vorsprunge von 0·45 m gegen dem zu bestätigen, dass der hiezu erforderliche Grund im Ausmaße von 3·533 m² um den Betrag von 794 fl. 92 kr. eingelöst werde, zu bestätigen.

St.-R. Matzenauer beantragt, die Geneigtheit auszusprechen zur Genehmigung eines Risalites mit 0·30 m Vorsprung.

St.-R. Müller spricht sich für Genehmigung eines Risalites mit 0·30 m Vorsprung aus.

Der Referent modificiert seinen Antrag nach dem Antrage des St.-R. Müller und wird beschlossen, den Antrag des Magistrates zu verwerfen und die Geneigtheit auszusprechen, die Anlage eines Risalites mit 0·35 m Vorsprung zu genehmigen.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ernst v. Gotthilf um käufliche Überlassung der Baustelle, I., Börsegasse zum Preise von 125 fl. 40 kr. per m² und beantragt die Ablehnung.

(Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 22. März 1892.)

1. Auftrieb:

Jungschweine	3324 Stück
Fettschweine	4560 „
Summa .	7884 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	6672 Stück
für das Land	862 „
unverkauft blieben	350 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 34 bis 46 kr.
Fettschweine . „ 38½ „ 44½ „ } per Kg. Lebendgewicht.

Auf dem Borstenviehmarkte war die Kauflust ziemlich lebhaft, daher Jungschweine um 1 kr. und Fettschweine um 1½ kr. per Kilo im Preise gestiegen sind.

* * *

(Pferdemarkt vom 22. März 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 344 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 100—350 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 28—70 fl. per Stück.

Der Markt war sehr gut besucht.

* * *

(Stechviehmarkt vom 24. März 1892.)

1. Auftrieb:

Kälber — 3045, Lämmer — 4940, Schafe — 5656.

2. Preisbewegung:

Kälber . . . . per Kg. . . . . von 40 bis 60 kr.
Lämmer . . . „ Paar . von 5 bis 12 fl.
Schafe Waidner „ Kg. . . . . von 20 bis 40 kr.
Schafe lebend . „ Paar . von 7 bis 22 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 444 Stück Kälber weniger zugeführt. Die Kauflust war infolge der geringen Zufuhr und des erhöhten Feiertagsbedarfes sehr lebhaft und haben die Preise eine Steigerung von 7 kr. per Kilo erfahren.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1044 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Bei flauem Geschäftsgange haben die Preise 50 kr. per Paar eingebüßt.

Auf dem Schlachtviehmarkte am 24. März l. J. wurden 30 Stück Mast- und 147 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Städtisches Lagerhaus.

17. März bis 23. März 1892:

Waren eingelagert	31.477	Meter-Centner
„ ausgelagert	37.923	„
Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf	13.880	Meter-Centner.

Lagerstand vom 23. März 1892: 295.385 Meter-Centner, und zwar:

72.879	Meter-Centner	Weizen,	34.375	Meter-Centner	Roggen,
58.666	„	Gerste,	21.158	„	Hafer,
9.783	„	Mais,	13.702	„	Ölsaaten,
17.893	„	Mehl u. Kleie,	9.149	„	Wein,
5.511	„	Zucker,	612	Hektoliter	à 100% Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,605.160 fl. öst. Währ.

Gewerbeangelegenheiten.

Genossenschaftsangelegenheiten.

(Verkauf von Mehl und Gries durch Bäcker.) In letzterer Zeit wurden vom städtischen Marktcommissariate bei verschiedenen Bezirksämtern Anzeigen gegen Bäcker wegen Verkaufes von Mehl und Gries erstattet.

Nachdem zufolge Entscheidung des hohen k. k. Ministeriums des Innern und des Handels vom 29. September 1887, Z. 3026, jenen Bäckern, welche das Bäckergewerbe erst nach dem Inslebentreten der Gewerbeordnung vom 20. December 1859 angemeldet und nicht auch den Handel mit Mehl und Gries oder ein Gewerbe, in dessen Berechtigung der Handel mit Mehl und Gries fällt (wie beispielsweise das Müllergewerbe, Greislergewerbe u. s. f.) angemeldet haben, die Berechtigung zum Handel mit Mehl und Gries nicht zusteht, ein Feilhalten dieser Artikel in den den Kunden zugänglichen Verkaufslocalitäten als ausgeschlossen erscheint, musste gegen die Betreffenden im Sinne des § 132 lit. a der Gewerbeordnung strafweise vorgegangen werden und es wurden die Beanständeten unter Einem verhalten, nachträglich den Handel mit Mehl und Gries separat anzumelden.

* * *

(Gefärbte Zuckerwaren.) Gelegentlich einer im Februar laufenden Jahres vom Marktcommissariate bei mehreren Zuckerbäckern vorgenommenen Revision wurden verschiedene gefärbte Zuckerwaren und Farbstoffe beanständet und confisciert.

Die Farbstoffe, und zwar: Purpurroth I^{a}, Edelsteingelb I^{a} und Hellgelb I^{a} stammten von der Firma „Wittenberger, Junker und Röttger, Fabrik giftfreier Farben, Extracte und ätherischer Öle" in Hannover, dagegen waren die Farben: Grün (bläulich) und Dunkelgelb von der Firma: „Ohme und Baier" in Leipzig bezogen.

Trotzdem sämmtliche Originalflaschen die Bezeichnung „giftfreie Farbe", die von der Firma „Ohme und Baier" in Leipzig insbesondere auch noch den Vermerk „giftfreie Farben für Zuckerwaren ꝛc." trugen, ergab die durch das Stadtphysikat veranlasste chemische Untersuchung derselben, dass sie aus Anilinfarben zusammengesetzt seien.

Auf Grund dieses Gutachtens musste gegen die Zuckerbäcker, welche vorerwähnte Farbstoffe zum Färben ihrer Zuckerwaren verwendet hatten, im Sinne des § 1 der Ministerial-Verordnung vom 1. März 1866, R.-G.-Bl. Nr. 54 und der Ministerial-Verordnung vom 1. März 1886, R.-G.-Bl. Nr. 34, strafweise vorgegangen werden und hatten die Beanständeten auch die dem Stadtphysikate erwachsenen, nicht unbedeutenden Untersuchungskosten zu ersetzen.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 17. März 1892.

(Fortsetzung.)

Müller Franciska — Fragnerei — XVI., Ottakring, Hofergasse 3.
Lippner Leopold — Friseur — VIII., Kochgasse 15.
Wendl Alois — Friseur und Raseur — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 2.
Gschladt Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Riemergasse 14.
Hermann, verehel. Wollensack Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Eisenbahngasse 5.
Schak Josef — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — XVI., Ottakring, Elisabethgasse 11.
Schumann Johann, Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Skodagasse 17.
Wilfert Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Seegasse 12.
Wimmer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Hauptstraße 85.
Zanella, recte Dimmel Josefine — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Matzleinsdorferstraße 24.
Rumpold Franz — Goldarbeiter — V., Spengergasse 25.
Kohn Karl — Handelsagentie — I., Kohlmessergasse 7.
Skerlez Marie — Kaffeeschankgewerbe — X., Simmeringerstraße 138.
Friedrich Marie — Kleidermacherin — V., Franzensgasse 15.
Hoskovec Wenzel — Kleidermacher — II., Schreigasse 9.
Nasztatics Helene — Kleidermacherin — I., Elisabethstraße 12.
Klein Alexander — Kohlenhändler — III., Aspangbahnhof.
Löwenbein Jakob — Leimhandel — V., Bacherplatz 9.
Hora Peter — Mehl- und Gries-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Stiegergasse 68.
Oelmann Karl — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 34.
Angerer Sebastian — Milchmeiergewerbe — XVI., Ottakring, Kulmgasse 5.
Binder Marie — Milch-Verschleiß — V., Wehrgasse 14.
Gugl Ferdinand — Milchmeier — XIII., Penzing, Flachgasse 4.
Hajek Josef — Möbeltischler — XII., Unter-Meidling, Louisengasse 3.
Loidold Franz — Handel mit Nähmaschinen — II., Große Pfarrgasse 5.
Florl Johann — Schuhmacher — XV., Fünfhaus, Märzstraße 7.
Schneider Wilhelm — Schuhmachergewerbe — XV., Fünfhaus, Felberstraße 28.
Wächter Vincenzia — Semmel- und Brot-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Markt Brunnengasse.
Steinbach Anton — Erzeugung von Schrauben und Stollen — XIV., Sechshaus, Wehrgasse 17.
Hamm Anna — Stickerin — IV., Schleifmühlgasse 16.
Kotrons Johann — Tischlergewerbe — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 6.
Grillo Max und Freiberg Wilhelm — Traiterie — IX., Allgemeines Krankenhaus.
Miklosch Elisabeth — Victualien-Verschleiß — IV., Hauptstraße 79.
Manierlich Johann — Wäscheputzer — IX., Schubertgasse 15.
Müller Hermann — Wirkwaren-Erzeuger — XV., Fünfhaus, Pelzgasse 17.
Gruba Leopold — Zimmermannsgewerbe — XIII., Unter-St. Veit, Endlergasse, Zimmerplatz.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 18. März 1892.

Morgenstern Alfred — Architekt — IV., Paniglgasse 1.
Höfler Josef — Baumeistergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Neugasse 36.
Menzik Franz — Handel mit Bier und Wein in geschlossenen Flaschen — XII., Unter-Meidling, Ruckergasse 8.
Müller Karl — Brantwein-Verschleiß — XII., Gaudenzdorf, Gärtnergasse 19.
Dettenweitz Karl — Handel mit Christbäumen und Ausschmückungsgegenständen — XI., Simmering, Marktplatz.
Fleischmann Wilhelm, Grünblatt Eduard — Fabriksmäßige Erzeugung von Cigarrettenpapier und Hülsen — VII., Kaiserstraße 57.
Rehaček Wenzel — Drechsler — XII., Gaudenzdorf, Jakobstraße 12.
Bittner Raimund — Handel mit neuen Eisenwaren — XII., Unter-Meidling, Krongasse 15.
Randon Emilie — Essig- und Brantwein-Erzeugung — XII., Gaudenzdorf, Hauptstraße 42.

Weiß Mathias — Gastwirt — IX., Wiesengasse 3.
Lana Victoria — Verschleiß von Gebäck und Käse — II., Wallensteinstraße 48.
Absolon Vincenz — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Bahngasse 9.
Aigner Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Apostelgasse 4.
Diamant Isidor — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Servitengasse 18.
Eder Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Steinergasse 12.
Hainz Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Quellengasse 22.
Held Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Keinergasse 15.
Huber Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 63.
Kafka Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Schulgasse 10.
Kundrat Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Bonygasse 21.
Löffler Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Bonygasse 58.
Richter Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Pulverthurmgasse 3.
Schäfer Theodor — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Weyringergasse 28.
Speiser Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Baumgasse 43.
Tropper Karl — Gemischtwarenhandel — I., Wollzeile 35.
Michal Berta — Handel mit geistigen Getränken — XII., Unter-Meidling, Rudolfsgasse 40.
Landesberg Samuel — Getreidehandel — II., Wallensteinstraße 25.
Neumann Thomas — Gold- und Silberarbeiter — VII., Neustiftg. 85.
Pellici Pietro — Gipsfiguren-Erzeugung — V., Matzleinsdorferstraße 5.
Petricek Rosalia — Hafer- und Früchtenhandel — XII., Unter-Meidling, Hauptstraße 17.
Kropf Georg — Hufschmied — XII., Unter-Meidling, Miesbachgasse 52.
Frömmel Alois — Kaffeesieder — II, Kaiser Josefstraße 5.
Pirny Josef — Kleidermacher — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 95.
Schiller Sofie — Handel mit neuen Herrenkleidern — XII., Unter-Meidling, Pfarrgasse 11.
Fabian Johann — Kurzwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Eisenbahnstraße 23.
Lederer Josef — Fabriksmäßige Erzeugung von Leitern, Gerüsten und Holzwaren — XIX., Heiligenstadt, Nussdorferstraße 101.
Huber Anna — Marktvictualien-Verschleiß — XVI. Neulerchenfeld, Brunnengasse, Marktstand.
Körber Johann — Verschleiß von Mehl und Gries — II., Erzherzog Karlplatz 16.
Niederhofer Sebastian — Mehl- und Gries-Verschleiß — XIX., Heiligenstadt, Barawitzkagasse 25.
Schlager Melchior — Milch- und Gebäck-Verschleiß — II., Darwing. 39.
Schmid Karoline — Milch-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Würffelgasse 4.
Fleischmann Wilhelm — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — VIII., Stolzenthalergasse 26.
Rosenzweig Anna, geb. Flach — Pfaidlergewerbe — IX., Marktgasse 7.
Seidel Max — Privatgeschäfts-Vermittlung des Kaufes, Verkaufes und Tausches von Gewerbs-Etablissements — II., Schüttelstraße 53.
Mysliveč Anna — Ringelspiel und Ballenwurfspiel — II., Prater 93.
Rychtecký Francisca — Feilbieten von Sand und Waschen im Umherziehen — XVII., Hernals, Rokitanskygasse 30.
Mude Simon — Schießstätte, Schaukel und Schlagmaschine — II., Kagraner Reichsstraße Evid.-Nr. 370.
Osterbauer Heinrich — Handel mit zur Schlachtung bestimmten Pferden — XII., Unter-Meidling, Schulgasse 15.
Cuchy Franz — Schuhmachergewerbe — XVI., Ottakring, Rittergasse 2.
Doschkar Josef — Schuhmacher — V., Franzensgasse 25.
Straßky Franz — Tapezierer — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 130.
Dolleisch Karl — Tischler — XII., Unter-Meidling, Rudolfsgasse 8.
Jenček Alois — Tischler — XII., Gaudenzdorf, Plankengasse 61.
Göbel Leopold — Victualienhandel — XII., Ober-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 128.
Manninger Anna — Vogelhandel — IV., Hauptstraße 76.
Friedrich Katharina — Wäscherin — IX., Sobieskygasse 1.
Kohlhauser Katharina — Wäschergewerbe — XVIII., Währing, Herrengasse 63.
Täntzer Anna — Weißnäherin — V., Griesgasse 13.
Schwab Leopold — Ziegeldecker — XII., Gaudenzdorf, Plankengasse 17.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 19. März 1892.

Rösler Ernst — Buchbinder — IV., Schleifmühlgasse 14.
Ostermann Magdalena — Fiakergewerbe — I., Maximilianstraße.
Baier Francisca — Handel mit Flaschenbier — XII., Unter-Meidling, Karlsgasse 8.
Heinzl Franz — Fleischhauergewerbe — XVII., Hernals, Lobenhauerngasse 21.
Löhner Georg — Fleischhauer — XVIII., Währing, Theresiengasse 32.
Schilling Barbara — Gastwirtsgewerbe — VIII., Blindengasse 10.
Pfeiler Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing. Marktgasse 7.
Wagner Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Mostgasse 7.
Wasservogel Samuel — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Pramergasse 12.
Weingartner Engelbert — Gewischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Sterngasse 17.
Zafouk Marie — Handschuhnäherei — XII., Unter-Meidling, Pfarrgasse 17.
Dulberg Salomon — Holz- und Kohlen-Verschleiß — II., Kaiser Josefstraße 5.
Führer Muchem (Nathan) — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — II., Kaiser Josefstraße 5.
Gertler Hermann — Holz- und Kohlenverschleiß — II., Jägerstraße 38.
Grabovsky Michael — Kaffeeschank — VI., Gumpendorferstraße 124.
Gerber Adalbert — Kammachergewerbe — XIII., Baumgarten, Hütteldorferstraße 81.
Eschler Emma — Kleidermacherin — VII., Schottenfeldgasse 70.
Schücke Marie — Kleidermacherin — VII., Hermanngasse 2.
Müller Josef — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 13.
Ullrich Jakob — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVII, Hernals, Hauptstr. 21.
Felkel Julius — Handel mit Milchkühen und Kälbern — XIII., Ober-St. Veit, Auhofstraße 39.
Fischer Michael — Erzeugung von Pferdewaschwasser — III., Hauptstr. 37.
Hemer Jakob — Verkauf von Sand, Pfeifenthon und Waschein — VII., Seidengasse 44.
Balek Sylvester — Selchwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Rötzerg. 35.
Breuer Moriz — Stickmuster-Vordruckerei, I., Seitenstettengasse 3.
Premreiner Karoline — Wäscherei — XIII., Hütteldorf, Feldgasse 7.
Föhner Franz — Wirtsgewerbe — VII., Stiftgasse 27.
Schebesta Rosina — Wirtsgewerbe — VII., Stiftgasse 16.
Zellhofer Josef — Wirtsgewerbe — VI., Gumpendorferstraße 71.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 21. März 1892.

Stieglitz Elise — Brantweinausschank — XII., Unter-Meidling, Wertheimsteingasse 5a.
Edelmann Franz — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — IX., Marktgasse 20.
Pataki Ignaz — Eierhändler — XV., Fünfhaus, Würffelgasse 4.
Ratka Adolf — Einspännergewerbe — XVIII., Gersthof, Hauptstr. 108.
Peßl Heinrich — Fiakergewerbe — I., Lugeck.
Schuh Pankraz — Fiakergewerbe — I., Hoher Markt.
Fausek Paul — Handel mit Flaschenbier — XII., Unter-Meidling, Jahngasse 28.
Krombholz Eduard — Gastgewerbe — XII., Unter-Meidling, Schulg. 10.
Matha Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Weintraubengasse 14.
Tänzer Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Rothe Löwengasse 12.
Gamberini Luigi — Verschleiß von Goldfischen — II., Karmelitermarkt.
Blau Alexander — Kaffeesieder — II., Herminengasse 23.
Mayer Joachim — Herrenkleidermacher — IV., Trappelgasse 3.
Bartsch Franz, Edler von — Natur-Blumenhandel — VIII., Lerchenfelderstraße 46.
Tschertner Katharina — Natur-Blumenhandel — VIII., Lerchenfelderstraße 46.
Kaiser Leopold — Handel mit Näh-, Wasch- und Landwirtschafts-Maschinen — XII., Gaudenzdorf, Gärtnergasse 10.
Elias Abe — Victualien-Verschleiß — II., Klosterneuburgerstraße 23.
Feuchtinger Francisca — Victualien-Verschleiß — II., Rembrandtstr. 22.
Stehlik Marie — Victualienhandel — XII., Unter-Meidling, Matzleinsdorferstraße, Marktplatz.
Zöchmeister Josef — Wildbret- und Geflügelhändler — XII., Ober-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 162.
Ohrmeyer Peter — Zimmerputzer — II., Scherzergasse 8.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 22. März 1892.

Reisleithner Josef — Anstreichergewerbe — XV., Fünfhaus, Clementinengasse 11.
Malbeck Edmund — Bildhauer — V., Mittersteig 10.
Jüthner Marie — Brantwein- und Theeschank — VI., Gumpendorferstraße 139.
Bauer Peter — Drechslergewerbe — XVII., Hernals, Wilhelmsgasse 3.
Auer Katharina — Einspännergewerbe — XVI., Ottakring, Wattgasse, bei der Feuerwehr.
Brunnhuber Johann — Fragnergewerbe — II., Volkertstraße 19.
Seichter Wilhelm — Fleischselcher — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 33.
Koller Franz — Gastwirtsgewerbe — VII., Mariahilferstraße 42.
Laurer Josef — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Hütteldorf, Hauptstraße 110.
Glattau Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 25.

Müller Salomon — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Josefigasse 1.
Račeк Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — XVII., Hernals, Annagasse 20.
Sendber Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Lißbauergasse 5.
Steiner Fanni — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Huberg. 17.
Straßer Johann — Gemischtwaren- und Petroleum-Verschleiß — XVI., Ottakring, Panikengasse 15.
Wölfl Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Johannesgasse 71.
Bachmann Siegmund — Commissions-Verschleiß von Gold-, Silber- und Manufacturwaren — II., Circusgasse 14.
Marius Siegmund — Goldarbeitergewerbe — II., Circusgasse 37.
Friedl Otto — Harmonikamacher — VII., Bernardgasse 21.
Kerndl Anton — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XIX., Heiligenstadt, Barawitzkagasse 5.
Pavliš Josef — Detail-Verschleiß von Holz, Kohlen und Coaks — V., Diehlgasse 1.
Thyll Franz — Civil-Ingenieur — XVIII., Währing, Wildemanng. 5.
Eichinger Johann Kilian — Kaffeesiedergewerbe — VII., Kaiserstraße 56.
Pellerini Giovanni — Käse- und Salami-Verschleiß — XVI., Ottakring, Abelegasse 21.
Vollard Rudolf — Kleidermacher — XIV., Rudolfsheim, Stättermayerg. 7.
Deutsch Gisela — Kleidermachergewerbe — II., Praterstraße 11.
Drobil Josefa — Kleidermacherin — II., Schüttelstraße 57.
Hamersky Johann — Herrenkleidermacher — V., Franzensgasse 16.
Meller, auch Mayer, Marie — Kleidermacherin — VI., Sandwirtg. 21.
Baldauf Alois — Kleinfuhrmannsgewerbe — II., Wintergasse 33.
Mayer Hersch Elimelech — Kostgebung — II., Glockengasse 25.
Ruzsa Josef — Kräutlergewerbe — XVIII., Währing, Marktplatz.
Decker Sofie — Handel mit Kunstblumen — XVII., Hernals, Hauptstr. 20.
Grüber Lazar (Alois) — Verschleiß von Lederabfällen — II., Pfefferg. 1.
Scholta Marie — Gummi-Luftballon-Erzeugung — XVI., Ottakring, Grüllemaiergasse 15.
Pabritz Eduard — Agentie in Maschinen — I., Ledererhof 2.
Neßner Johann — Mehl- und Gries-Verschleiß — IV., Große Neugasse 26.
Stangl Johann — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Burggasse 16.
Erös Emilie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 30.
Hutterer Michael — Milch-Verschleiß — V., Arbeitergasse 41.
Krpálek Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 19.
Schittfort Anna — Milch-Verschleiß — XVIII., Währing, Johannesg. 42.
Seisl Johann — Milchmeier — XVIII., Währing, Johannesgasse 36.
Piller Elisabeth — Modistin — XVII., Hernals, Alsbachstraße 45.
Raab Emil — Musikergewerbe — XVII., Hernals, Palffygasse 15.
Schwarz Josef — Verschleiß von Musik-Instrumenten — IX., Türkenstr. 21.
Tutter Gottfried — Verschleiß von Musterbüchern für weibliche Handarbeiten — I., Neuthorgasse 27.
Bresch Jakob — Perlmutter-Drechsler — XVI., Ottakring, Hoferg. 37.
Pachta Anton — Schuhmacher — XII., Unter-Meidling, Ehrenfelsgasse 8.
Zhřival Marie — Schuhmacherin — IX., Lichtenthalergasse 3.
Bürtak Franz — Schilder- und Schriftenmaler — XIII., Hacking, Alleeg. 2.
Großberger Johann — Schlossergewerbe — VIII., Florianigasse 22.
Zika Barbara — Spirituosenhandel — XIII., Ober-St. Veit, Auhofstr. 31.
Jahn Josef — Stadtträger — IX., Liechtensteinstraße, Ecke der Berggasse.
Korner Anton — Stadtträger — III., Dampfschiff-Landungsplatz.
Beck Josef — Tischler — V., Kostlergasse 10.
Jelinek Karl — Tischlergewerbe — XVII., Dornbach, Curlandgasse 358.
Kraut Josef — Tischlergewerbe — XVIII., Währing, Antonigasse 92.
Krch Dominik — Fächergestell-Tischlerei — XIII., Speising, Wienerstr. 35.
Vevera Mathias — Tischler — V., Rampersdorfergasse 8.
Ricius Therese — Victualien- und Fisch-Verschleiß — XVI., Ottakring, Markt am Yppenplatz.
Wesely Leopold — Vogelhandel — VII., Zieglergasse 96.
Tauber Karl — Ziergärtnerei — II., Freudenau 557.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. März 1892.

Bohner Vincenz — Commissionsweiser Verschleiß von Bergwerks-Producten — X., Raaberbahngasse 10.
Reisinger Juliana — Hausierhandel mit Butter und Eier — XIX., Heiligenstadt, Gärtnergasse 21.
Riepenhausen Franz Ignaz — Herausgabe der „Conservat.-Correspondenz" — VII., Schottenhofgasse 4.
Hrase Karl — Holzdrechslergewerbe — XVI., Ottakring, Langegasse 43.
Beiler Therese — Fisch-Verschleiß — II., Karmelitermarkt.
Kreitmaier Josef — Flaschenbier-Verschleiß — XVI., Ottakring, Elisabethgasse 18.
Ullrich Josef — Fleischhauer — XVIII., Währing, Kreutzgasse 78.
Vitsek Betti — Fleisch-Verschleiß — II., Wintergasse 1.
Beer Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Peregringasse 4.
Fleckl (auch Flöckl) Magdalena — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Fünfte Landengasse, Hütte Nr. 295.
Frank Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Alsbachstraße 2.
Hofbauer Wenzel — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Ebersdorferstraße 14.
Huber Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Laxenburgerstraße 34.
Probst Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — XVI., Ottakring, Hauptstraße 8.
Rind Emanuel Elias — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Praterstr. 38.
Steinbach Margaretha — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Geiselbergstraße 413.
Stock Rosalia — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 128.
Weinberger Emma — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Große Sperlgasse 10.
Bischof Anna — Gemüse- und Obsthandel — XVIII., Währing, Markt in der Kirchengasse.
Erdögh Marie — Gemüse- und Obsthandel — XVIII., Währing, Markt Kirchengasse.
Weiß Isidor — Handel mit gebrannten geistigen Getränken — XIV., Rudolfsheim, Karolinengasse 7.
Kodym Anton — Erzeugung von Hieb- und Stichwaffen — VII., Neubaugasse 51.
Wurstnig Johann — Kaffeesiedergewerbe — V., Siebenbrunnengasse 5.
Fischer Josef — Kleidermacher — II., Klosterneuburgerstraße 56.

(Das Weitere folgt.)

Kundmachung.

(**Prämienanlehen der Stadt Wien vom Jahre 1874.**)

In Gemäßheit des Verlosungsplanes findet die 72. Ziehung der Antheilscheine des **Prämienanlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 am 1. April 1892, nachmittags 6 Uhr, öffentlich** im Rathhause zu Wien in Gegenwart zweier k. k. Notare statt.

Die Auszahlung der planmäßigen Gewinne erfolgt vom 1. Juli 1892 ab durch die Cassa der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Wien, am 25. März 1892.

Der Bürgermeister:
2—1 **Dr. Johann Nep. Prix.**

Z. 1822.

Kundmachung.

Concurs zur Besetzung einer definitiven Unterlehrer- eventuell Unterlehrerinstelle an der Special-Schulabtheilung für taubstumme Kinder im schulpflichtigen Alter, in Wien, XVIII. Währing, Klettenhofergasse 3.

An der Special-Schulabtheilung für taubstumme Kinder im schulpflichtigen Alter, in Wien, XVIII. Währing, Klettenhofergasse 3, kommt die Stelle eines definitiven Unterlehrers, eventuell einer definitiven Unterlehrerin, zur Besetzung. Mit dieser Stelle ist ein Gehalt jährlicher 600 fl. und das Quartiergeld jährlicher 120, eventuell 90 fl., verbunden.

Zur Besetzung dieser Stelle wird hiemit der Concurs ausgeschrieben, und es haben diejenigen, welche diese Stelle zu erlangen, wünschen, und zwar die auswärtigen Bewerber im Wege ihrer vorgesetzten Schulbehörde, ihre an den Ortsschulrath des XVIII. Wiener Gemeindebezirkes gerichteten, mit dem Reife- und Lehrbefähigungs-Zeugnisse für Volksschulen, mit dem Tauf- oder Geburtsscheine, dem Heimatscheine, ferner mit den Nachweisen über die Befähigung zur Ertheilung des Taubstummenunterrichtes, über bereits geleistete Schuldienste, und bei männlichen Bewerbern über die Erfüllung der Stellungspflicht rücksichtlich jener Bewerber, welche noch nicht definitiv im öffentlichen Schuldienste in Wien angestellt sind, auch

mit einem amtsärztlichen Gesundheitszeugnisse, welches bei auswärtigen Bewerbern von der vorgesetzten Schulbehörde vidiert sein muss, belegten Gesuche **bis längstens 28. April 1892** bei dem obbezeichneten Ortsschulrathe zu überreichen.

Auf nach Ablauf dieses Termines eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann kein Bedacht genommen werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 17. März 1892.

Der Bürgermeister als Vorsitzender:

Dr. Prix. 2—3

G.-Z. 324944
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung **der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales aus Beton** in der Siccardsburggasse im X. Bezirke zwischen der Quellen- und Buchengasse im veranschlagten Kostenbetrage von 2188 fl. 67 kr. und 250 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 30. März d. J. präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar **mit der** dem Projecte beiliegenden **Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen**, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. März 1892. 2—3

G.-Z. 42038
VI.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Hauptcanales** in der Scheidl- und Kleingasse in Gersthof im XVIII. Bezirke, im veranschlagten Kostenbetrage von 1714 fl. 15 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 29. März d. J. präcise um 10 Uhr vormittags** im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offerthandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. März 1892. 2—2

G.-Z. 41101.
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales aus Beton** in der Sonnleithnergasse im X. Bezirke, zwischen der Egger'schen Fabrik und dem Hause Or.-Nr. 27, im veranschlagten Kostenbetrage von 6843 fl. 79 kr. und 500 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 31. März d. J., präcise um 10 Uhr vormittags** im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in vorgeschriebener Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält der Stadtrath sich vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. März 1892. 2—3

M.-Z. 18682
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Maurerarbeiten, der Cementkalklieferung, der Steinmetz-, Zimmermanns-, Spengler-, Schieferdeckerarbeiten, der Lieferung der Traversen, der Herstellung der Falzziegelgewölbe, der Bautischler-, Schlosser-, Anstreicher-, Glaser-, Holzcement- und Asphaltierungsarbeiten, der Lieferung der Steinzeug-, Thon- und Chamottewaren, der Sgraffitoarbeiten, der Ofenlieferung, der Sparherdlieferung, der Möbeltischlerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, der Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten und endlich der Wasserleitungs-Installationsarbeiten inclusive der Closets für den Schulhausbau in der Freudenau** (Aspernallee, II. Bezirk) wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Donnerstag, den 7. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin)**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. März 1892. 1—3

G.-Z. 44362
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Regulierung des städtischen Grundes nächst der Lerchenfelderlinie** im veranschlagten Kostenbetrage von 1577 fl. 88 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **30. März d. J., präcise um 11 Uhr vormittags**, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar **mit der** dem Projecte beiliegenden **Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen,** beziehungsweise **zu ergänzen,** sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. März 1892. 1—2

G.-Z. 402931
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung **der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Lorystraße in Simmering** im XI. Bezirk im veranschlagten Kostenbetrage von 1264 fl. 58 kr. und 150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am **31. März d. J. präcise um 11 Uhr vormittags** im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (IV. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar **mit der** dem Projecte beiliegenden **Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen,** beziehungsweise **zu ergänzen,** sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa

erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. März 1892. 1–2

Z. 52883
V.

Kundmachung.

(Politische Begehung für die Tramway-Fortsetzungsstrecke „Baumgarten—Hütteldorf".)

Die hochlöbliche k. k. n.-ö. Statthalterei hat zufolge Erlasses vom 13. März l. J., Z. 15546, die politische Begehung hinsichtlich des vom hohen k. k. Handelsministerium mit dem Erlasse vom 13. September 1891, Z. 34905, principiell genehmigten Projectes der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft für die Fortsetzungsstrecke „Baumgarten—Hütteldorf (Bahnhofstraße)" ihrer Dampftramwaylinie „Wien—(Westbahnlinie)—Baumgarten" **für den 29. März l. J.** anberaumt.

Die Commissions-Mitglieder werden sich am vorbezeichneten Tage **um 10 Uhr vormittags** in der Endstation Baumgarten der bestehenden Linie versammeln.

Dies wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass das vorerwähnte Project **vom 17. März l. J. an, durch acht Tage** während der Amtsstunden (im Stadtbauamte Neues Rathhaus, Mezzanin Stiege 6), Bureau des Herrn Baurathes Schiebek zu jedermanns Einsicht aufliegt, und dass Einwendungen gegen dieses Project sowohl während der vorbezeichneten Frist hieramts, als auch am Tage der politischen Begehung vor der Commission vorgebracht werden können.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. März 1892. 2–3

M.-Z. 44973.

Kundmachung

betreffend die jährliche Nachschaffung des Bedarfes an Landesbeschälern durch Ankauf aus der Privatzucht des Landes für das Jahr 1892.

Infolge Erlasses des h. k. k. Ackerbauministeriums vom 26. Jänner 1892, Z. $\frac{1729}{249}$, wird Nachstehendes verlautbart:

Von dem Wunsche geleitet, den Ankauf des nach Ablauf der Deckperiode 1892 für die k. k. Staatshengstendepots sich ergebenden Bedarfes an Landesbeschälern entsprechend zu organisieren und diesen Bedarf, soweit nur irgend möglich, durch Ankauf aus der inländischen Privatzucht zu decken, ladet das Ackerbauministerium alle Züchter und Pferdebesitzer ein, in der Zeit **vom 1. bis spätestens Ende April 1892** ihre verkäuflichen Hengste schriftlich unmittelbar beim Ackerbauministerium anzumelden.

Die angemeldeten Hengste werden an ihrem Standorte von einem Vertreter des Staatshengstendepots, womöglich noch während der Beschälperiode, besichtigt und je nach dem Befund in Vormerkung genommen werden.

Der eventuelle Ankauf der als Landesbeschäler für das betreffende Land vollkommen geeignet befundenen Hengste wird im Laufe des Herbstes des betreffenden Jahres nach Maßgabe des Bedarfes und der Gattung der benöthigten Ersatzhengste, dann der zur Verfügung stehenden Geldmittel über specielle Ermächtigung des Ackerbauministeriums vom Staatshengstendepot im Einvernehmen mit den zur Mitwirkung bei den Landespferdezucht-Angelegenheiten berufenen Organen vorgenommen werden.

Durch die erfolgte Anmeldung eines Hengstes zum Ankauf als Landesbeschäler wird selbstverständlich eine mittlerweile eventuell beabsichtigte anderweitige Verfügung des Besitzers mit seinem Hengste nicht behindert, sowie andererseits die Annahme der Anmeldung seitens des Ackerbauministeriums durchaus nicht irgend eine Verpflichtung des letzteren zum Ankaufe des angemeldeten Hengstes, selbst im Falle seiner vollkommenen Tauglichkeit, involviert.

Jede Anmeldung eines Hengstes hat zu enthalten: dessen Abstammung, dessen Größe, Farbe, Alter und Preis, ferner den Ort, wo der Hengst zu besichtigen ist.

Bezüglich des Alters der anzumeldenden Hengste wird ausdrücklich bemerkt, dass auf die Besichtigung und den eventuellen Ankauf nur solcher Hengste eingegangen werden kann, welche zur Zeit ihrer Anmeldung, wenn sie dem Gestütsschlage angehören, das dritte Lebensjahr, und nur wenn sie einem rein kaltblütigen Schlage angehören, das zweite Lebensjahr bereits vollstreckt haben.

Anmeldungen solcher Hengste, welche das vorbezeichnete Alter noch nicht erreicht haben, werden nicht berücksichtigt werden.

Anmeldungen von Hengsten, welche erst nach Ablauf des obbezeichneten Termines beim Ackerbauministerium eingebracht werden, können erst in zweiter Linie berücksichtigt werden, und zwar nur insoweit, als der benöthigte Bedarf an Ersatzhengsten der Anzahl und der Gattung nach nicht durch den Ankauf der rechtzeitig angemeldeten Hengste gedeckt werden könnte.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. März 1892. 2–3

M.-Z. 462389 ex 1891
XVI.

Kundmachung.

(Beschwerdebuch für den Central-Viehmarkt.)

Zufolge Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 2. März l. J., Z. 570, wird im Amtslocale des städtischen Markt-Commissariates auf dem Central-Viehmarkte ein eigenes Beschwerdebuch aufgelegt, in welches seitens der Marktparteien Beschwerden über Vorkommnisse auf dem Viehmarkte eingetragen werden können.

Über jede eingetragene Beschwerde wird die erforderliche Erhebung eingeleitet werden und wird über das Resultat derselben der Partei die Erledigung zukommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. März 1892. 1–3

Kundmachung

der k. k. Statthalterei für Niederösterreich vom 20. März 1892, Z. 16596, mit welcher die gegenüber den Comitaten Wieselburg, Ödenburg, Eisenburg, Zala und Somogy wegen Maul- und Klauenseuche angeordneten Beschränkungen der Einfuhr von Klauenthieren außer Wirksamkeit gesetzt werden.

Nachdem ämtlichen Nachrichten zufolge die Maul- und Klauenseuche in den Comitaten Wieselburg, Ödenburg, Eisenberg und Zala erloschen ist und im Comitate Somogy nur in sieben Höfen besteht, wird die gegenüber diesen Comitaten mit den Kundmachungen vom 4. December 1891, Z. 72416, vom 6. Jänner und 6. Februar 1892, ZZ. 543 und 7585, verfügte Beschränkung der Einfuhr von Klauenthieren (Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen) behoben und die Einfuhr von Thieren dieser Gattungen aus Ungarn nach Niederösterreich unter Beobachtung der für den Verkehr mit solchen Thieren bestehenden Vorschriften wieder gestattet.

Wien, am 20. März 1892.

Kielmansegg m. p.

Z. 62

Kundmachung.

(Licitations-Kundmachung.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. und XV. Bezirk vom 17. d. M., Z. $\frac{8251}{XIV}$, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Sechshaus im Monate Juli 1891 verpfändeten und nicht ausgelösten Pretiosen** von Pfand-Nr. 15469 bis incl. Pfand-Nr. 18478 und **Effecten** von Pfand-Nr. 36515 bis incl. Pfand-Nr. 41906 **am 6. April 1892 um 9 Uhr vormittags im Pfandleihanstalts-Gebäude, Sechshaus, Gemeindegasse Nr. 5,** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Sechshaus,

am 21. März 1892. 1—3

Z. 56014
X.

Kundmachung.

(Stiftplatz am Conservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien.)

Am Conservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde ist ein vom Gemeinderathe der Stadt Wien gestifteter Freiplatz im laufenden Schuljahre 1890/91 auf die Dauer der Studien zu verleihen.

Die Bewerber um diesen Freiplatz haben ihre Gesuche bis längstens **25. April l. J.** beim Wiener Magistrate einzureichen und genau anzugeben, ob sie die Vorbildungs- oder die Ausbildungsschule besuchen und in beiden Fällen, welches Fach sie als Hauptfach gewählt haben.

Im ersteren Falle sind dem Gesuche die Nachweise über das den Bestimmungen des § 3 der Vollzugsvorschriften zum Grundverfassungsstatute des Conservatoriums entsprechende Alter, sowie über die mit Erfolg abgelegte Aufnahmsprüfung, im letzteren Falle, wenn nämlich der Bewerber bereits Zögling des Conservatoriums im Vorjahre war, das Zeugnis über die abgelegte Jahresprüfung anzuschließen.

Der Bewerber muss weiter seine wahre Dürftigkeit, sowie sein tadelloses, sittliches Verhalten nachweisen; ebenso hat derselbe anzugeben, wo er heimatberechtigt ist, da in erster Reihe nur solche zu berücksichtigen sind, welche in Wien heimatberechtigt sind und nur bei Abgang derartiger Petenten und unter besonders berücksichtigungswürdigen Umständen auch Individuen mit Communal-Stiftplätzen bedacht werden können, welche das Heimatrecht in Wien nicht besitzen.

Bewerbern, welche bereits Zöglinge des Conservatoriums im vorhergegangenen Schuljahre waren, wird ein Communal-Stiftplatz in der Regel nur dann verliehen, wenn sie bei der letzten Jahresprüfung im Hauptfache die Vorzugsclasse erhalten haben.

Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, dass bei Verleihung dieses Stiftplatzes solche Bewerber, welche sich dem Studium der höheren theoretischen Disciplinen oder seltener gepflegten Orchesterinstrumente widmen, in Ermanglung solcher aber zunächst Schüler der übrigen Instrumental-, dann jene der Gesangsclassen unter sonst gleichen Verhältnissen den Vorzug erhalten.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig instruierte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. März 1892. 1—3

Ad Nr. 472 ex 1892.

Kundmachung.

(Studienstiftung.)

Aus der **Mautner-Markhof'schen Stiftung ist vom Beginne des Studienjahres 1891/92 ein Stipendium jährlicher 315 fl. ö. W.** zu verleihen.

Zum Stiftungsgenusse ist ein vorzüglicher, armer, ordentlicher Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien für die ganze Zeit der ordentlichen Studien an derselben, und zwar ohne Unterschied der Religion und Nationalität und ohne Unterschied des Faches, dem er sich widmet, berufen, doch muss er ein Staatsangehöriger der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder sein.

Den Vorzug vor anderen Bewerbern haben arme Mitglieder der Familie **Mautner-Markhof.**

Im übrigen sollen Studierende, welche in der Stadt Wien, oder deren Vororten, in der Stadt **Smiřic** in Böhmen, in der Stadt **Göding** in Mähren, oder in der Stadt **Baden** in Niederösterreich geboren sind, unter sonst gleichen Verhältnissen besonders, und zwar in der angeführten Reihenfolge berücksichtigt werden.

Diejenigen ordentlichen Hörer, welche sich um diese Stiftung bewerben wollen, haben ihre, im Falle der Beibringung eines legalen Armutszeugnisses stempelfreien, bei Mittellosigkeits- und Dürftigkeitszeugnissen jedoch mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehenen, mit dem Tauf- oder Geburtszeugnisse, dem Heimat-

scheine, dann mit den Studienzeugnissen des letzten Studienjahres und mit dem Index, eventuell mit dem Nachweise der Verwandtschaft mit dem Stifter belegten und an das Professorencollegium der k. k. technischen Hochschule in Wien gerichteten Gesuche binnen vier Wochen von dem Zeitpunkte der ersten Verlautbarung dieser Kundmachung im Amtsblatte der Wiener Zeitung in der Rectoratskanzlei einzureichen.

Wien, am 29. Februar 1892.

Vom Rectorate der k. k. technischen Hochschule.

1—3

G.-Z. 32044.
XIV.

Kundmachung.

(Stiftung für verunglückte städtische Feuerwehrmänner.)

Von der **Stiftung der Ignaz und der Magdalena Trzebitzky für verunglückte Feuerwehrmänner der städtischen Feuerwehr in Wien** ist ein Interessenbetrag von **420 fl. 60 kr.** zur Vertheilung zu bringen.

Bewerber um eine Unterstützung aus diesen Stiftungsinteressen können den diesbezüglichen Stiftbrief im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stenzinger im zweiten Stock des neuen Rathhauses einsehen, und haben die Betreffenden mit den erforderlichen Nachweisen belegte Gesuche entweder durch den Commandanten der städtischen Feuerwehr oder direct im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates im neuen Rathhause **bis längstens 9. April 1892** einzubringen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 18. März 1892. 1—3

Z. 492.334
XI.

Kundmachung.

(Armen-Stiftung für Wiener Bürger.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekannt gemacht, dass demnächst die 1½jährigen Interessen der **Karoline Prugberger'schen Stiftung im Betrage von zusammen 676 fl. 36 kr.** an drei erwerbsunfähige Wiener Bürger zu gleichen Theilen, zur Vertheilung gelangen.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Nachweise ihres Alters und des erworbenen Bürgerrechtes, dem Nachweise ihrer Erwerbsunfähigkeit, einem legalen Armutszeugnisse und ihrem Gewerbescheine zu belegen und wenn sie eine Bürgerpfründe beziehen, die Höhe dieser Pfründe und die Abhörzahl, zu welcher ihnen diese Pfründe bewilligt wurde, in dem einzubringenden Gesuche anzuführen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis **20. April 1892** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 17. März 1892. 1—3

G.-Z. 50114.
XI.

Kundmachung.

(Armen-Stiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekannt gemacht, dass am 20. Mai 1892 die Interessen der **David Schwarzmann'schen Zustiftung per 42 fl.** für eine Familie ohne Unterschied der Confession, welche im Laufe des Jahres von einem Unglücksfalle betroffen wurde, zur Vertheilung gelangen.

Dem Ansuchen ist der Tauf-, respective Geburtsschein, der Trauungsschein, der Heimatsschein des Bittstellers, die Tauf- oder Geburtsscheine der Kinder, endlich ein legales Armutszeugnis beizulegen **und ist der besondere Nachweis zu erbringen, dass im laufenden Jahre der Familie des Bittstellers ein Unglücksfall zugestoßen ist.**

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 6. April 1892** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte, oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 15. Februar 1892. 1—3

Inhalt.

Seite

Sitzungen des Gemeinderathes 595
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 21. März 1892.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Beurlaubung der Gem.-Räthe Schmidt u. Taubler; Entschuldigung der Gem.-Räthe Janotta, Haßfurther und Grünbeck wegen Fernbleibens 595
2. Dankschreiben des Herrn Anton Graf, wegen der ihm zutheil gewordenen communalen Auszeichnung 595
Referat:
3. Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien pro 1892. (Fortsetzung der Debatte) 595
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 22. März 1892.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Beurlaubung des Gem.-Rathes Dr. Hackenberg 611
Antrag:
2. Gem.-Rath Jedlička, betreffend die Regulierung der Höhnegasse im XVIII. Bezirke 612
Referat:
3. Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien pro 1892. (Fortsetzung der Debatte) 612
4. Gem.-Rath Baugoin, betreffend den Verkauf der Baustelle V, der Gruppe K auf dem ehemaligen Paradeplatz (Ebendorferstraße) an E. Schweinburg 618
5. Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien pro 1892. (Fortsetzung der Debatte) 626
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 631
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 17. März 1892 631
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 22. März 1892 634
Pferdemarkt vom 22. März 1892 634
Stechviehmarkt vom 24. März 1892 634
Städtisches Lagerhaus 635
Gewerbeangelegenheiten:
Genossenschaftsangelegenheiten:
Verkauf von Mehl und Gries durch Bäcker 635
Gefärbte Zuckerwaren 635
Gewerbeanmeldungen . . . . . 635—637
Kundmachungen . . . . . 637—642

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler) Wien, I., Wallfischgasse 10.